

POLICY BRIEF

NEOS
LAB



VOR DER EU-WAHL 2024:

POPULISTISCHE GEFAHREN – LIBERALE GEGENSTRATEGIEN

Silvia Nadjivan, Katharina Geißler, Wolfgang Gruber | September 2023

EDITORIAL

Lieber Leser, liebe Leserin,

Müssen komplexe Dynamiken in ein mächtiges Bild übersetzt werden, wird oft die „Welle“ bemüht. Tatsächlich hat eine Welle von populistischen Wahlerfolgen im vergangenen Jahrzehnt die These vom Aufstieg derjenigen befeuert, die sich feuriger Rhetorik statt zündender Ideen bedienen. Probleme aufblasen und damit politisch abheben, lautete die Strategie.

In diesem Policy Brief haben Silvia Nadjivan, Katharina Geißler und Wolfgang Gruber für das NEOS Lab nicht nur einen Bogen über 18 populistische Parteien in 10 EU-Ländern gespannt. Sie haben vor allem auch jene Voraussetzungen identifiziert, die liberalen Parteien des Zentrums helfen können, Wellenbrecher für die Populistinnen und Populisten zu sein. Vor einem Wahljahr für ganz Europa eine jedenfalls lohnende Lektüre.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Lukas Sustala

Leiter Thinktank NEOS Lab

DIE ZENTRALEN AUSSAGEN

- Ein Vergleich von 18 populistischen Parteien in 10 EU-Mitgliedsländern zeigt, dass deren Gefahrenpotenzial für die liberale Demokratie von deren konkreter Position abhängig ist – ob sie „nur“ als Opposition oder doch in Regierungsfunktion agieren.
- Alle miteinander verglichenen 18 Parteien verweisen in ihrer Ausrichtung und Agitation auf das gleiche populistische Grundmuster: 1) Sie geben vor, für „das Volk“ zu sprechen, und zeichnen dieses als einheitliche Masse. 2) Sie grenzen sich zu einem imaginierten „Feind“ ab, der zugleich als Sündenbock für sämtliche Probleme fungiert. 3) Mit derartigen „Freund-Feind-Bildern“ blenden sie komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge aus und versprechen stattdessen einfache Lösungen, die den realen Gegebenheiten allerdings nicht standhalten können.
- In Opposition treiben populistische Parteien mit hetzerischer Rhetorik Regierungen der Mitte oftmals vor sich her. Als Koalitionspartner erscheinen sie angesichts der Herausforderungen von komplexen Problemlagen bzw. der aktuellen Polykrise überfordert. In Regierungsverantwortung führen sie anhand antipluralistischer sowie illiberaler Policy in ihren Ländern Autokratien ein.
- Wichtiger Motor für Populisten ist soziale Unzufriedenheit, an der diese mit simplen Wir-gegen-Sie-Bildern anknüpfen können. Mit vereinfachten Erklärungen geht es darum, gesellschaftliche Polarisierungen zusätzlich anzuhetzen. Dennoch gibt es keinen Automatismus zwischen Krisen, Unzufriedenheit und Populismen.
- In Europa gibt es mehr rechts- als links-populistische Parteien. So ist weder im finnischen noch im ungarischen noch im polnischen Parlament eine links-populistische Partei im Parlament vertreten. Zugleich erfreut sich Agrarpopulismus steigender Beliebtheit.
- Rechtspopulisten haben sich vor allem von der sogenannten Migrationskrise bzw. Migrationspolitikkrise seit 2015 genährt. Als gemeinsame Klammer fungiert das Schreckgespenst des „Großen Austauschs“ („The Great Replacement“).
- Finanzkrise, Eurokrise und wirtschaftliche Rezession seit 2007 haben links-populistischen Parteien Aufwind verschafft. Zentrale Bezugspunkte sind Antikapitalismus und teilweise Anti-amerikanismus sowie Pazifismus.
- Aufgrund ihrer antipluralistischen Grundhaltung erweisen sich populistische Parteien als gern gesehene Verbündete aufseiten autokratischer Drittstaaten, allen voran Putins Russland. Schließlich führt dieses einen hybriden Krieg gegen Europa. Mit dem Ziel, die Europäische Union von innen zu zersetzen, finanziert es mitunter populistische Parteien, die offen europaskeptisch bzw. sogar europafeindlich agieren.
- Das konkrete Verhältnis zu Russland und zu Wladimir Putin persönlich bestimmt auch die jeweilige Position bezogen auf den aktuellen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Davon abhängig lassen sich drei Grundpositionen festmachen: eine eindeutig proukrainische, eine ambivalente und eine prorussische Position. In der unterschiedlich motivierten Russland-Nähe verschwimmen die Grenzen zwischen rechts- und linkspopulistischen Parteien.
- Im Gegensatz zu diesen illiberalen und für Europa gefährlichen Populismen schützt Liberalismus vor Autoritarismus und sichert Freiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie sozialen Zusammenhalt in einem gemeinsamen Europa. Liberal-demokratische Parteien sind daher aufgerufen, weniger gegeneinander, sondern vielmehr miteinander gegen Populismen anzutreten und das Agenda-Setting bzw. „politische Drehbuch“ dementsprechend neu, europäisch und visionär auszurichten bzw. umzuschreiben.

EINLEITUNG

Der aktuelle europaweite Anstieg von Populismen verdeutlicht, dass liberale Demokratie und demokratische Errungenschaften keine Selbstverständlichkeit sind, sondern jeden Tag von Neuem gegen autoritäre und illiberale Bestrebungen verteidigt werden müssen.

Im Inneren sind dies antipluralistische Kräfte bzw. populistische Parteien, im Äußeren neu aufgekommene geopolitische Interessen – nicht nur seitens Russlands wie am aktuellen Krieg gegen die Ukraine ersichtlich –, sondern auch seitens China, neuerdings im offenen Wettstreit mit den USA und dem Westen insgesamt. Insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine erweist sich nicht nur als folgenschwerer Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern bedroht zugleich das gesamte Europa in seinen liberalen Wertvorstellungen und Lebensweisen.

Der Krieg ist hier nicht die einzige Bedrohung, weil destruktive Einflussfaktoren oft miteinander vernetzt sind, sodass ein autokratischer Drittstaat wie Russland antidemokratische Parteien in Europa auch finanziell unterstützt und damit die Verbreitung von Populismen und folglich autokratischen Strömungen in Europa zusätzlich anheizt.

Und Populismen wiederum gedeihen in einem autoritären, korrupten Umfeld, weil sie einerseits an die Unzufriedenheit der potenziellen Wahlberechtigten emotional ansetzen und diese mit polemischen Feindbildern (Wir-gegen-Sie-Bildern) und einfachen Heilsversprechen gewinnen können. Schließlich scheinen Parteienlandschaft und repräsentative Demokratie insgesamt durch Krisen und Korruptionsskandale der letzten Jahre an Reputation eingebüßt zu haben.

Im Folgenden werden die Methoden und Mechanismen, also die stets wiederkehrenden Blaupausen bzw. Strick-

muster von Populismen aufgedeckt, um deren innere Logik, Funktionsweise und Wirkung zu entlarven. Analysiert werden daher ausgewählte populistische Parteien, die entweder in Opposition sind (z.B. Rassemblement National, AfD), als Koalitionspartner in einer nationalen Regierung sitzen (z.B. mit Unterbrechungen FPÖ, Podemos, 5-Sterne-Bewegung) oder sogar den – wohlgerneht männlichen – Premierminister stellen bzw. gestellt haben (Fidesz und PiS einerseits und Syriza sowie die 5-Sterne-Bewegung andererseits, mit vergleichsweise deutlich geringeren Einschnitten in die Rechtsstaatlichkeit).

Im Fokus stehen die Erzählungen, die populistische Parteien verwenden, um mit ihrer eigenen Stimmenmaximierung und Ausbreitung gleichzeitig die liberale Demokratie auszuhöhlen. Verortet werden alle 18 ausgewählten Parteien außerdem gemäß ihrer Position zum Kriegstreiber Russland, wodurch Bruchlinien innerhalb der eigenen ideologischen Richtung und umgekehrt Überschneidungen mit dem jeweiligen politischen Gegner ersichtlich werden.

Vor dem Hintergrund ähnlicher Schablonen werden abschließend liberale Gegenstrategien entwickelt, um die zerstörerische Wirkung und Potenziale von Populismen einzudämmen und das Zusammenleben in einer liberal-demokratischen, pluralistischen Gesellschaft zu stärken. Im Gegensatz zu Populismen, die Ängste schüren, auf diese Weise manipulieren und mit ihren Schwarz-Weiß-Bildern die individuelle Freiheit sowie gesellschaftliche Vielfalt einzuengen versuchen, eröffnet der Liberalismus Offenheit im Denken und Handeln,

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Im liberalen Verständnis können Themen, die Menschen unter den Nägeln brennen, differenziert analysiert und multiperspektivisch debattiert werden.

Offen im Dialog und konsequent in der liberalen Haltung lässt sich Demokratie im gemeinsamen respektvollen Austausch stets aufs Neue stärken. Denn:

„Demokratie lässt sich heute nur noch als liberale Demokratie denken. Die Schimäre der ‚illiberalen Demokratie‘ ist nur Tarnung auf dem Weg in den Autoritarismus. Ideengeschichtlich bildet der Liberalismus als breite politisch-philosophische Denkströmung die Grundlage der modernen Demokratie. Er hat Gewaltenteilung und Rechtsstaat, eine ständige Ausweitung politischer Partizipation und eine aktive Bürgergesellschaft befördert. In seinem Zentrum steht das Postulat der gleichen Freiheit aller und die normative Idee der Menschenrechte.“
(Fücks, Manthe 2022, 9)

Wie sehr Bürger:innen mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden sind oder nicht, verdeutlichen die folgenden Eurobarometer-Ergebnisse in den 10 ausgewählten Ländern von 2018 und 2023 im Vergleich.

Abbildung 1

Wie zufrieden sind Menschen in Europa mit ihrer Demokratie?

Frage im Wortlaut: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Ihrem Land funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?“

Gesamt (Un-)Zufrieden in Prozent.

Zufrieden Nicht zufrieden

Niederlande



Österreich



Finnland



Deutschland



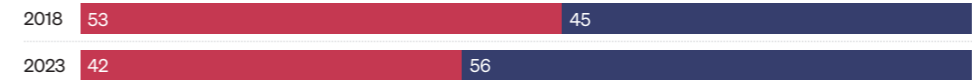
Polen



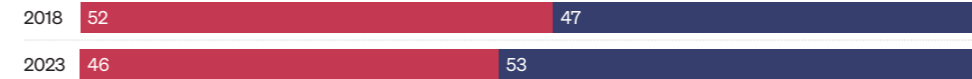
EU



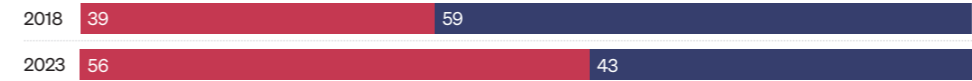
Frankreich



Ungarn



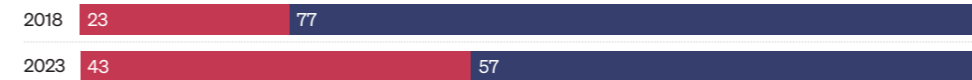
Italien



Spanien



Griechenland



HERAUSFORDERUNG

Aktuelle Wahlergebnisse in ganz Europa und besonders in Österreich machen deutlich: Populistische, hier rechts- ebenso wie links-populistische Parteien, sprechen mit vereinfachten, polarisierenden, ja polemischen Antworten auf komplexe Problemlagen wieder vermehrt Menschen an.

Mit dem Wissen, dass Krisen und vor allem die derzeitige Polykrise (oder sogar „Permakrise“) eine wichtige Grundlage für das Erstarken von populistischen Strömungen ist, verwundert deren aktuelle Erfolgswelle nicht. Schließlich bietet das gleichzeitige Wüten mehrerer Krisen einen sozusagen idealen Nährboden für die derzeitige populistische Welle, darunter seit 2015 die Flüchtlings(politik)krise (auch als Migrationskrise bezeichnet, obwohl rechtlich unterschiedlich geregelt), seit 2020 die Corona-Krise bzw. deren Nachwehen und seit 2022 die internationalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die Energieversorgungskrise wie auch Inflation und Teuerung; allein in Österreich liegt die Inflationsrate derzeit bei fast 10 Prozent. Solche Umstände können zu gesellschaftlichen Polarisierungen und damit zur Verrohung des politischen Klimas beitragen. Das alles kann, muss aber nicht den Zulauf zu populistischen Heilsversprechen fördern.

Obwohl der Aufschwung von derartigen Strömungen historisch und auch globalgeschichtlich betrachtet nie kontinuierlich, sondern eher wellenartig verläuft, bilden bestimmte Faktoren die Voraussetzung dafür. Allerdings

besteht kein Automatismus zwischen Krise und Populismus (Jan-Werner Müller zit. n. Förderl-Schmid 2021). Das heißt, Krisen müssen nicht automatisch Links- und vor allem Rechtspopulismen anheizen. Die soziale Unzufriedenheit über bestehende Probleme wird vielmehr für populistische Zwecke benutzt, anstatt evidenzbasierte Problemlösungen anzubieten. Notwendig für den „Erfolg“ aus populistischer Sicht ist stets ein bestimmtes Zusammenspiel von Akteur:in und Struktur wie auch von Ziel, Strategie und Methode, was wir im vorliegenden Policy Brief zuerst systematisch untersuchen, um darauf aufbauend liberale Gegenstrategien als konkrete Handlungsempfehlungen auszuarbeiten.

Angesichts wachsender populistischer Tendenzen ist es aus liberaler Sicht umso wichtiger, nicht nur vor populistischen Parteien zu warnen, sondern verstärkt auf die eigene visionäre Agenda für die Zukunft zu setzen. Denn langfristig betrachtet erwarten sich Wähler:innen von politischen Entscheidungsträger:innen weniger hetzerische Feindbildkonstruktionen oder quasi Instantrezepte, sondern vielmehr zukunftsweisende und nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit. Das ergab eine aktuelle Studie des Tony Blair Institute for Global Change (2023).

FAKTENLAGE: WAS IST POPULISMUS?

Vor dem Hintergrund sozialer Unzufriedenheit geben Populist:innen vor, im Namen des sogenannten Volkes zu sprechen, anstatt sich die gesellschaftliche Vielfalt als soziale Realität einzugestehen.

Dieses als homogen vorgestellte Volk versuchen sie mit zugleich banalen und eingängigen Slogans anzusprechen, wie beispielsweise mit „Taking Back Control“ (Brexit), „Make America Great Again“ (Donald Trumps Slogan beim US-Präsidentenwahlkampf 2016) und „Pour que vive la démocratie“ bzw. „Damit die Demokratie lebt“ (Rassemblement National, bis 2018 Front National) oder auch die Parole der linkspopulistischen Partei Unbeugbares Frankreich: „Die Lösung ist das Volk“. Mit einer vereinfachenden und emotionalisierenden Rhetorik fordern Populist:innen offiziell das Selbstbestimmungsrecht ihres konstruierten Volkes oder inszenieren sich sogar als „querdenkende Opposition“, die zu „bestehenden Funktionseliten“ eine Alternative bieten könne (Möller 2021, 7). Zum populistischen Sprechrepertoire „gehören permanentes Anklagen, rücksichtsloses Denunzieren, Drohen, provozierendes Feindbildproduzieren, tabuverletzendes Irritieren, Polemisieren, Polarisieren [...], Verleumden, Verunsichern, Tabubruch sowie Grenzabbau bei der political correctness, dann aber auch bedenkenloses Zurückrudern“. (Knappe 2019, 10)

Populismus kann in allen Lagern festgestellt werden, wobei das als homogen verstandene Volk immer eine andere Zielgruppe adressiert: Der Linkspopulismus richtet sich vertikal gegen die Wirtschaftseliten „im Namen eines inklusiven Volkes der Arbeit“ (Möller 2021 7f.), quasi

gemäß einer Robin-Hood-Logik, und horizontal gegen seine ideologischen Gegner von rechts. Der Rechtspopulismus zieht die Trennlinie ebenfalls vertikal im Sinne einer Gegnerschaft gegenüber dem politischen Establishment und horizontal zwischen seinem national, ethnisch oder nativistisch definierten Volk und der Bedrohung von außen, sprich Einwanderung (Till 2019, 17), aber auch der imaginierten Bedrohung im Inneren, nämlich von links.

Der populistische Zentrismus gibt vor, mit „gesundem Menschenverstand“ gegen die „Streitlust“ von Politiker:innen des rechten und linken Randes vorzugehen. (Möller 2021, 8) Alle aufgezählten Populismusformen richten sich an eine jeweils konstruierte Einheit, wobei unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wer nun zu diesem unterschiedlich definierten homogenen Volk gehört. Aufgrund deren nicht zu übersehender Mobilisierungskraft und beobachtbaren antidemokratischen Tendenzen fokussieren wir uns im Folgenden auf die Populismusformen am rechten und linken Rand.

ENTSTEHUNG VON POPULISMEN

Die Entstehung von Populismen wird im 19. Jahrhundert verortet, genau genommen mit dem kurzzeitigen Aufschwung der Narodniki („Volkstümler“) im russischen Zarenreich und der People's Party in den USA (Mudde 2020, 17f.; Bauer 2023, 8f.) – also ungefähr hundert Jahre nach der Französischen und der US-amerikanischen Revolution, die erstmals das moderne Prinzip der demokratischen Volkssouveränität definierten (Möller 2021, 22). Mehr als zwanzig Jahre nach der Bürgerlichen Revolution 1848 bildete bei beiden populistischen Entstehungsformen die Unzufriedenheit von Menschen den Ausgangspunkt und Populismus in Verbindung mit Agrarismus den Bezugspunkt. Das sogenannte, vorwiegend bäuerliche, Volk wurde an- und aufgerufen, die Eliten zu entmachten.

Abgesehen davon, dass beide Bewegungen nur von kurzer Dauer waren, beinhalteten sie die Grundcharakteristik von Populismen, nämlich die Propagierung eines homogenen Volkes und damit die Negierung einer vielfältigen Gesellschaft. Und genau das öffnet autoritären Tendenzen Tür und Tor. Gerade die Narodniki sollten bis ins 20. Jahrhundert, und eigentlich bis heute, in Ost- und Südosteuropa nachwirken und die Gründung von agrarpopulistischen Parteien mitbeeinflussen. (Möller 2021, 12f.). Und sogar aktuelle Entwicklungen in den Niederlanden zeigen, dass Agrarpopulismus stärker zum Trend wird.

Worin sich alle populistischen Spielarten ähneln, welcher ideologischen Richtung auch immer, ist eine übertriebene Schwarz-Weiß-Malerei beim Zeichnen der Wir- und

der Sie-Gruppe, ein Mobilisieren gegen politische Eliten (gleich ob man selbst der Regierung angehört oder nicht) und damit eine quasi Rückforderung der politischen Macht an das sogenannte Volk, das man ja selbst repräsentiere. Die Anfeindungen gegen die unabhängige Berichterstattung der freien Presse, die als „Systempresse“ oder sogar „Lügenpresse“ denunziert wird, geht damit einher. (Pohl 2019; LibMod 2022) Gerade die Demonstrationen gegen die kürzlichen Corona-Maßnahmen in Österreich und Deutschland haben derartige Relikte des einstigen Nazi-Jargons wieder an die breite Öffentlichkeit gebracht.

Genauso sind auch Verschwörungserzählungen aufgekommen, die sich in ihrem absoluten Wahrheitsanspruch mit dem populistischen Anspruch auf moralische Überlegenheit gut kombinieren lassen. Diese begannen vor allem rechtspopulistische Parteien als neues Agitationsfeld zu nutzen. (Bergmann 2018, 98; Manakas 2021)

POPULISTISCHE SPIELARTEN

Das politische Phänomen Populismus denken wir infolge seiner unterschiedlichen Deutungsarten, Anwendungsformen und Instrumentalisierungen im Plural. Schließlich gibt es in der politischen Praxis nicht den einen Populismus, sondern unterschiedliche Spielarten (Werz 2003, 13; Pichler 2019, 8). Populismus kann ein Stilmittel, eine politische Strategie und/oder eine Ideologie verkörpern, je nachdem ob Parteien rechts oder links der Mitte populistische Artikulationsformen und Slogans mal für sich bei Wahlen nutzen, oder ob ausgewiesene rechts- oder linkspopulistische Parteien potenzielle Wähler:innen von ihrer Programmatik überzeugen wollen (Pichler 2019).

Grundsätzlich ist klar zwischen Extremismus, Propaganda und Populismus zu unterscheiden. Während beim Extremismus Demokratie offen abgelehnt wird, inszeniert man sich beim Populismus als der:die bessere Demokrat:in. Abgeleitet vom lateinischen „extremus“, dem „äußersten“ und „entferntesten“, beinhaltet Extremismus eine geschlossene, identitäre und antidemokratische Ideologie, Verschwörungserzählungen ebenso wie Dogmatismus, Antiparlamentarismus und eine starre gesellschaftliche Unterteilung in Gut und Böse (Nohlen, Grotz 2011, 167; Pichler 2019, 43).

Im Unterschied zu Extremismus und Propaganda als Agitationsform ist Populismus nicht offen systemfeindlich, sondern offiziell systemkritisch (Pichler 2019, 45) und wirkt letzten Endes systemdestabilisierend. Denn Populismus, gleich ob links oder rechts, gibt zwar vor, auf die Stimme des Volkes (vox populi) zu hören (schließlich leitet er sich begrifflich von populus, dem la-

teinischen Wort für Volk, ab). Jedoch zielt er mit seinen provokanten Wir-gegen-Sie-Bildern bzw. Freund-Feind-Bildern und Anti-Establishment-Haltungen („Wir unten und die da oben“) auf gesellschaftliche Polarisierungen, bis hin zu Spaltungen, ab. Somit zeigen alle Populismusformen dasselbe Merkmal, den Volkswillen der Wir-Gruppe gegen die Eliten und andere Gegner (Sie-Gruppe) zu verteidigen – mit dem Versprechen bzw. der Drohung, diese zu entmachten und eine „grundlegende Neuordnung der Machtverhältnisse“ (Möller 2021, 11) zu schaffen.

Das bedeutet in letzter Konsequenz auch eine Abwendung von etablierten demokratischen Verfahren sowie Institutionen, die demokratiestabilisierend wirken (öffentlich-rechtliche Medien, Wissenschaft). Sie alle knüpfen an sozialer Unzufriedenheit und am individuellen Ungerechtigkeitsempfinden an, nämlich an dem Gefühl, eigentlich zur Mehrheitsgesellschaft zu gehören, verbunden mit all den Rechten und Privilegien, jedoch gegenüber einer Minderheit benachteiligt zu werden (Möller 2021, 11).

Bis zu den 1990er Jahren sprach man noch von den sogenannten Modernisierungsverlierer:innen (Pfahl-Traugher 1999; Spier 2010). Mittlerweile ist von sogenannten Globalisierungsverlierer:innen die Rede. Man geht davon aus, dass im Zuge von Globalisierung und vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges und damit bipolaren Systems zunächst westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle die Oberhand gewannen, jedoch heute durch Krisentendenzen ein Umbruch zu

beobachten ist. Das kann wiederum auf der individuellen Ebene Orientierungslosigkeit, Unzufriedenheit und nicht zuletzt auch Wut auslösen. Und genau an dieser sozialen Unzufriedenheit versuchen verschiedene Formen des Populismus anzusetzen. Schließlich geht es zusehends darum, „wie die grundsätzliche Machtverteilung in Politik und Gesellschaft ausgestaltet ist und wer nun die fundierende Einheit – ‚das Volk‘ – sein soll, die die Souveränität für sich beanspruchen darf“. (Möller 2021, 9) Wovon sich also alle Populismen gleichermaßen nähren, sind Emotionen wie Misstrauen und Angst gegenüber allem Unbekannten, Missgunst und teilweise Hass gegenüber gefühlt bevorzugten Bevölkerungsgruppen (z.B. Eliten) und einer persönlich empfundenen Benachteiligung, Abstiegsangst, illegitimen Bevormundung oder Verlust Erfahrung und damit verbundenen Kränkung (z.B. infolge von Corona-Maßnahmen wie Lockdowns, Masken- und Impfpflicht). Auf das Schüren derartiger Gefühle in Verbindung mit entsprechenden Heilsversprechen baut der Erfolg aller Populismen auf. (Hartleb 2017)

In diesem Sinn verkörpern Populismen für ihre Anwender:innen entweder politisches Stilmittel bzw. Agitationsmittel oder politische Strategien, sofern es sich nicht um populistische Parteien handelt. Oder sie bilden – wenn auch „dünne“ – politische Ideologien des rechten sowie linken Spektrums, basierend auf „Monismus“ (der Vorstellung eines einheitlichen „Volkes“) und „Moralismus“ (der Überzeugung der eigenen moralischen Überlegenheit). Gemeinsamer Bezugspunkt bleibt schlicht die Zweiteilung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Gut und Böse wie vor allem in „wahres Volk“ versus „korrupte

Elite“, wodurch aus populistischer Sicht einheitliche bzw. homogene Gruppen gezeichnet werden. Als „Wirtsdeologie“ dienen zumeist Nationalismus auf der rechten und Sozialismus auf der linken Seite des politischen Spektrums (Mudde 2020, 15). Demnach steht Rechtspopulismus für „Law and Order“, Antimigration, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Antikommunismus, Linkspopulismus dagegen für Antikapitalismus, Antifaschismus, Antirassismus und Pazifismus. (Pichler 2019, 29)

Als illiberale Agitations- und/oder Ideologieform torpedieren Populismen unter dem Vorwand von Volksnähe demokratische Errungenschaften wie Pluralismus, Bürger:innen- und Minderheitenrechte, Wissenschaft und Medienfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit (Mudde 2020, 31). Mittlerweile läuft das zusehends mithilfe sozialer Medien ab, die sich zur zentralen Plattform bzw. Bühne für Populist:innen entwickelt haben, abseits der bisherigen journalistischen Überprüfung und Berichterstattung (Schemer et al. 2018, 126).

AUF DEM WEG IN DIE AUTOKRATIE

Das sogenannte Volk bildet den zentralen Ankerpunkt von Populismen, wobei Volkssouveränität – alle Macht dem Volk – noch einmal neu definiert wird. So missbraucht die Alternative für Deutschland (AfD) seit ihrer Gründung die Parole „Wir sind das Volk!“, die Menschen bei ihren friedlichen regimekritischen Montagsdemonstrationen einst in der DDR riefen. Obwohl das Volk bzw. Demos bereits als konstituierende Macht verfassungsrechtlich festgeschrieben ist und daraus abgeleitete Organe, sprich Legislative, Exekutive und Judikatur, ebenfalls verfassungsrechtlich garantiert sind, vollziehen Populismen im ideologischen Sinn eine „re-entry“ (Möller 2021, 25), einen Wieder-Einzug des Volkes in paradoxer Gegnerschaft zur bereits bestehenden demokratischen Ordnung. Rechtspopulisten wie Viktor Orbán in Ungarn oder Jarosław Kaczyński in Polen geben vor, die Volkssouveränität zu vertreten, und als – nicht explizit so bezeichnete – Volkstribune den Volkswillen im Gegensatz zur vorherigen politischen Elite auch tatsächlich umzusetzen. Auf diese Weise radikalisieren derartige Volkstribunen Oppositionsarbeit.

Gewinnen sie die Parlamentswahlen, beginnen sie – unter dem Vorwand, lediglich im Auftrag ihres wohlgeimprimierten Volkes zu handeln –, den demokratischen Rechtsstaat zum eigenen Machterhalt auszuhöhlen. Beispiele dafür gibt es vor allem in Ländern, in denen Rechtspopulist:innen nicht nur Koalitionspartner sind, sondern das Regierungsoberhaupt stellen, nämlich das geänderte Wahlrecht in Ungarn, das den Aufstieg von Oppositionsparteien verunmöglicht, und Einschränkungen in der Gerichtsbarkeit, die die

Unabhängigkeit von Richter:innen in Polen gefährden. Wenn einmal an der Macht, zählen Einschränkungen von Presse- und Medienfreiheit sowie Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zu den ersten Schritten der ach so volksverbundenen Autokrat:innen.

Laut dem aktuellen V-Dem-Report (2023) der Universität Göteborg attackieren Autokratien im internationalen Vergleich vor allem die folgenden liberalen Errungenschaften: Presse- und Medienfreiheit, Freiheit der Wissenschaft genauso wie kulturelle Freiheit, begleitet von Zensur und Repressionen gegen die Zivilgesellschaft. Dabei gibt es eine signifikante Korrelation zwischen Autokratie, Desinformation und Polarisierung, indem nämlich die Häufigkeit von Desinformation und Polarisierung zusätzlich Autokratien verschlimmert. Das alles unter dem Deckmantel der Volksverbundenheit.

DIE BEDEUTUNG DER SOZIALEN MEDIEN

Und genau diese scheinbare Volksverbundenheit können soziale Medien – wenn die sogenannten Mainstream-Medien (noch) nicht unter Kontrolle gebracht sind – herstellen. Berufspolitiker:innen nutzen sie, um ihre Zielgruppen direkt und unmoderiert ansprechen zu können. Die Gatekeeper-Funktion der bisher klassischen Medien (Zeitung, Fernsehen und Radio) fällt hier weg, sodass Populist:innen ohne vorherigen Faktencheck ihre „Parallelrealität“ (Brodnig 2017, 17) verbreiten und propagieren können. Den größten Erfolg erzielen populistische Kräfte durch die Verwendung von sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter (Schemer et al. 2018, 128), wodurch sie ihren populistischen Instrumentenkasten wirkmächtig erweitern können. Ohne irgendeine Relativierung durch Journalist:innen können Gegenmeinungen und argumentative Aushandlungsprozesse in sogenannten Echokammern der Gleichdenkenden zurückgedrängt werden (ebd., 27f.) Das Internet hat sich daher als „neuer Machtfaktor der Meinungsbildung“ (ebd., 17) entpuppt.

Zu den zentralen populistischen Kommunikationsstrategien in den sozialen Medien gehören daher 1) die Übertreibung in Wortwahl und Bildern, 2) das Verwenden einfacher, plakativer Sprache, 3) die Emotionalisierung von Themen und 4) die damit gezielte Adressierung von Emotionen wie Angst und Wut. (Gartmeier et al. 2019, 15f.) In diesem Sinn gehen Populismen und (un)soziale Medien eine bestimmte Symbiose ein, weil beide existenziell auf einer starken Vereinfachung sozialer Realitäten beruhen.



POPULISTISCHE PARTEIEN IM VERGLEICH

Im europäischen Vergleich wird ersichtlich, dass es europaweit mehr rechts- als linkspopulistische Parteien gibt (Pauly 2019). Zudem haben diese in den letzten Jahren auch mehr Stimmenzugewinne als die linkspopulistischen Kräfte gemacht, was den bisherigen Prognosen zufolge auch so bleiben könnte (Ey 2023; Müller 2023).

Einzig die rechtspopulistische Partei VOX hat bei der Parlamentswahl im Juli 2023 in Spanien einen Dämpfer und weit weniger Stimmen als erwartet bekommen. (Macher 2023) Ähnliches könnte sich auch bei der bevorstehenden EU-Parlamentswahl 2024 abzeichnen. War bereits die Wahl 2019 von der Sorge über ein Erstarken von Rechtspopulismen geprägt, so wird es bei der bevorstehenden Europawahl 2024 um die gleichen Befürchtungen gehen; einzig mit dem Unterschied verschärfter Krisen – mittlerweile nicht nur als „Polykrise“, sondern auch als „Permakrise“ (Schneider 2022) bezeichnet – und damit einhergehender europaweiter sozialer Unzufriedenheiten, was vor allem rechtspopulistischen Parteien in die Hände spielen könnte. Bleibt abzuwarten, ob sich die Prognosen bis zur Europawahl bewahrheiten werden. Zumindest fielen 2019 die vorherigen Meinungsumfragen deutlich pessimistischer aus als die Wahl selbst. Diese führte schließlich doch zu einer recht ausgewogenen Aufteilung im EU-Parlament.

Im Folgenden werden rechts- und linkspopulistische Parteien in ausgewählten EU-Mitgliedsländern bezogen auf 1) ihre zentralen Narrative, 2) ihre zentralen Akteur:innen und 3) Haltung gegenüber Russland und dessen

Angriffskrieg gegen die Ukraine genauer betrachtet. Unterschieden wird dabei zwischen Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien (noch) nicht die nationalen Regierungsgeschäfte führen – wie Frankreich und Deutschland – und jenen, in denen sie immer wieder oder kontinuierlich an den Machthebeln sitzen und die liberale Demokratie systematisch aushöhlen bzw. auszuhöhlen versuchen. Dabei macht es einen deutlichen Unterschied, ob sie sozusagen „nur“ Koalitionspartner wie die FPÖ in Österreich sind, oder die Parlamentsmehrheit bilden und folglich rechtsstaatliche Prinzipien stückweise aushebeln, wie im Fall von Ungarn, Polen und erwartungsgemäß auch in Italien. Das alles bezieht sich auf rechtspopulistische Parteien in Europa. Linkspopulistische Parteien wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien werden in ihrem Aktionsradius als Regierungsparteien vergleichsweise weniger rechtsstaatsfeindlich betrachtet. Ambivalent verhält es sich wiederum mit der Linken in Deutschland, deren Ursprung mitunter in die ehemalige DDR zurückreicht.

Somit erstreckt sich der Parteienvergleich von West-, Mittel-, Nord- über Süd- und Ost- bis zu Südosteuropa und umfasst neben den EG-Gründungsmitgliedern Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande, die späteren EG-Mitglieder Griechenland und Spanien, weitere EU-Mitglieder wie Finnland sowie Österreich und jüngere EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen.

Da populistische Parteien auf die eine oder andere Art Protestparteien darstellen, nennen sich auch manche von ihnen nicht Partei, sondern „Allianz“, „Alternative“,

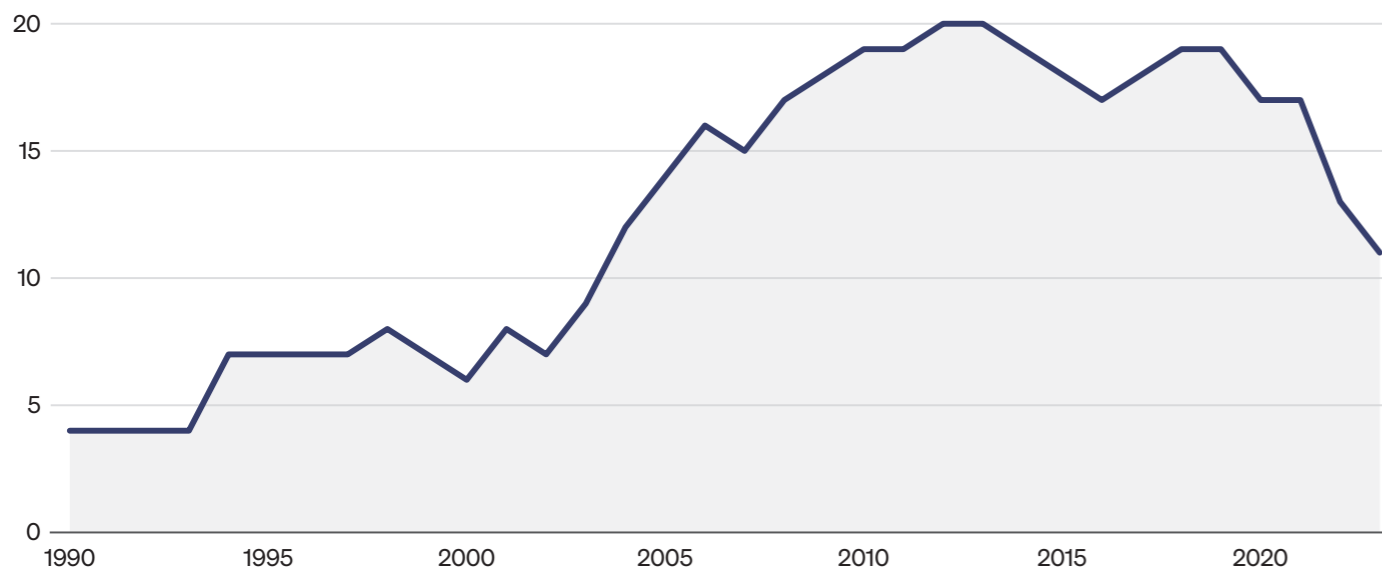
„Bewegung“, „Forum“, „Front“ oder auch „Liga“, „Liste“, „Union“ etc. An deren Spitze, hier vorwiegend unter rechtspopulistischen Parteien, steht zumeist eine (mehr oder weniger) charismatische, starke, d.h. autoritäre, redegewandte und volksnahe Führungsperson (Bauer 2023, 17). Also ein:e Parteichef:in, der:die die Sorgen der sogenannten normalen Menschen versteht und zu

vertreten weiß. Zumindest vorgeblich. (Bauer 2023, 18) Denn im Grunde genommen geht es um eigene Erzählungen, teils Verschwörungsnarrative, die vorwiegend über soziale Medien propagiert werden und möglichst große Zustimmung und bei Wahlen hohen Stimmenzuwachs bringen sollen.

Abbildung 2

Der Aufstieg von Populist:innen in Regierungsgämter

Anzahl der Länder, in denen ein:e Populist:in an der Staatsspitze steht



Quelle: Tony Blair Global Institute, Populists in Power Database.

DIE GROSSE ERZÄHLUNG ZU MIGRATION AM RECHTEN RAND

Da sich Populismen von Krisen nähren, bot die sogenannte Migrationskrise bzw. Migrationspolitikkrise seit 2015 (trotz unterschiedlicher Gesetzeslagen synonym mit Flüchtlings[politik]krise verwendet) den rechtspopulistischen Parteien in Europa die nötigen Feindbilder.

Schließlich haben zu diesem Zeitpunkt schon längst Hunderttausende Menschen begonnen, vor dem Krieg in Syrien und weiteren Konflikten im Nahen Osten und Nordafrika in Richtung Europa zu fliehen. Diese Feindbilder lassen sich auf eine gemeinsame Erzählung – konkret die Angstmacherei vor Überfremdung in Europa – zurückführen. Gemäß rechtspopulistischer Selbstdefinition ist ja das eigene Kollektiv gegenüber allem Fremden überlegen und schützenswert (Wondreys, Mudde 2020, 88f; Ekman 2022). Migration und Flucht nach Europa – konkret immigrierende und flüchtende Menschen – würden quasi als äußere Feinde die eigene Wir-Gruppe bedrohen, indem sie diese auf Dauer ersetzen. Die inneren Feinde sind gemäß dieser Logik gesellschaftlicher Pluralismus, Multikulturalismus, Feminismus und das Abtreibungsrecht genauso wie die LGBTIQ+-Bewegung, die den Fortbestand dieser imaginierten homogenen (weißen, christlichen) Gruppe bedrohen würden. Dieser Erzählung zufolge wurden in Ungarn und vor allem Polen EU-rechtswidrige Restriktionen zu Abtreibungsrechten und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gesetzlich eingeführt. (Profil 2022; Gnauck 2023; Inotai et al. 2023) Lautstark legitimiert werden diese damit illegalen Maßnahmen durch eine antifeministische und Anti-Gender-Mobilisierung

(Sauer 2019), die auch nach eigentlich vermeidbaren und dadurch umso tragischeren Todesfällen im Zuge des Abtreibungsverbots anhält (Gnauck 2023; Inotai et al. 2023). Auch in Italien und neuerdings in Österreich zeigt man sich auf rechtspopulistischer Seite angesichts sinkender Geburtenraten und damit schrumpfender Bevölkerungszahlen alarmiert (Straub 2023a; Ruep 2023).

Den Kampfbegriff hierfür hat der französische Philosoph Renaud Camus in seinem 2011 in Frankreich veröffentlichten Buch „Le Grand Remplacement“ („The Great Replacement“ / „Der Große Austausch“) geprägt (Camus 2019). Mit seinem Bild von der drohenden „Islamisierung Europas“ (Neff 2023; Ekman 2022) prägt er seither die Neue Rechte, auch mit Rekurs auf den NS-Begriff „Umvolkung“, in ihrem Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und in ihrer Islamfeindlichkeit. Ähnlichkeiten lassen sich hierbei mit der Verschwörungserzählung des inzwischen verstorbenen österreichischen Neonazis und Holocaustleugners Gerd Honsik feststellen, der auch Verbindungen zur FPÖ hatte (Sulzbacher 2023).

Von derartigen menschenverachtenden Erzählungen lassen sich die Identitären weltweit und in Österreich genauso wie rassistische Attentäter (mit ihren Netzwerken zu Identitären wiederum) und rechtspopulistische bis rechtsextremistische Parteien inspirieren (Rose 2022). So soll Camus auch die Rechtspopulistin Marine Le Pen (mit rechtsextremistischen Verbindungen) beraten. Sein Buch ist übrigens in Deutschland 2016 unter dem Titel „Revolte gegen den Großen Austausch“ erschienen (Federl, Strnad 2022). Auf dieses Schreckgespenst des „großen Aus-

tauschs“ beziehen sich alle der im Folgenden genannten rechtspopulistischen Parteien bzw. Akteur:innen, mehr oder weniger offensichtlich in der jeweiligen Ausrichtung, Policy und dem konkreten Policy-Making.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Konkrete Verbindungen der FPÖ zur extremen Rechten, nämlich zu den Identitären unter Martin Sellner, sind immer wieder öffentliches Thema (unter dem Aspekt der besagten Verschwörungserzählung, Oltermann 2019) oder auch Teil parlamentarischer Anfragen, so jener der NEOS-Abgeordneten Stephanie Krisper (Österreichisches Parlament 2019; Sulzbacher 2021). Trotz aller Verstrickungen und des im Mai 2019 publik gewordenen Ibiza-Skandals wie auch des darauffolgenden Obmannwechsels gilt die FPÖ dennoch als fixer Bestandteil des rechten Randes im österreichischen Parlament. Bei den Parlamentswahlen 2017 erreichte sie 25,97 Prozent, bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2019 *nur* 16,12.

Mit Kritik an den sogenannten Einheitsparteien betont der aktuelle Parteichef Herbert Kickl, „dass die Politik ihre Orientierung an den Interessen der Bevölkerung vorzunehmen hat“, und verspricht: „[...] wir schauen darauf: was wollen unsere Leute haben, und dem sind wir verpflichtet.“ (Kickl 2023a). Sein alleiniger Anspruch auf die Repräsentation des Volkes wird in der folgenden Gegenüberstellung deutlich: „Dieses Land braucht einen Volkskanzler, keinen Systemkanzler.“ (Böhmer 2023) Somit arbeitet Kickl konsequent an einer Erzählung

der FPÖ als einziger Volkspartei mit einer wahrhaft demokratischen Haltung. Die Radikalität und Intensität, mit der er diese Botschaften aussendet, impliziert neben einem Exklusivitätsanspruch auf Repräsentation der Bürger:innen jedoch auch die Annahme, dass es ein homogenes österreichisches Volk mit denselben Bedürfnissen und demselben (singulären) Wählerwillen gäbe. Damit ist diese populistische Erzählung in ihrem Kern antidemokratisch.

Wer für die Freiheitlichen eindeutig nicht zu Österreich gehört, das sind einerseits die äußeren Feinde, und zwar Asylsuchende („Asylanten“) sowie Drittstaatsangehörige, und andererseits die inneren Feinde, wie die politischen Gegner (u.a. die anderen Parteien, zivilgesellschaftliche Aktivist:innen, Umweltaktivist:innen, Klimakleber:innen bzw. „Klimaterroristen“). Die äußeren Feinde werden nach Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund und religiöser Zugehörigkeit (Stichwort: Islamophobie) definiert, sodass Asylsuchende aus Nordafrika und dem Nahen Osten als besondere Projektionsfläche für rechtspopulistische Hetze fungieren. Die inneren Feinde werden vorwiegend nach ideologischen Kriterien, „Linksterrorismus“ (FPÖ Neuhofen 2023) und sozioökonomischen Kriterien, „Bonzen“ (Freiheitlicher Parlamentsklub 2023), festgemacht und verunglimpft. Die Trennlinien verlaufen bei äußeren und inneren Feinden horizontal, d.h. die eigene Gruppe wird vor dem sogenannten Feind geschützt oder soll sich am Schutz, ja sogar an der gemeinsamen Verteidigung beteiligen, wie im Fall der Online-Petition „Festung Österreich. Grenzen schließen. Sicherheit garantieren.“

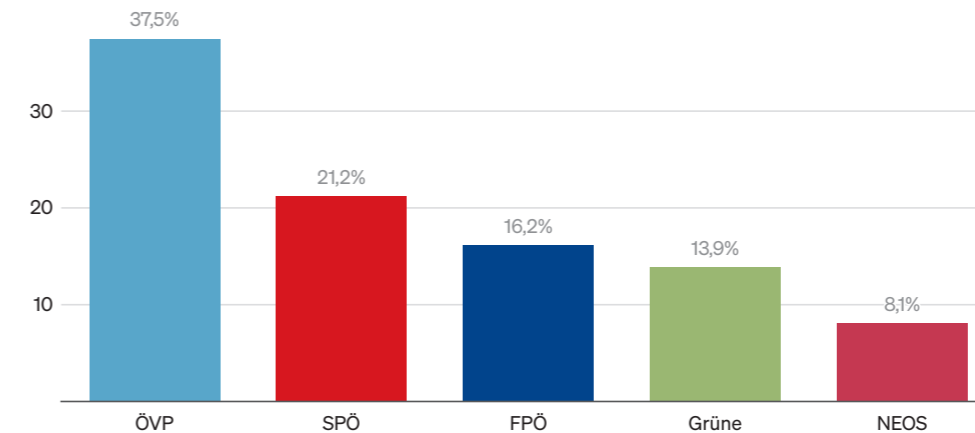
(FPÖ 2023a). Das sogenannte Sozialschmarotzertum existiert übrigens ausschließlich in Verbindung mit Migration. Demnach ist es nicht die eigene – österreichische – Gruppe, die das österreichische Sozialsystem missbraucht, sondern ausschließlich der äußere Feind – „der Ausländer“ –, der das versucht.

Bezogen auf die „Elite“ bzw. das sogenannte Establishment im Sinne der politischen Führung oder des politischen Systems, ob nun die Bundes- oder Landesregie-

rung (sofern nicht selbst Teil davon) oder EU-Organe gemeint sind, verlaufen die Trennlinien vertikal und werden meist sozioökonomisch gezogen, wie beim Beispiel „Bonzen“ ersichtlich. Ganz im Sinne einer Robin-Hood- oder auch David-gegen-Goliath-Logik wird die eigene Gruppe gegen „die-da-oben“, also sogenannte Ausbeuter bzw. Übermacht beschützt, wie im Fall des Polterns gegen die „ORF-Zwangsgebühr“ oder gegen die Bevormundung durch die EU in Sachen Klimapolitik, Renaturierung und schließlich Ernährung (FPÖ 2023b).

Abbildung 3

Österreichische Nationalratswahlen 2019



ÖVP = Österreichische Volkspartei; SPÖ = Sozialdemokratische Partei; FPÖ = Freiheitliche Partei

Quelle: Bundesministerium für Inneres (BMI)

Alternative für Deutschland (AfD)

Das Schreckgespenst des Bevölkerungsaustauschs kursiert auch unter der Alternative für Deutschland (AfD). Diese formierte sich 2013 als EU-skeptische bzw. „Anti-Euro-Partei“ (Decker 2022, 86) zu einer politischen Kraft, die seither eine fortlaufende Radikalisierung von einer rechtsliberalen zu einer neurechten Partei vollzog. Die AfD hat seit ihrer Gründung sowohl vormalige Nichtwähler:innen mobilisiert als auch Wähler:innen von anderen Parteien wie CDU/CSU, FDP, Linkspartei und SPD gewonnen (Decker 2022). Ein Grund für doch höchst unterschiedliche Wähler:innenströme könnte sein, dass sich die Partei, wie zumindest in deren Anfängen von Mitbegründer Bernd Lucke formuliert, gern als „Partei neuen Typs“ und als „weder links noch rechts“ darstellte. (Decker 2022, 86) Zu Beginn wurden diese Zugewinne hauptsächlich als Protestwahlverhalten beurteilt. Mittlerweile hat die AfD mit 10,3 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen 2021 eine feste Wähler:innenbasis etabliert (darunter auch bisherige Nichtwähler:innen und Linke-Wähler:innen), die sich primär durch das Ziel einer kulturell einheitlichen Gesellschaft und einer restriktiven Zuwanderungspolitik vereint weiß (Decker 2022).

Bisher kam es noch zu keiner Regierungsbeteiligung der AfD auf Landes- und Bundesebene, was sich allerdings angesichts großer Stimmenzuwächse in Ostdeutschland bald ändern könnte. So erreichte sie 2021 in Sachsen 27,5 Prozent und in Thüringen 23,4 Prozent (Decker 2022). Seit Juni 2023 stellt die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) erstmals einen gewählten

Landrat im Thüringer Landkreis Sonneberg (Pfeifer 2023) und seit Juli 2023 einen gewählten hauptamtlichen Bürgermeister (Se, Sti 2023). Das alles hat bei den anderen Parteien zu heftigen Diskussionen über die Regierungstauglichkeit der zum Teil als rechtsextremistisch eingestuften AfD geführt (Rzepa 2023; dpa 2023; Tagesschau 2023a). Zweifellos ist mit diesen Erfolgen, die die AfD-Spitze als „erst der Anfang“ (Pfeifer 2023) bezeichnet, ein bisher unvorstellbarer Tabubruch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgt. Sogar Wirtschaftsvertreter:innen zeigen sich zusehends besorgt um den Wirtschaftsstandort Deutschland (fdi, dpa 2023).

Mit Programmtiteln wie „Deutschland. Aber normal.“ oder Wahlslogans wie „Unser Land zuerst“ (ähnlich wie Donald Trumps „America first“) befeuert die AfD den von ihnen betriebenen Kulturkampf gegen die scheinbar ideologisch fehlgeleitete Politik der Mitbewerber – und das mit unübersehbarer Wähler:innenzustimmung. Spricht sie doch vor allem den Frust vieler Niedrigverdiener:innen und sozial benachteiligter Menschen, der sogenannten Working poor in Ostdeutschland an (krott, dpa 2023), das im Vergleich zu Westdeutschland noch immer einen deutlich geringeren Lebensstandard aufweist und als Teil des einstigen Sowjetblocks knapp fünfzig Jahre lang keine liberal-demokratischen Strukturen aufbauen konnte. Vor diesem Hintergrund scheinen rechtspopulistische Feindbilder, allen voran Xenophobie und Islamophobie, zu greifen. Ebenso wie die FPÖ befindet sich auch die AfD in einer „Grauzone“ mit rechtsextremistischen Kreisen, wie u.a. der

Politikwissenschaftler Anton Pelinka festgestellt hat. Sind es bei der FPÖ die Identitären, was immer wieder für Skandale sorgt, so ist es im Fall der AfD die PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“).

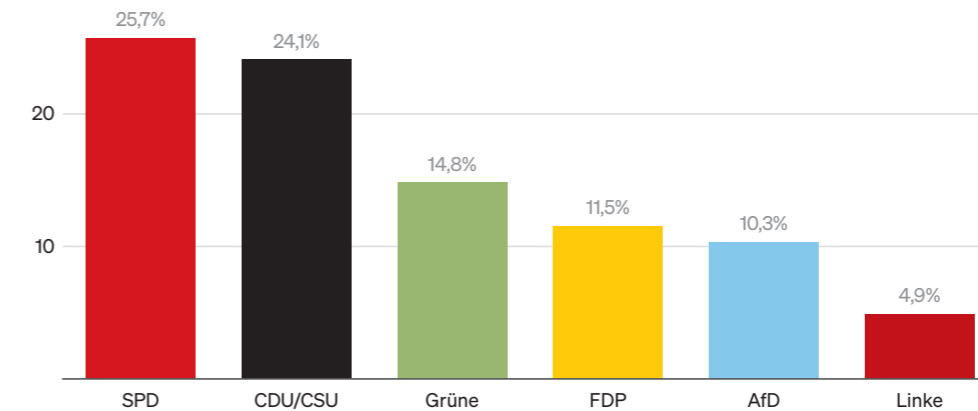
Bezogen auf aktuelle Migrationsströme aus Afrika steht auf der AfD-Homepage: „Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.“ Vor diesem Hintergrund erteilen sie „Armutszuwanderern“ als den sogenannten

Anderen (der Sie-Gruppe) eine klare Absage. Das eigene Sozialsystem gelte es zu schützen, auch vor Familiennachzug. Und: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (AfD 2013–2023) Ähnlich wie die FPÖ fordert die AfD einen Zuwanderungsstopp und sogar eine „Minuszuwanderung“ (ebd.). Sogar das gesetzlich verankerte Asylrecht bezeichnet sie als nicht mehr zeitgemäß.

Immer wieder spricht sich die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel für die Abschaffung des für die Sicherheit der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Abbildung 4

Deutsche Parlamentswahlen 2021



SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands; CDU/CSU = Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union; Grüne = Bündnis 90/Die Grünen; FDP = Freie Demokratische Partei; AfD = Alternative für Deutschland

Quelle: Politico

zuständigen Verfassungsschutzes aus. Begründung für diese Kritik sei die mangelnde Unabhängigkeit dieses Organs und dessen Absicht, die AfD zu diskreditieren. In verschwörungsartiger Manier bezeichnete sich Weidel in einem Interview sogar als „politisch verfolgt“, womit sie die AfD einmal mehr als Opfer von Ausgrenzung darstellte und dem sozusagen vergessenen Volk eine Identifikationsmöglichkeit zu bieten versuchte (Medick, Rosenkranz 2023).

Fidesz – Ungarischer Bürgerbund

Was es bedeutet, wenn rechtspopulistische Parteien an die Macht kommen, zeigen Ungarn und Polen seit mehr als zehn Jahren vor, mit eindeutigen Verbindungen zum rechten, um nicht zu sagen extremistischen, Rand. So finden sich bei der ungarischen Regierungspartei „Fidesz – Ungarischer Bürgerbund“ („Magyar Polgári“) unter Viktor Orbán Indizien für ein Naheverhältnis zu rechtsextremistischen Kreisen (Bauer 2023, 87), was bei ihrer Neu-Positionierung 1996 als wertkonservative und wirtschaftsliberale Kraft noch nicht ersichtlich war (Bauer 2023, 195). Nach ihrem Wahlerfolg 1998 bildete die Fidesz unter dem Mitbegründer und Parteichef Viktor Orbán zunächst eine rechtsliberale Koalitionsregierung mit zwei weiteren rechtsorientierten Parteien (dem „Ungarischen Demokratischen Forum“ und der „Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums“), die vier Jahre später wieder abgewählt wurde. Ihr antidemokratisches Gesicht zeigte die Fidesz (mittlerweile in Fidesz-MPSZ umbenannt) nach ihrem ersten großen

Wahlerfolg 2010, als sie 52,7 Prozent der Stimmen gewann und mit einer Zweidrittelmehrheit zu regieren begann. Diese parlamentarische Mehrheit nutzt die Fidesz unter Orbán seitdem aus, um den ungarischen Staat zusehends in eine Autokratie umzuwandeln, beginnend mit einer Verfassungsreform 2012 zu Ungunsten des Mitbestimmungsrechts der Opposition bei der Bestellung des Verfassungsgerichtshofs. Seit 2014 gewinnt Fidesz die Folgewahlen stets mit betont EU-kritischen und rechtspopulistischen Wahlkampagnen, während sie das Aushöhlen von liberaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zusehends fortsetzt. So werden Meinungs- und Pressefreiheit als wesentliche liberal-demokratische Grundpfeiler laufend torpediert. (Profil 2021; Bauer 2023, 196) In der Migrationspolitik-Krise 2015 positionierte sich Orbán lauthals gegen die „Wir-schaffen-das“-Doktrin der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und das 2017 von der Europäischen Kommission eingeleitete und 2018 vom EU-Parlament bewilligte Artikel-7-Verfahren (bei Verstoß gegen EU-Werte) läuft noch immer (EU-Parlament 2022). Als einziges Druckmittel bleibt der EU das Einfrieren von Fördergeldern für Ungarn, zumal auch Unregelmäßigkeiten mit bisherigen Fördergeldern bis hin zu Korruption im Raum stehen (Makszimov 2022).

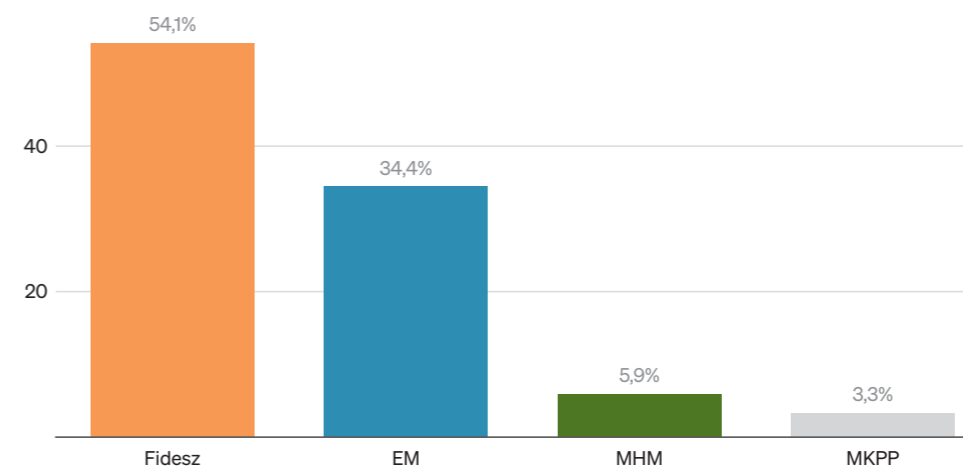
Als zusätzliche Provokation kann Orbáns Antrittsrede zu Beginn seiner vierten Amtszeit als Regierungschef verstanden werden, als er den „Gender-Wahnsinn“ und das „große europäische Bevölkerungsaustausch-Programm“ als „selbstmörderische Experimente“ der

EU bezeichnete, wonach „christliche Kinder“ gegen „Migranten aus anderen Zivilisationen“ „ausgetauscht“ würden (zit. n. afp 2022; Casanovas Torre 2022). In dieses Narrativ fügen sich massive Einschränkungen von LGBTIQ+-Rechten (Profil 2022) sowie Abtreibungserschwernisse für Frauen einerseits und andererseits finanzielle Anreize, um Frauen zu „Gebärmaschinen“ zu degradieren (Veyder-Malberg 2022). Dass Orbán außerdem seinen früheren Förderer und Mäzen George Soros im Zuge der Wahlkampagne zur Europawahl 2019 antisemitisch diffamierte, wonach dieser gemeinsam mit muslimischen Flüchtlingen Ungarn destabilisieren wolle

(Profil 2022), lässt einen besonderen Zynismus erkennen. Zu Orbáns internationalen Fans zählt u.a. FPÖ-Chef Kickl, dem Orbáns Durchsetzungskraft als Regierungschef besonders gut gefällt. Vor allem beim rechtspopulistischen Kernthema Asylpolitik würde Österreich mit Kickl als Kanzler – bzw. „Volkskanzler“ in der Selbstbezeichnung – auf Ungarn zusteuern (Dolna 2023). Die neue Salzburger ÖVP-FPÖ-Landesregierung dürfte beim plötzlich neu aufgegriffenen Thema Abtreibung (trotz klarer Gesetzesregelungen) ebenfalls von den Fidesz- und PiS-Praktiken inspiriert sein (Ruep 2023).

Abbildung 5

Ungarische Parlamentswahlen 2022



Grafik: EM = Ungarn in Einheit; MHM = Unsere-Heimat-Bewegung; MKPP = Zweischwänzige Hundepartei •
Quelle: Politico

„Orbánisierung“ bezeichnet übrigens die Autokratisierung eines zuvor demokratischen Staates in Richtung „illiberale Demokratie“ (Grimm 2020; Mayer 2022; Wörgetter, Stricker 2023). Alles Begriffe für ein autoritäres System, die es vor Orbán nicht gegeben hat und die sich ironischerweise wie eine Handlungsanleitung lesen lassen: beginnend bei Schritt eins zur antidemokratischen Verfassungsreform und Schritt zwei zur Unterwerfung bisher freier Medien. Denn „die Essenz illiberaler Demokratie“ ist in den Worten Orbáns „der Schutz christlicher Freiheit“ (zit. n. Grimm 2020). Dies kann weiters als Rekurs auf das mittelalterliche Königreich Ungarn unter Johann Hunyadi und Matthias Corvinus verstanden werden, das als quasi Cordon sanitaire die christliche Welt vor den osmanischen Armeen schützte (Vágvölgyi 2019).

Prawo i Sprawiedliwość (PiS) – Recht und Gerechtigkeit in Polen

Religion bzw. Katholizismus als gemeinsame Klammer rechtspopulistischer Bestrebungen spielt auch in Polen eine große Rolle. So rekrutierte die 2001 gegründete PiS-Partei (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) Anhänger:innen aus dem polnischen Post-Solidarność-Bündnis, das seine Wurzeln in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung seit Ende der 1970er Jahre hat (Bauer 2023, 159); also jener Bewegung, die mit Streiks und Protesten das Ende der Sowjetmacht in Polen einleitete, bis die staatssozialistische Sowjetherrschaft 1989/90 infolge von vielen zentrifugalen Faktoren in Osteuropa in sich zusammenbrach.

Die beiden Gründer und langjährige Parteichefs sind der 2010 tödlich verunglückte Lech Kaczyński und sein Zwillingsbruder Jarosław, der erst kürzlich den Parteivorsitz abgegeben und zuvor, seit 2005, den rechtsnationalen katholizistischen Kurs Polens bestimmt hat. Bis heute ist die PiS das stärkste politische Lager und überdeckt zahlreiche andere rechtspopulistische Parteien wie auch die liberal-demokratischen Kräfte im Land. Schon rasch ging die PiS als Regierungspartei gegen die unabhängige Justiz und unabhängige Medien vor, alles unter dem Vorwand, sich für das sogenannte Volk gegen „die da oben“ einzusetzen. (Bauer 2023, 160f.) Mit der Justizreform nahm sie sich unliebsame Richter:innen vor, was sie aufgrund des finanziellen Drucks der Europäischen Kommission wieder revidierte, zumindest offiziell (Pędziwol 2023). Was folgte und trotz breiter Protestbewegungen nach wie vor gültig ist, sind Restriktionen (u.a. mit der Verhängung von „LGBT-ideologiefreien Zonen“) gegenüber der LGBTIQ+-Community, von denen viele in den vergangenen Jahren das Land u.a. in Richtung Berlin verlassen haben (Jung 2021). Weiters treibt das Abtreibungsverbot Frauengesundheit und -selbstbestimmung in die Illegalität und aufgrund der hohen Risiken sogar in den Tod (Gnauck 2023; Inotai et al. 2023). Und schließlich gefährdet der Druck auf regierungsunabhängige Medien die Pressefreiheit in Polen. (Sieradzka 2021) Zeitgleich zu Ungarn wird auch seit Jahren gegen Polen ein noch nicht abgeschlossenes Artikel-7-Verfahren geführt (EU-Parlament 2022).

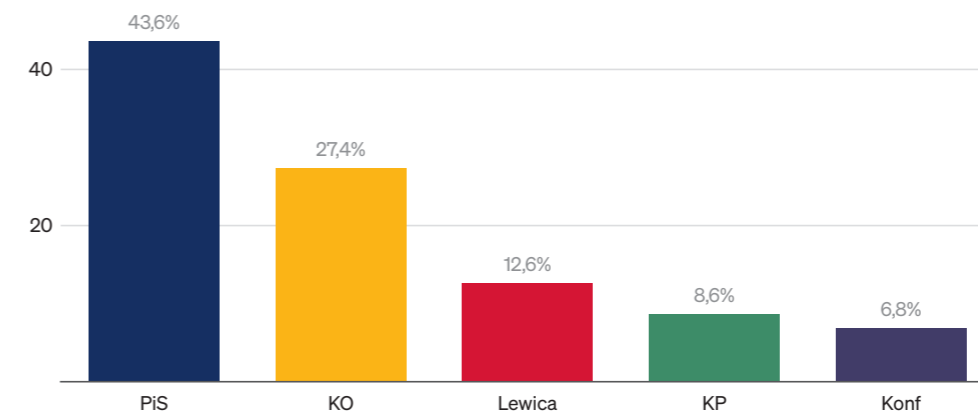
In Fachkreisen wird das polnische System als „Wettbe-

werbsautoritarismus“ („competitive authoritarianism“) und „Labordemokratie“ bezeichnet, wonach – im Sinne der Fassadendemokratie – zwar auf den ersten Blick Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung bestehen, jedoch den Oppositionsparteien mit bürokratischen Hürden die Möglichkeit, Wahlen zu gewinnen und eine liberal-demokratische Regierung zu bilden, enorm erschwert wird. (Ciobanu 2020) Daher werden in den letzten Freedom House Reports (2022, 2023) beide Länder nicht mehr als funktionierende Demokratien definiert. Im 2023 erschienenen Demokratie-Index von V-Dem liegt Polen – wohlgermerkt nach Kosovo, Kolumbien und Georgien – auf Platz 78 (eine Verbesserung um 2 Plätze

verglichen mit 2022) und Ungarn auf Platz 94 (eine Verschlechterung um 3 Plätze verglichen mit 2022). (V-Dem 2023; Schwarzer 2022, 145 f.). Ähnlich wie in Ungarn weigerte sich auch hier die rechtspopulistische Regierung im Zuge der großen Flüchtlingsströme mit Höhepunkt 2015, Asylsuchende aufzunehmen, was nach wie vor gültig ist. Im Unterschied dazu sind Polens Grenzen zur (christlichen) Ukraine offen. Seit Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 haben über 9 Millionen Menschen die ukrainisch-polnische Grenze passiert, um entweder in Polen um Asyl anzusuchen oder weiterzuziehen. Im Gegensatz zu Flüchtenden und Migrant:innen aus Afrika und dem Nahen Osten scheint

Abbildung 6

Polnische Parlamentswahlen 2019



PiS = Recht und Gerechtigkeit; KO = Bürgerkoalition; Lewica = Linksbündnis; KP = Polnische Koalition; Konf = Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit

Quelle: Politico

der Zuzug von Menschen aus der Ukraine in Polen kein Problem zu sein. Auch wenn Kaczyński nicht explizit vom „Großen Austausch“ spricht, sondern mit zutiefst misogynen Aussagen in „wirren Reden“ sogar eigene Parteimitglieder verärgert, unterscheidet sich seine Policy nicht von jener Orbáns. Beide Regierungschefs zeigen somit archetypisch (wie in einer Bedienungsanleitung) vor, wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und liberale Demokratie insgesamt ausgehöhlt und Meinungs- sowie Pressefreiheit, Menschenrechte sowie Menschenleben bedroht werden, wenn rechtspopulistische Parteien an den Schalthebeln der Macht sitzen – und das über zehn Jahre.

Perussuomalaiset – „Wahre Finnen“

Welche Bedeutung Medien als vierte Macht in einem liberal-demokratischen Staat haben, illustriert der Fall Finnland. Nachdem hier kürzlich eine rechte die bisherige sozialdemokratische Regierung unter Sanna Marin abgelöst hatte, sorgte sogleich ein veritabler Skandal für entsprechendes Aufsehen. Finnische Medien stöberten nämlich in den Archiven und fanden frühere höchst problematische rechtsextremistische Aussagen des inzwischen zurückgetretenen Wirtschaftsministers und der nach wie vor amtierenden Innenministerin Mari Rantanen, beide Mitglieder der rechtspopulistischen

Partei „Wahre Finnen“ (Perussuomalaiset). Rantanen musste sich öffentlich für ihre Anspielung an „The Great Replacement“ bzw. „den Großen Austausch“ rechtfertigen (Staib 2023).

Dieses Wording charakterisiert mitunter aufgrund guter Kommunikationskanäle untereinander mehr oder weniger offensichtlich die Policy und das Policy-Making rechtspopulistischer Parteien in Europa, wie auch weitere Beispiele zeigen.

PVV vs. BBB in den Niederlanden

Aufgewirbelt erscheint das rechtspopulistische Feld in den Niederlanden. Nachdem die rechtskonservative Koalitionsregierung unter Mark Rutte in den Niederlanden am Streit über eine verschärfte Asylpolitik im Juli 2023 gescheitert war, rüsten sich hinsichtlich der voraussichtlich Mitte November stattfindenden Neuwahlen (bei denen Rutte nicht mehr antreten wird) bereits der prominente und für seine offen zur Schau getragene Islamfeindlichkeit bekannte Rechtspopulist Geert Wilders mit seiner quasi Ein-Mann-Partei PVV (Partij voor de Vrijheid / Partei für die Freiheit) und eine neue agrarpopulistische Partei, die BBB (BoerBurgerBeweging / Bauer-Bürger-Bewegung). (Grobe, Genovese 2023; Vorreiter 2023)

Erwartungsgemäß bedient Wilders auf seinen Online-Kanälen nach wie vor das Narrativ der befürchteten Überfremdung: „Ich sage es schon seit Jahren: die

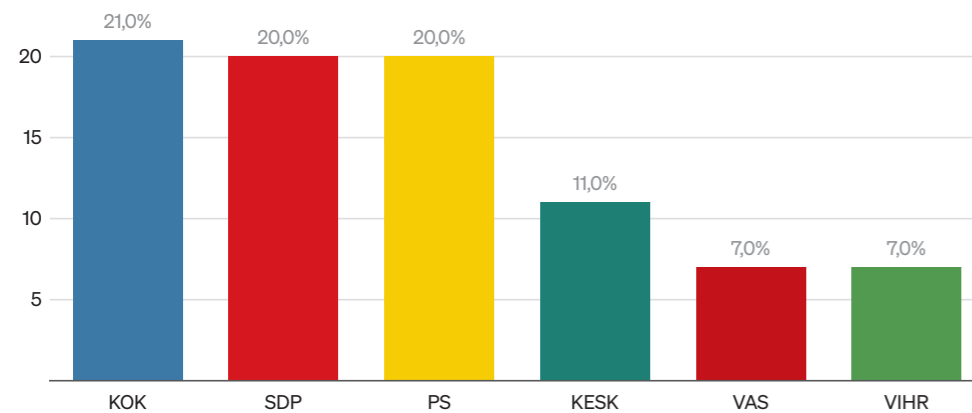
Niederländer als Minderheit in ihrer eigenen Straße, Nachbarschaft und Stadt. Nur die PVV kann und will diesen Prozess umkehren. [...] Mit anderen Worten: eigene Leute zuerst!“ (Wilders 2023, eigene Übersetzung)

Spürbare Konkurrenz bekommt er allerdings von der agrar- und rechtspopulistischen BBB, die 2019 u.a. von der sehr bodenständig auftretenden Journalistin und Kommunikationsexpertin Caroline van der Plas als Protestbewegung gegründet und bei den Provinzwahlen im März 2023 überraschenderweise in vielen Provinzen zur stärksten Kraft gewählt wurde. Die BBB versteht sich als Sprachorgan der wütenden Landwirt:innen, die infolge der neuen Umweltauflagen existenzielle Einschnitte befürchten, und agiert unmissverständlich als Protestpartei. Die Aussicht, dass infolge neuer Umweltauflagen 30 Prozent der Nutztierbetriebe geschlossen werden könnten, hat bisher landesweite Proteste ausgelöst. (dpa-infocom 2023a)

Während Wilders die Überfremdung durch Immigration problematisiert, mobilisiert van der Plas gegen den vorgeblich immensen und unkontrollierten Import von ausländischen Nahrungsmitteln, also implizit gegen die Bevormundung seitens der EU und gegen die Globalisierung insgesamt. So heißt es konkret im BBB-Wahlprogramm: „Es werden nicht nur Lebensmittel aus Ländern importiert, von denen wir nicht wissen, wie die Lebensmittel hergestellt wurden und was sie enthalten. Das Verschwinden der Landwirte aus unserer Landschaft wird außerdem erhebliche Folgen haben ...“ (BBB 2023; eigene Übersetzung). Zudem lesen sich die Zeilen so, als ob die

Abbildung 7

Finnische Parlamentswahlen 2023



KOK = Nationale Sammlungspartei; SDP = Sozialdemokratische Partei; PS = Perussuomalaiset; KESK = Zentrumspartei; VAS = Linksbündnis; VIHR = Grüner Bund

niederländische Nahrungsmittelproduktion nicht industriell ausgerichtet wäre, sondern nur strengen Bio-Richtlinien folgen würde. Plakativ gesprochen definiert sich die Wir-Gruppe – entlang der regionalen Wahlergebnisse 2023 – nicht primär über Religion, sondern über den Esstisch (Henley 2023).

Rassemblement National in Frankreich

Welches Stimmenpotenzial im Frust der ländlichen Bevölkerung steckt, erkannte Marine Le Pen, einstige Parteichefin des Front National, bereits vor einigen Jahren. Als populäre – immer nur – oppositionelle Rechtspopulistin (mit Sympathiewerten in rechtsextremistischen Kreisen) verstand sie es stets, die französische Peripherie abzugrasen, wie beispielsweise bei ihrer „Tour de France der Vergessenen“ 2013. Da bediente sie gleichzeitig die Angst vor Überfremdung in der Nachbarschaft wie auf dem Teller. (Brändle 2015; Oxley 2022) Schließlich forderte sie immer wieder quasi zum Schutz der eigenen

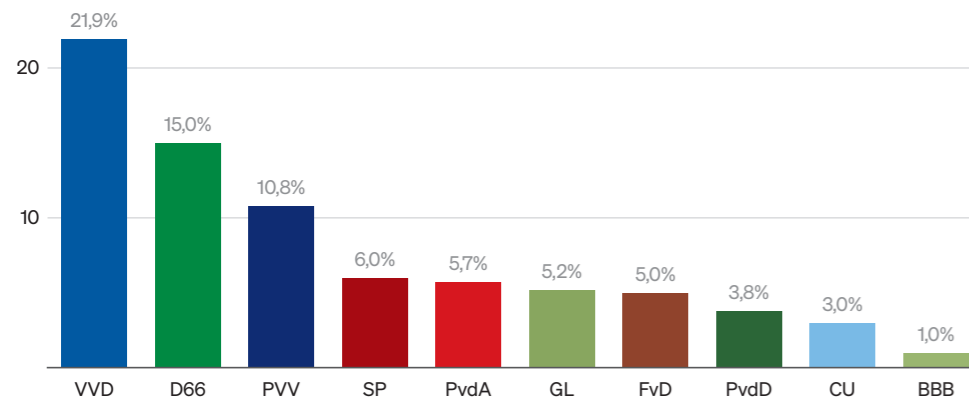
Bevölkerung und Landwirtschaft, Immigration und Importe von Agrarprodukten zu stoppen.

Ihre Partei, der Rassemblement National, ging aus dem – von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen gegründeten – Front

National (FN) hervor. Die langjährige Parteivorsitzende Marine Le Pen (2011–2022) arbeitet aktiv an ihrer Wirkung als nationalpopulistische Alternative zu den politischen Eliten auf innerfranzösischer und europäischer Ebene. Auch hier verschmelzen die horizontale Feindschaft

Abbildung 8

Niederländische Parlamentswahlen 2021

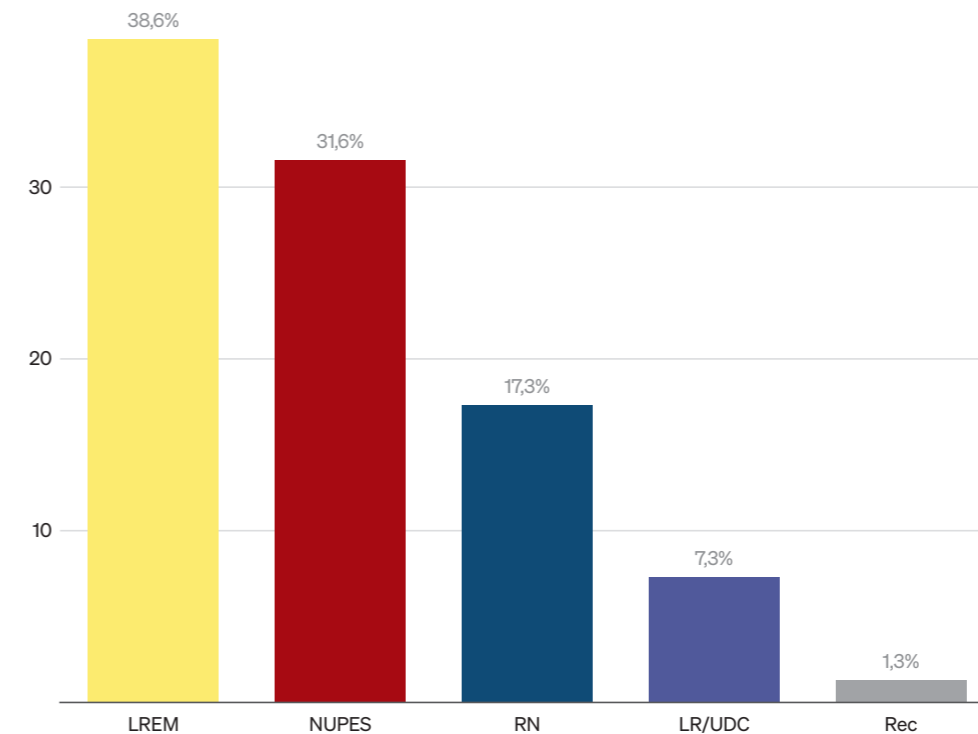


VVD = Volkspartei für Freiheit und Demokratie; D 66 = Demokraten 66; PVV = Partei für die Freiheit; SP = Sozialistische Partei; PvdA = Partei der Arbeit; GL = GroenLinks; FvD = Forum für Demokratie; PvdD = Partei für die Tiere; CU = Christen-Union; BBB = BoerBurgerBeweging

Quelle: Politico

Abbildung 9

Französische Parlamentswahlen 2022



LREM = La République en Marche; NUPES = Neue ökologische und soziale Volksunion; RN = Rassemblement National; LR/UDC = Republikaner/Union der Rechten und der Mitte; Rec = Reconquête!

Quelle: Politico

gegen das Fremde mit einer vertikalen Feindschaft gegen das politische Establishment zum Markenkern der Partei. Mit einer primär rhetorischen Mäßigung – der so bezeichneten „Entdiabolisierung“ – gelang es Le Pen, Stimmenzugewinne auf europäischer, regionaler und nationaler Ebene zu verzeichnen.

Seit November 2022 führt der EU-Politiker Jordan Bardella, politischer Ziehsohn von Marine Le Pen und Ehemann einer von Le Pens Nichten, die Partei. Interessanterweise ist Bardella mit italienisch-algerischem Migrationshintergrund selbst in der Pariser Banlieue aufgewachsen, mit 16 Jahren dem FN beigetreten und sofort aktiv geworden (Decker 2023, 99). Allerdings bleibt Marine Le Pen für das RN die zentrale Führungs- und Repräsentationsfigur (Brändle 2022).

Le Pens populistischer Kurs operiert – ähnlich wie bei FPÖ und AfD – mit Schlagworten wie „individuelle Freiheit“ oder „Gleichheit aller Menschen“, also Gemeinplätzen, die letztlich ein breites Publikum ansprechen sollen. In ihren Reden bedient sie sich gerne einfacher Metaphern, der Gegenüberstellung von positiv und negativ besetzten Adjektiven und einprägsamen Wiederholungen. Le Pen tritt als „Volksverstherin“, Anwältin der sozusagen Benachteiligten, Mutterfigur und Retterin Frankreichs auf. Ikonisch inszeniert sich Le Pen als „stolze und echte Französin“, oftmals umringt von National-symbolen, und als Bewahrerin dieses kulturellen Erbes (Bernarding 2019). Le Pen bezeichnet sich selbst wenig überraschend als „Kandidatin des Volkes“, womit eigentlich gemeint ist: als Kandidatin des wahren Volkes, das

durch Immigration existenziell bedroht werde. Dadurch wird die Spaltung in der französischen Bevölkerung nicht nur zum Ausdruck gebracht, sondern zusätzlich forciert. Trotz der von Le Pen bekundeten Abgrenzung nach rechts und links steht nach wie vor ein rechtsnationales Wertefundament hinter der politischen Arbeit der größten französischen Oppositionspartei – allein durch die neue Verpackung werden antieuropäische, identitätspolitische und zutiefst systemkritische Positionen für eine breite Masse salonfähig (Bernarding 2019). Trotz des bemühten Imagewechsels und des stärkeren Fokus auf Sozialpolitik – wohlgerneht für die eigene Bevölkerung – hält der RN der Erzählung vom Großen Austausch die Treue. Mit dem öffentlich betont gemäßigteren Auftreten sollen bisher linksorientierte Wähler:innen verstärkt angesprochen werden, was bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2022 auch teilweise gelungen ist, als Le Pen es erneut gegen den amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron in die Stichwahl schaffte. (Brändle 2022; Kempin 2022)

VOX in Spanien

In Spanien erreichte die rechtspopulistische VOX bei den Parlamentswahlen im Juni 2023 nicht so viele Stimmen wie von vielen Umfrageinstituten erwartet. Damit blieb dem Herausforderer und eigentlichen Wahlsieger Alberto Núñez Feijóo von der konservativen Volkspartei (PP) die Möglichkeit verwehrt, eine weit rechts-konservative Koalitionsregierung zu bilden. Angetreten war die VOX mit dem Vorhaben, die kürzlich von der sozialistischen

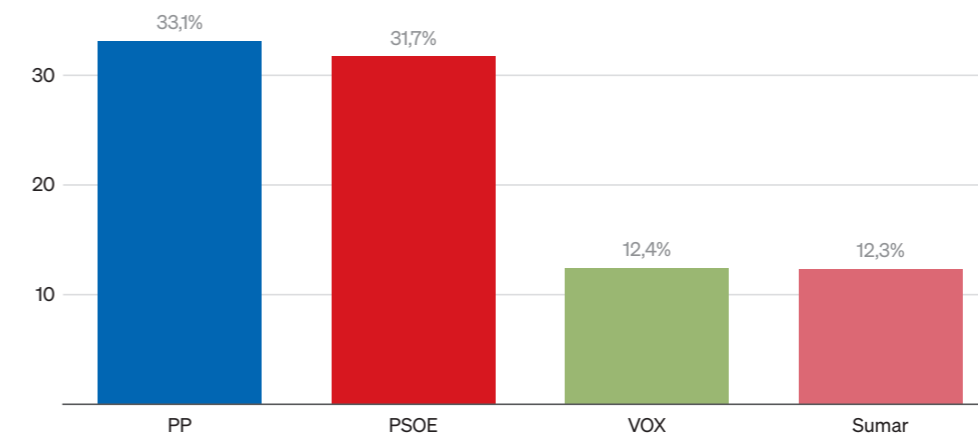
Regierung unter Pedro Sánchez beschlossenen (und international beachteten) liberalen Gesetze zu Abtreibungsrecht, Geschlechtergleichheit, LGBTIQ+-Rechten und zum Schutz von Frauen gegen sexualisierte Gewalt wieder abzuschaffen. (Kassam 2023; Tagesschau 2023b)

Für Aufsehen sorgte die VOX unmittelbar nach ihrer Gründung 2013 mit ihrer EU-skeptischen und zutiefst revisionistischen Haltung, wonach sie auf den für Spanien bereits historisch belasteten Zentralismus rekurriert und diesen auch immer wieder einfordert. Zudem hat sich VOX gegen die kritische Aufarbeitung der 1975 beende-

ten Franco-Diktatur durch die sozialistische Regierung gestellt und versucht diese möglichst zu verhindern (Hedgecoe 2019). Wie bei allen anderen hier genannten rechtspopulistischen Parteien hetzt auch der VOX-Gründer und Parteichef Santiago Abascal gegen den „Großen Austausch“ mit den Worten „Sie ersetzen uns“ (Casanovas Torre 2022; eigene Übersetzung), und mit dem Ziel, die Migrationsströme über das Mittelmeer nach Spanien zu stoppen. Denn auch er rekurriert auf das Schreckgespenst, wonach die europäische Bevölkerung von muslimischen, afrikanischen und lateinamerikanischen (vorwiegend männlichen) Immigranten quasi überrannt und somit ersetzt werde, was die soziale Sicherheit und

Abbildung 10

Spanische Parlamentswahlen 2023



PP = Volkspartei; PSOE = Spanische Sozialistische Arbeiterpartei

Quelle: Politico

Kohäsion in Spanien gefährde. (Casanovas Torre 2022) Verschwörerisch setzt er das Narrativ auf, die liberalen Eliten an der EU-Spitze, also das Establishment, würden das absichtlich so vorantreiben.

Die Strategie dahinter erscheint klar: unter der vorgeblichen Bedrohung von außen, also Immigration, auch gleich die Bedrohung im Inneren, nämlich die „Gender-Ideologie“ und damit die „Diskriminierung des Mannes“ abzuschaffen. (Casanovas Torre 2022; Griera 2023) Zugleich sollen Familien steuerlich begünstigt werden (Griera 2023), um den eigenen Bestand zu erhalten. So wird sehr offen ein antiquiertes, katholizistisches Familienbild angepriesen und gegen das Recht auf Abtreibung mobilisiert, was in starkem Widerspruch zu – bereits durchgesetzten – feministischen Forderungen steht (Straub 2022a; Rößler 2023; Kassam 2023).

In diese Logik passt auch der Agrarpopulismus der VOX, wonach die eigene Landwirtschaft vor der Übermacht und Überregulierung der EU geschützt werden müsse. Denn die VOX fordert – wie im Fall von Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern – auch einen Importstopp von Lebensmitteln aus Nicht-EU-Ländern. Schließlich seien die ländlichen Gebiete in Spanien vernachlässigt, was eben Gegenmaßnahmen verlange. (Vampa 2020)

Über allem geht es der Partei VOX um das Motiv der Reconquista, also der Rückeroberung Spaniens vom muslimischen Feindbild, womit auch der geforderte Zentralismus legitimiert wird. (Carretero 2019) In diesem aufgebauchten Kulturkampf werden vor allem die

Repräsentant:innen der baskischen und katalanischen Unabhängigkeitsbewegungen angegriffen und deren vorgeblicher Ethnonationalismus angeprangert. (Santana et al. 2019; Carretero 2019)

Mit ihrer Verschwörungserzählung konnte die VOX bei den spanischen Regionalwahlen Stimmen für sich gewinnen, bei den nationalen schon nicht mehr. Die Mehrheit der Wahlberechtigten dürfte das Wahlversprechen der VOX doch nicht goutiert haben, wonach erst kürzlich beschlossene, bahnbrechende Gesetze in Sachen Gewaltprävention, Schutz von Frauen, LGBTIQ+-Rechte und Gleichstellung wieder abgeschafft werden sollten (Griera 2023).

Fratelli d'Italia – die Brüder Italiens

Im Gegensatz zu Spanien konnte sich in Italien die (mehr oder weniger extreme) Rechte bei den letzten Parlamentswahlen im September 2022 eindeutig durchsetzen. So heimste die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) unter ihrer Parteichefin Giorgia Meloni einen Überraschungssieg ein und stellt mit 26 Prozent die stärkste Partei im italienischen Parlament. Laut aktuellen Umfragen liegen sie und ihre Partei bei 30 Prozent. Damit stellt Meloni langjährige Favoriten wie die Lega Nord, einst unter Umberto Bossi, jetzt mit dem Namen Lega unter Matteo Salvini, und Forza Italia in den Schatten (Beise 2023). Seit dem Tod von Parteigründer Silvio Berlusconi, dem „Ahnenvater des Populismus“ (Vahland 2023), im Juni 2023 fungiert Antonio Tajani als Parteichef. Und sowohl Lega als auch Forza Italia bilden, angesichts

ihrer vergleichsweise niedrigen Stimmenanteile, sozusagen Juniorparteien in einer seit Ende der faschistischen Mussolini-Diktatur rechtsten Regierung (Straub 2023a).

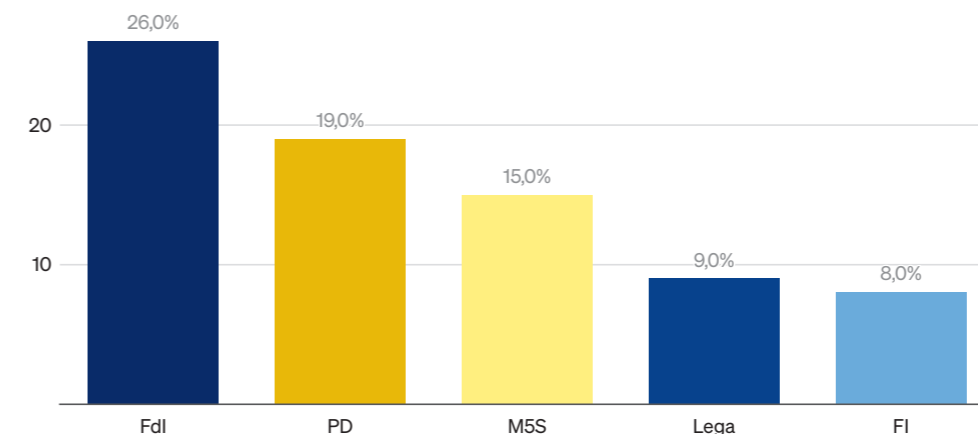
Meloni hat neben ihrer Funktion als italienische Ministerpräsidentin eine weitere wichtige Position inne, jene der Vorsitzenden der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im Europäischen Parlament (Beise 2023). In dieser Rolle hat sie einen entsprechenden Aktionsradius erhalten, den sie auch zu nutzen weiß. Denn angesichts der bevorstehenden Europawahl 2024 arbeitet sie an einem neuen Rechten Wahlbündnis, nicht umsonst

unterstützte sie ihren Verbündeten Santiago Abascal in dessen (nicht so erfolgreichem) Wahlkampf letzten Juni. (Rößler, Rüb 2023)

Während ihres eigenen Wahlkampfs zu den Parlamentswahlen im Juli 2022 wetterte sie selbst gegen die zentralen Feindbilder „Ausländer“, „Migranten“ in horizontaler Hinsicht und auf vertikaler Trennlinie gegen „Eliten“ und vor allem die „Euro-Bürokraten“ (Straub 2023a). Das Bedrohungsszenario des Großen Bevölkerungstauschs erscheint – wie bei den internationalen Verbündeten – dabei allgegenwärtig. Auch hier geht es um das eigene Volk, den eigenen Fortbestand, die eigene Landwirtschaft

Abbildung 11

Italienische Parlamentswahlen 2022



FdI = Fratelli d'Italia; PD = Demokratische Partei; M5S = 5-Sterne-Bewegung; FI = Forza Italia

Quelle: Politico

und schließlich Kultur und Religion. Und das in Abwehr von äußeren und inneren Feinden, unter Hochhalten traditioneller patriarchaler Familienbilder. So forderten sie und der Landwirtschaftsminister mehr „Bambini“ statt mehr „Migranten“, um die sogenannte ethnische Ersetzung zu vermeiden (Straub 2023a), also das schon zu Wahlkampfzeiten 2022 kolportierte Schreckgespenst des „Großen Austauschs“ (Ventura 2022, 7). Ganz im Sinne des Vatikans, jedoch gefolgt von Empörung auf oppositioneller Seite.

Um die Geburtenrate zu erhöhen, die inzwischen deutlich unter der Sterberate liegt, sind Steuererleichterungen für Familien eingeführt worden (Straub 2023a). In dieses Bild passt auch die homophobe und zutiefst antipluralistische Haltung der drei Regierungsparteien, wie immer wieder an öffentlichen Aussagen zu erkennen ist. Exemplarisch Melonis Worte beim Gastauftritt für die VOX-Wahlveranstaltung im Juni 2022: „Ich sage Ja zur natürlichen Familie, Nein zur LGBT-Lobby, Ja zur sexuellen Identität, Nein zur Gender-Ideologie, Ja zum Leben, Nein zur Kultur des Todes.“ (zit.n. Straub 2022a) Als erste weibliche – und dabei postfaschistische – Regierungschefin in der Männerdomäne Politik vertritt Meloni zutiefst patriarchale, queerfeindliche bis misogyne Ansichten, was nicht der einzige Widerspruch ist.

Aufgrund des eklatanten Arbeitskräftemangels vor allem in den schlecht bezahlten und prekären Branchen Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus (wo man nicht 20 Jahre auf herangewachsene Arbeitskräfte warten kann) hat die Meloni-Regierung entgegen ihrer eigenen Ideo-

logie beschlossen, eine halbe Million Migrant:innen nach Italien zu holen, ohne dies allerdings in der Öffentlichkeit an die große Glocke zu hängen. (Straub 2023b)

Was große mediale Beachtung erfuhr, war dagegen das internationale Treffen mit dem Titel „Konferenz zu Entwicklung und Migration“, das Meloni gleich nach der Unterzeichnung des zwischen EU und Tunesien abgeschlossenen Migrationsabkommens Ende Juli einberief. Bei dieser Konferenz ging es darum, nach dem genannten Abkommen auch weitere Lösungen für den Stopp von illegaler Migration und dem Schlepperwesen aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa zu finden. Der Einladung folgten u.a. die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der europäische Ratspräsident Charles Michel, Vertreter:innen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Entwicklungsbank genauso wie auch die Vertreter:innen aus 21 Staaten in Europa, Afrika und dem Nahen Osten, darunter der tunesische Präsident Kais Saied als Ehrengast (übrigens selbst Anhänger des Großen-Austausch-Narrativs). (Braun 2023)

Größter Kritikpunkt bleibt, dass Tunesien als Vertragspartner Menschenrechte nicht garantiert, organisierte Kriminalität floriert und folglich völlig unklar bleibt, wie dieses Abkommen umgesetzt werden soll, wenn schon jetzt flüchtende sowie migrierende Menschen in die Wüste und damit in den sicheren Tod getrieben werden. Vor diesem Hintergrund erhält auch Melonis Betonung, bei diesem Treffen einen „Dialog unter Gleichen“ (Jones 2023) zu führen, eine doppelbödige Bedeutung. Denn die EU

und deren Mitgliedsländer begeben sich auf Augenhöhe mit Ländern, wo für Flüchtlinge katastrophale humanitäre Zustände vorherrschen, ohne klare Bedingungen an die versprochenen äußerst hohen Hilfszahlungen zu knüpfen. (Liboreiro, Genovese 2023; Preckel 2023)

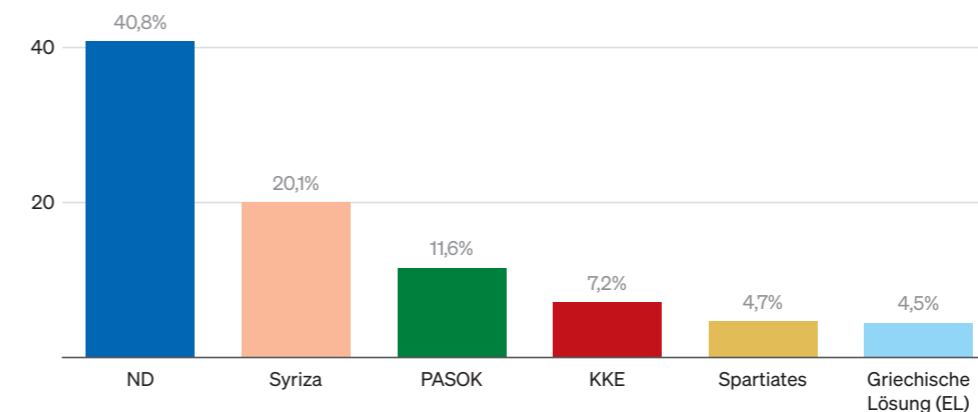
Das Horrorszenario vom Großen Austausch lässt sich angesichts des Arbeitskräftemangels in Europa und insbesondere in Italien nicht aufrechterhalten. Zudem wird die voranschreitende Klimakrise im globalen Süden laufend mehr Menschen zur Flucht zwingen. Diese ist sehr wohl menschengemacht, jedoch nicht in der verschwörungserzählerischen Absicht.

Spartiates – Spartaner-Partei in Griechenland

Eine völlige Überraschung lieferte die 2017 von Vassilis Stingas gegründete Spartaner-Partei bei den letzten griechischen Parlamentswahlen im Juni 2023. Aus dem Stand schaffte sie mit fast 4,7 Prozent den Einzug ins Parlament, was auf den Wahlauf Ruf des ehemaligen, zu einer 13-jährigen Haftstrafe verurteilten, Sprechers der inzwischen verbotenen rechtsextremen, neonazistischen Partei „Goldene Morgenröte“ zurückgeführt wird. (Batzoglou 2023) Aus dem Gefängnis rief Ilias Kasidiaris über soziale Medien seine Anhänger:innen auf, die

Abbildung 12

Griechische Parlamentswahlen 2023



ND = Nea Dimokratia; Syriza = Koalition der Radikalen Linken; PASOK = Sozialistische Bewegung; KKE = Kommunistische Partei Griechendlands; EL = Griechische Lösung

Quelle: Reuters

Spartiates zu wählen. Spartiates-Parteichef Vassilis Stingas bezeichnete diese Wahlwerbung sogar als den „Treibstoff für das Wahlergebnis“ (Höhler 2023).

Daraufhin kamen Diskussionen auf, ob die Spartiates als Nachfolgepartei der seit 2020 als neofaschistische, kriminelle Organisation verurteilten und verbotenen Goldenen Morgenröte fungiere. Konkrete Beweise gibt es dafür vorerst nicht, Ermittlungen dazu sind noch im Gange.

Tatsache ist, dass drei weit rechts stehende Parteien – Spartiates, NIKI (Sieg) und Elliniki Lisi (Griechische Lösung) – ins Parlament eingezogen sind und zusammen mehr als 13 Prozent der Stimmen ausmachen. (Papadimitriou 2023) Ihre Positionen unterscheiden sich kaum voneinander. Gemeinsam vertreten sie xenophobe, islamfeindliche und antifeministische Haltungen. Sie teilen die gleichen äußeren und inneren Feindbilder wie die übrigen rechtspopulistischen Parteien; außer dass hier die griechisch-orthodoxe Religion teilweise als nationalistischer Bezugspunkt fungiert. (Batzoglou 2023)

Richtigen Aufwind erhielten Parteien des rechten Randes in Griechenland – parallel zu jenen des linken – im Zuge der tiefen Finanz- und Schuldenkrise seit 2011. Unter Auflage eines strikten Sparkurses erhielt das Land EU-Förderungen, die es inzwischen zurückbezahlt hat. Geblieben ist eine tiefe Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, was sich an der Popularität des rechten und linken Randes entladen hat. Zur Klientel gehören daher Menschen, die in klarer Gegnerschaft zum

EU-Sparkurs, zur Covid-19-Impfpolitik und zur EU-Politik gegenüber dem Kriegstreiber Russland stehen und insgesamt für Verschwörungserzählungen und „Putin-Verständnis“ empfänglich sind (Höhler 2023).

Obwohl nicht weniger systemkritisch, setzen linkspopulistische Parteien auf andere, vorwiegend inklusive Narrative, um ihr sogenanntes Volk zu konstruieren und gegen das sozusagen böse Establishment zu beschützen. Neben dem Putin-Verständnis und Unverständnis gegenüber der EU-Sparpolitik fungiert vor allem der Antikapitalismus als gemeinsame Klammer.

NARRATIVE ZU ANTIKAPITALISMUS AM LINKEN RAND

Dass es mehr rechtspopulistische Parteien in Europa gibt als linkspopulistische, zeichnet sich schon an den einzelnen Ländern ab. So ist weder im ungarischen noch im polnischen Parlament eine linkspopulistische Partei im Parlament vertreten.

In Ungarn wurde mit dem Ende des Sowjetblocks und Staatssozialismus die Ungarische Arbeiterpartei (Magyar Munkáspárt) als Nachfolgepartei der einstigen Regierungspartei Sozialistische Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt) gegründet. Bis heute schaffte sie den Einzug ins Parlament nicht. In Finnland gibt es mit Vasemmistoliitto zwar eine linksorientierte Partei, die jedoch bisher nicht auf den populistischen Zug aufgesprungen ist.

In Polen positionieren sich Parteien grundsätzlich rechts der Mitte, sodass rechtspopulistische und agrarpopulistische Parteien dominieren. Dagegen scheint keine linkspopulistische Partei registriert zu sein, was einerseits auf den hohen Stellenwert des Katholizismus in Polen und andererseits auf die negative Haltung gegenüber der einstigen Weltmacht Sowjetunion und dem Staatssozialismus zurückgeführt werden kann.

Aus dem kollektiven Gedächtnis ist der Einmarsch der Roten Armee 1981 noch immer nicht verschwunden, schließlich flohen damals tausende Menschen. Die Solidarność-Bewegung erfasste als große Widerstandsbewegung gegen die eigene sozialistische Regierung und die sowjetische Übermacht das ganze Land. Marxistisch-leninistische Ideologien finden daher noch

weniger Widerhall als in Ungarn, wo die Rote Armee übrigens 1956 einmarschiert war, um gegen Oppositionelle vorzugehen, was man genauso wenig vergisst.

So finden sich – mit Ausnahme des wiedervereinten Deutschlands – linkspopulistische Parteien eher in jenen Ländern, die keine direkten Erfahrungen als sogenannte Satellitenstaaten mit dem Staatssozialismus und insbesondere mit der Sowjetunion gemacht haben. Als programmatische Kernthemen linkspopulistischer Kräfte können Pazifismus oder Feminismus genannt werden. Nicht einheitlich ist deren Position hingegen bezogen auf LGBTIQ+-Rechte. Die wohl größte gemeinsame Klammer linkspopulistischer Politik besteht jedoch vorwiegend in einem markanten Antikapitalismus.

Damit einher geht oftmals nur sekundär die Richtungsentscheidung zwischen Demokratie und Autoritarismus als Staatsform. In Europa lassen sich zwei linke Strömungen unterscheiden: einerseits linke Parteien, die sich für Selbstbestimmung und demokratische Teilhabe einsetzen, und andererseits autoritäre linke Parteien, die sich stärker auf den Antikapitalismus konzentrieren und dafür auch eine Abwendung von der Demokratie in Kauf nehmen. (Fücks 2017)

Aus der prinzipiell ablehnenden Haltung zum Kapitalismus entfaltet sich häufig argumentativ auch eine Fundamentalkritik an den vorgefundenen demokratischen Verhältnissen, die für linke Akteur:innen nur jenseits der kapitalistischen Ungleichheit denkbar ist. Dahinter steckt wie bei Rechtspopulismen eine zur Pauschalisierung

neigende Elitenkritik (Meijers, Zaslove, 2021) und die Polemik, dass demokratische Institutionen insgeheim von „den Konzernen“, „den Reichen“ und „dem internationalen Finanzkapital“ gesteuert würden und dadurch die Interessen der Bürger:innen hintergangen würden – der Kapitalismus führe so allenfalls zu einer „Scheindemokratie“ (Fücks 2017). So lassen sich auch bei linken Parteien vermehrt Populismen erkennen, die auf jenem antikapitalistischen oder zumindest kapitalismuskritischen Ideologiekern aufbauen und diesen politischen Kräften jüngst zu neuer Popularität verhelfen.

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ und KPÖ plus)

Nachdem die KPÖ in der Zweiten Republik sehr rasch aus dem Parlament geflogen war, hat sie sich in den letzten Jahren mit ihrer Wohnungspolitik zuerst in Graz und der Steiermark und seit 2023 auch in Salzburg als KPÖ plus einen Namen gemacht und mit über 11 Prozent der Wähler:innenstimmen den Einzug in den Landtag geschafft (Meyer 2023). Der Salzburger Spitzenkandidat Kay-Michael Dankl steht hierbei stellvertretend für einen aufkeimenden österreichischen Linkspopulismus.

Das Erfolgsrezept hierfür liegt in der geübten Zurückhaltung gegenüber verstaubten marxistischen Parolen und stattdessen einer geschickten Hinwendung zur „Politik wie von Caritas und Volkshilfe“ (Meyer 2023). Zwar nur symbolisch, aber dennoch wirksam inszeniert sich Dankl als Wohltäter, der mit Einzug in den Landtag

einen Teil seines Gehalts abgeben will. Geldgeschenke von Politiker:innen als Antwort auf soziale Ungleichheit scheinen dem kommunistischen Dankl zum Anschein besonderer Authentizität und Bürger:innennähe zu verhelfen. Nichtsdestotrotz ist fraglich, wie sich die weltverbessernden Visionen des Wahlprogramms ohne Finanzierungsmodell überhaupt umsetzen ließen. Es ist der leise, wenn man so will gemäßigte, Antikapitalismus im Gewand der Kapitalismuskritik, der offenbar in Österreich Erfolg verspricht. Die „guten Ideen“ von Marx (Stichwort: Evolution statt Revolution), Engels und Lenin sollen nicht durch den offenen Systemsturz, sondern innerhalb einer demokratischen Korrektur verwirklicht werden – ob das überhaupt realisierbar ist, kann bislang durch kein einziges historisches Beispiel plausibilisiert werden (Winkler 2023).

„Unbeugsames Frankreich“ (La France insoumise)

Mit der Bewegung La France insoumise um Jean-Luc Mélenchon (mit 22 Prozent der Wähler:innenstimmen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2022) findet sich auch eine starke linkspopulistische Stimme im französischen Parteienspektrum. Thematisch konzentriert sich Mélenchon vor allem auf soziale Ungleichheit, Klimapolitik und mangelnde Repräsentation innerhalb des politischen Systems (Kormann 2022). Er scheut dabei auch keineswegs die offene Rivalität zum amtierenden Präsidenten Macron, den er gerne pauschal als Vertreter der Banken und Rei-

chen skizziert. In seiner charakteristischen ungestümen Manier spricht er während des Wahlkampfs von Macrons „neoliberaler“ Politik als höllischem Zustand, der mit ihm beendet werden soll, und verspricht seinen Anhänger:innen nichts weniger als eine neue Welt: „Wir bringen eine neue Vision für die Welt und die Gesellschaft“ (übers. Waschinski 2022). Dahinter steht die Überzeugung, dass der Kapitalismus als herrschendes System nur durch eine staatsbürgerliche Revolution zu überwinden sei, wie er 2018 in einer Rede zum Jahresauftakt der deutschen Linken betont (Mélenchon 2018).

„Eine arrogante, unmoralische Oligarchie gibt der Jugend dieses Ziel vor: Bereichert euch! Aber Reichtum ist per se unmoralisch, wenn er Einzelpersonen betrifft.“ (Mélenchon 2018)

Die moralische Utopie des sozialistischen Gemeinwohls wird den sogenannten Kräften des Geldes, der EU als kapitalistisches Konstrukt und Institutionen wie der Weltbank mit dystopischem Ton entgegengestellt. Durch Ausrufe wie „Ich bin die Republik!“ (übers. Kormann 2022) zeigt sich der antipluralistische Kern des französischen Linkspopulisten.

Insgesamt hält sich seine Popularität in Grenzen. Denn obwohl Mélenchon versuchte, im Teich des „Gelbwes-ten“-Protests zu fischen, stimmten bei den letzten Präsidentschaftswahlen im April 2022 die meisten „Gelbwes-ten“-Anhänger:innen für Le Pen. (Bauer-Babef 2022)

Die Linke in Deutschland

In Deutschland vereint Die Linke sowohl Kader aus der ehemaligen DDR als auch neue systemkritische Kräfte, weshalb sie zweifellos als linkspopulistischer Gegenpol zur AfD betrachtet werden kann. Besonders präsent ist die ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Sahra Wagenknecht. Seit Beginn ihrer Politlaufbahn 1991 bei der (vor allem im Osten erfolgreichen) PDS lief sie immer wieder auch gegen interne Widerstände an und scheint nun auf dem besten Weg zu sein, eine zugleich linkspopulistische und (!) national-konservative Partei zu gründen und sich wie ihr ebenfalls namhafter Partner Oskar Lafontaine endgültig von Der Linken zu verabschieden (Herrmann 2023). Seit 2009 sitzt Wagenknecht als Abgeordnete im Deutschen Bundestag, wo sie seither als „linke Ikone“ viele politische Debatten auch gegen Positionen der eigenen Partei anheizte (Spiegel TV 2023). Wagenknecht verkörpert die streitlustige Intellektuelle und eingefleischte Sozialistin. In einer ihrer unzähligen Publikationen, „Die Selbstgerechten“, richtet sich Wagenknecht gegen die von ihr so bezeichnete „Lifestyle-Linke“, einen linksliberalen Politiktrend, der auf die zentralen linken Themen zu vergessen scheint (Wagenknecht 2021).

In diesem Sinn thematisiert die promovierte Ökonomin immer wieder, „wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“, kritisiert die Finanzwirtschaft und die unmoralische Bereicherung an den Kapitalmärkten. Nostalgisch blickt Wagenknecht in die Vergangenheit: „In der Zeit zwischen 1945 und 1971 gab es keine einzige nennenswerte Bankenkrise. Niemand vermisste all die Derivate, Verbrie-

fungen und sonstigen Finanzinnovationen, über deren existenzielle volkswirtschaftliche Bedeutung uns die Finanzlobby heute Lügenmärchen erzählt.“ (Gauweiler 2016) Dass in Deutschland – im Gegensatz zu Ungarn und Polen – eine Partei mit klarem Bezug zum Sowjetblock im Parlament sitzt, lässt sich mitunter durch die Schwierigkeiten und persönlich empfundenen Benachteiligungen sowie nostalgischen Erinnerungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung verstehen.

Podemos in Spanien

Das Aufkommen von Linkspopulisten in den südlichen EU-Mitgliedsländern wie Spanien, Italien und Griechenland lässt sich mitunter auf die notwendig gewordenen Sparmaßnahmen zurückführen, mitverursacht durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007. Um EU-Hilfen für den Ausgleich der Staatsschulden zu erhalten (Engler, Klein 2017), wurde in Spanien auf eine strikte Sparpolitik gesetzt, was wiederum soziale Unzufriedenheit hervorrief. So entstand 2011 eine breite Protestbewegung, aus der 2014 mehrere spanische Wissenschaftler:innen und Universitätsbedienstete die linkspopulistische Podemos formierten. (Bastaroli 2023) Podemos positionierte sich anfangs als euro- und europaskeptische Partei. (Henke 2020)

So ging es zunächst darum, die Empörung, die viele Bevölkerungsteile empfanden, und die sich in bestimmten Bewegungen zusammenfanden, in eine Parteigruppierung zu fassen. Diese Bemühungen fruchteten zunächst

in der Partei Podemos und später in weiteren geschlossenen Wahlbündnissen wie Unidas Podemos. Ihren größten Wahlerfolg mit knapp 21 Prozent erreichte Podemos bei den spanischen Parlamentswahlen 2015. Nachdem der Erfolg von 2015 nicht gleich in einer Regierungsbeteiligung mündete und Podemos erst 2019 mit einer etablierten Partei eine Koalitionsregierung einging, verzeichnete sie bei den Parlamentswahlen 2023 Stimmeneinbußen. Das ursprüngliche Versprechen an die eigene Wähler:innenschaft war nämlich Schritt für Schritt verloren gegangen. (Bastaroli 2023) Mächtige Narrative wie die spanische Verfassung von 1978 und die anschließende nationale Wiedervereinigung, die den Übergang zur Demokratie erlaubten, werden von Podemos infrage gestellt. Ihr ausgewiesenes Ziel ist stattdessen die Neuverhandlung der bestehenden Verfassung (Zarzalejos 2016, 187). Befürchtet wird von Beobachter:innen sogar eine verschleierte Fortsetzung des Franco-Regimes (Zarzalejos 2016, 187). So rekurriert – wie die rechtspopulistische VOX – auch Podemos auf das einstige Franco-Regime, jedoch von links.

Im Zusammenhang mit der Verfassung taucht ein anderes Narrativ, das des föderativen Systems für Spanien, auf, in dem Podemos sich mit nationalistischen Kräften in Navarra, dem Baskenland, Katalonien und Valencia verbündet und deren Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt. (Sanders et al. 2017) Charakteristisch an Podemos ist ein eher aggressiver Sprachgebrauch in den sozialen Medien, der für die Bezeichnung des politischen Gegners, des rechten Blocks, harte

Begriffe wie „Terrorismus“ und „Gewalt“ sowie „extrem“, „faschistisch“ und „ultra“ verwendet. (Torregrosa et al. 2022, 452)

Syriza in Griechenland

Die im Zuge der Eurokrise und des EU-Rettungsschirms entstandene soziale Unzufriedenheit wusste in Griechenland die linkspopulistische Partei Syriza für sich zu nutzen. Bereits vor ihrer Gründung 2004 war diese Partei als sehr agile politische Bewegung in der Parteienlandschaft präsent und aktiv. (Smyrniaios, Karatzogianni 2020, 290f.)

Noch vor Spanien und Italien hatten die Eurokrise und die damit verbundenen Austeritätsmaßnahmen in Griechenland eine Welle der Empörung unter der Bevölkerung nach sich gezogen. Aus der dadurch entstandenen Protestbewegung konnte wiederum Syriza unter Alexis Tsipras politischen Gebrauch machen, indem sie ihre Agenda den Zielen der Protestierenden anpasste und sich schließlich an die Spitze dieser Bewegung katapultierte. (Smyrniaios, Karatzogianni 2020, 293f) Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2015 gewann sie sogar über 30 Prozent der Stimmen, was für großes internationales Aufsehen sorgte. (Ntaflos 2023, 2)

Für die Partei selbst bedeuteten diese Wahlen den Anfang vom Ende, weil sie entgegen ihrem ursprünglichen linkspopulistischen Wahlversprechen weitere Sparmaßnahmen als Bedingung für den EU-Rettungsschirm

umsetzte und damit ganz im Sinne der ihrerseits zuvor vielkritisierten EU-Troika handelte (Tsesmelis 2021,212f). Auf diese Weise enttäuschte sie ihre eigenen Wähler:innen, vorwiegend Anhänger:innen der landesweiten Protestbewegung, die den linkspopulistischen Heilsversprechen Glauben geschenkt hatten. Gemäß dieser Logik disqualifizierte sich Syriza als politische Alternative in Griechenland selbst. (Malkoutzis 2023) Zugleich machte sie deutlich, dass populistische Parteien langfristig den komplexen Zusammenhängen von Demokratie, Wirtschaftspolitik und Krisenmanagement, auch im europäischen Kontext, nicht gewachsen sind, sofern sie nicht selbst (wie von rechtspopulistischer Seite in Ungarn und Polen) die Rechtsstaatlichkeit auszuhebeln versuchen. Nach den Parlamentswahlen 2019 schied Syriza aus der Regierung aus und gewann bei den Parlamentswahlen im Juli 2023 als neuerliche Oppositionspartei mit 18 Prozent deutlich an Stimmen. In der liberalen Demokratie sind populistische Parteien mit ihren simplen Wir-gegen-Sie-Bildern und vereinfachten Wirklichkeitsdarstellungen sozusagen am besten in der Opposition aufgehoben, wo sie keine Regierungsverantwortung übernehmen müssen, denn dafür erscheint ihr Parteiprogramm unzureichend. Bereits der verwendete populistische Sprachgebrauch kann als Indiz dafür gesehen werden.

In Kritik geraten ist Syriza beispielsweise aufgrund ihrer Hetze gegen politische Gegner. Mit dem spezifischen griechischen Hashtag #syriza_xeftiles wurde eine systematische Diffamierung der politischen Konkurrenzparteien betrieben, wonach Syriza deren moralische Integrität negierte (Kountouri, Kollias 2023, 7). Damit sollte es

verwerflich erscheinen, sich den Zielen der anderen Parteien anzuschließen und diese zu wählen; ein manipulativer Versuch, Überzeugungsarbeit auf der emotionalen statt auf der inhaltlichen Ebene zu leisten.

Programmatisch betrachtet, strebt Syriza keine radikalen systemischen Änderungen in Griechenland an, wie eine Neuverhandlung der Verfassung, des Wahlsystems oder der territorialen Integrität. Ebenso werden – wie sonst bei linkspopulistischen Parteien üblich – weder die griechisch-orthodoxe Kirche noch die Armee dezidiert angegriffen, da sie als Stützpfeiler des Staates anerkannt werden (Zarzalejos 2016, 187), zumal sich auch Syriza nach den Wertorientierungen innerhalb der Bevölkerung richtet. Damit übersieht sie nicht die Konflikte, um die es im politischen Alltag geht, nämlich die Flucht- und Migrationsströme, an denen sich der Streit mit der Türkei ständig neu entfacht. Schließlich zählt die Ägais zu den häufigen Routen aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa. (Nestoras 2015) Gerade beim Thema Flucht und Migration wird ersichtlich, dass linkspopulistische Akteur:innen in Europa zusehends den inklusiven Ansatz gegen den exklusiven der Rechtspopulist:innen eintauschen und nicht weniger laut Grenz- und Seekontrollen fordern.

Socialistische Partij (SP) – Sozialistische Partei in den Niederlanden

Das Thema Migration spielt auch bei der 1972 als sozialistisch-demokratische Partei gegründeten SP eine

Rolle. Indirekt ging diese aus der Kommunistischen Partei der Niederlande hervor, die sich stark auf den Maoismus bezogen und gute Kontakte nach China und zur Regierungspartei KP gepflegt hatte. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich die SP in ihrer Ausrichtung deutlich verändert, sodass von den alten revolutionären Konzepten einer lautstarken „Dagegen-Partei“ kaum etwas übrig geblieben ist. Stattdessen prägen Kapitalismuskritik genauso wie EU-Skeptizismus nach wie vor deren Haltung. Anstatt einen „Superstaat“ fordert die SP eine gute Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer: „Wir stehen für eine europäische Zusammenarbeit zwischen den Ländern; Wir lehnen einen undemokratischen europäischen Superstaat ab.“ (SP-Website, eigene Übersetzung) Die erzählte EU-Dominanz wird zwar nicht aus nationalistischer, sondern aus quasi demokratischer Sicht abgelehnt, dennoch erscheint diese Position vergleichbar mit dem Europa der „Vaterländer“ auf der rechten Seite.

Abgesehen vom Narrativ europäischer Übermacht fokussiert die SP erwartungsgemäß auf Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und die Unterstützung für die Schwächsten in der Gesellschaft. Als größte Angst gilt der SP, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird (Hoppe 2015). Vor diesem Hintergrund kam letzten Juni der Druck auf die (inzwischen zurückgetretene) Regierung, endlich etwas gegen die steigende Armut zu tun. Die aktuelle Parteichefin Lilian Marijnissen im O-Ton: „Hunderttausende Menschen in den Niederlanden leben in Armut, die Warteschlangen an der Lebensmittelausgabe werden immer größer. Da

hat man als Regierung versagt.“ (Stöckl, eigene Übersetzung) Marijnissens von emotionaler Nähe durchdrungenes Politikverständnis ist auch gleich auf der SP-Website zu lesen: „Politik ist nichts, was den Menschen fernbleibt, sie ist etwas, was den Menschen gehören sollte.“ (SP-Website) Übernommen hat Lilian Marijnissen den Parteivorsitz übrigens 2017 von ihrem Vater, der diesen nach 27 Jahren zurückgelegt hat. (Parlement.com o.J.)

Auffällig ist Marijnissens ablehnende Haltung zu Immigration und Familienzuzug in die Niederlande (World Today 2023), weswegen sie von rechts ausgerichteten Medien gerne zu Interviews eingeladen wird und mit ihrer eloquenten Art oft in TV-Sendungen zu Gast ist. (Huijzer 2023) Die niederländische SP ist nicht die einzige Partei, bei der links- und rechtspopulistische Positionen miteinander verschwimmen.

Movimento 5 Stelle (M5S) – 5-Sterne-Bewegung in Italien

Zu den schillerndsten und zugleich widersprüchlichsten Parteien in Europa gehört die 2009 vom einstigen Starkomiker und begeisterten Blogger Beppe Grillo gegründete 5-Sterne-Bewegung, deren zentrales Feindbild seit Anbeginn das Establishment ist, ob nun in Form der italienischen Regierung oder der EU. Sie wettet daher gegen die „bösen Eliten“, verkörpert durch korrupte Politiker:innen sowie Bankiers (Henke 2020), fordert ein „sauberes Parlament“ (Argenta 2019, 3) und positioniert sich anfangs als euro- und europaskeptische Partei. (Henke 2020)

Ihr schlagartiger Erfolg lässt sich ebenfalls auf die Austeritätspolitik zurückführen, die wie in Griechenland und Spanien linkspopulistischen Parteien Aufwind gab. In Italien selbst gründet ihr Erfolg auf einem höchst volatilen wettbewerbsorientierten politischen System, in dem jede Wahl zu einer völlig neuen Ausrichtung und damit zu einem plötzlichen Wechsel zwischen Links und Rechts führen kann. In solch einem politischen Vakuum konnte der landesweit populäre Charismatiker Beppe Grillo die 5-Sterne-Bewegung etablieren, wobei soziale Medien eine zentrale Rolle spielten und nach wie vor spielen. (Argenta 2019, 2f.)

Zum Selbstverständnis dieser Partei gehört, sich als Bewegung des sogenannten Volkes zu verstehen, die die ideologische Einordnung zwischen „links“ und „rechts“ überholt hat. (Henke 2020) Und das, obwohl sie stets zwischen linken und rechten Positionen laviert und sich gerade vor den letzten Parlamentswahlen 2022 mit dem Beharren auf das ihrerseits eingeführte Bürger:innengeld links positioniert hat. (Seisselberg 2022) Zu ihren zentralen Forderungen zählen daher jene der klassischen linken Agenda wie Grundversorgung sowie kostenlose Gesundheitsversorgung und Positionen des „grün-alternativen Pragmatismus“ – genauso wie des liberalen Ansatzes, wie Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und modernes Verkehrssystem sowie Digitalisierung (Leggewie 2023).

Obwohl Digitalisierung inzwischen nahezu jedes Parteiprogramm schmückt, kommt hier direkter Demokratie per E-Democracy im Vergleich zu anderen

populistischen Parteien eine besondere Bedeutung zu. Denn nicht die Parteispitze, sondern die Parteibasis stimmte – zumindest offiziell und nicht unabhängig verifiziert – über die Regierungsbeteiligung ab. Sowohl 2018 als auch 2019 soll die Mehrheit über die digitale Plattform „Rousseau“ zuerst die Regierungskoalition mit der rechtspopulistischen Lega 2018 und nach den vorgezogenen Neuwahlen 2019 mit der Mitte-Links-Partei Partito Democratico befürwortet haben (Argenta 2019, 3); beide Regierungen unter dem M5S-Premier Giuseppe Conte (Conte I, Conte II).

Gleichzeitig kann die 5-Sterne-Bewegung auch als Lehrbeispiel dafür gesehen werden, wie einzelne Parteien aus opportunistischen Gründen ihre Positionen auch sprunghaft wechseln können, wenn es zur Stimmenmaximierung gerade vorteilhaft erscheint. So setzte sich die Partei in Sachen Migrationspolitik mal für die Aufnahme möglichst vieler in Italien gestrandeter Menschen, mal für eine restriktive Asyl- und Migrationspolitik ein. Die NGO-Schiffe zur Rettung der in Seenot geratenen Migrant:innen/Asylsuchenden wurden sogar als „Meerestaxis“ verunglimpft (Argenta 2019 7).

Insgesamt scheint sich die M5S dennoch zur Mitte zu bewegen und die EU zusehends zu befürworten. (Henke 2020; Argenta 2019, 6f.) Jedoch bleibt sie – obwohl sie zweimal mit Giuseppe Conte den Regierungschef stellte – bis zuletzt für ihre Partner unberechenbar. Schließlich war sie – selbst geprägt von internen toxisch-maskulinistischen Machtkämpfen (Hornig 2022) –

wesentlich an den Streitereien in und der Auflösung der Regierung unter Mario Draghi beteiligt, wodurch erst Neuwahlen im September 2022 ausgerufen werden mussten. Als dann noch dazu das geplante Mitte-Links-Bündnis mehrerer Parteien aufgrund von weiteren Querelen nicht zustande kam, war die tiefe Spaltung unter den möglichen Koalitionspartnern gegen rechts nicht zu übersehen. Gemeinsames Ziel wäre das Verhindern einer Rechtsregierung gewesen, jedoch konnte aufgrund der teils völlig gegensätzlichen Positionen, mitunter bezogen auf die Frage, ob nun der Ukraine Waffen geliefert werden sollen oder nicht, keine gemeinsame Allianz geschlossen werden. (Rüb 2022; Seisselberg 2022)

Der Erfolg der aktuellen postfaschistischen Regierung liegt mitunter an der tiefen, auch offen zur Schau getragenen Spaltung unter den Linken und Gemäßigten in Italien. (ktz, aar, dpa 2022; Kurier 2022; Straub 2022b)

POSITIONEN POPULISTISCHER PARTEIEN GEGENÜBER PUTINS RUSSLAND

Die oft zitierte Zeitenwende, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 gebracht hat, fordert auch populistische Parteien auf, sich klar zu den Kriegsparteien und zu etwaigen Hilfen für die Ukraine zu positionieren.

Denn spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine letztes Jahr ist deutlich geworden, dass Russland einen hybriden Krieg gegen die EU und damit die liberale Demokratie in Europa führt. Zur konventionellen Kriegsmaschinerie kommt eine multidimensionale Kriegsführung, die sich auf das politische, wirtschaftliche, diplomatische, bürokratische und technologische Feld erstreckt und auf die totale Zerstörung des Kriegsgegners abzielt. Ein willkommenes Instrument ist neben der unermesslichen Verbreitung von Fake News und Desinformation auch die Infiltrierung von politischen Akteur:innen in Europa, also die Zersetzung Europas von innen. (Bachmann, Gunneriusson 2015; OECD 2022; Kandrik 2023) Mit der Unterstützung und Finanzierung von populistischen und damit explizit europaskeptischen bzw. europafeindlichen Parteien in Europa soll die EU nicht zuletzt als Global Player geschwächt werden. Dass viele der hier miteinander verglichenen Parteien auch direkten Kontakt zum Kreml haben oder hatten, wirft ein entsprechendes Licht auf deren Narrative, Argumentationsweisen und Policys. So lassen sich unter den rechts- und linkspopulistischen Parteien grundsätzlich drei parteiübergreifende (ideologisch oder auch strategisch motivierte) Positionen gegen-

über dem Kriegstreiber Russland und der angegriffenen Ukraine festmachen: erstens die proukrainische Haltung, zweitens die ambivalente und schließlich drittens die prorussische. Insbesondere Letztere ist ein gefährliches Einfallstor für die Verbreitung russischer Propaganda und Falschinformationen, die gegen westliche Werte und liberale Demokratien gerichtet sind. So lassen sich beim Parteienvergleich die Positionen in die folgenden drei Gruppen teilen:

1. Die proukrainische Position

Entschieden auf Seiten des angegriffenen Staates Ukraine stehen jene populistischen Parteien und Politiker:innen, die bereits zuvor kein besonderes Naheverhältnis zu Russland bzw. Putin konkret gepflegt haben. Dazu zählen allen voran die polnische PiS und die finnische Perussuomalaiset, die sich entweder in näherer oder unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland und zur Ukraine befinden und dadurch von den Kriegshandlungen sowie Kriegsfolgen (u.a. Flucht) stärker betroffen sind.

In **Finnland**, das unmittelbar an Russland grenzt, wird der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine im ganzen Land und über alle Parteigrenzen hinweg abgelehnt. Hier fügt sich die Haltung der Wahren Finnen in jene des gesamten Landes und vor allem im Sinne einer langen historischen Kontinuität seit dem Zweiten Weltkrieg ein. Zudem ist das bisher neutrale Finnland in kürzester Zeit NATO-Mitglied geworden, um einer möglichen Gefahr,

selbst angegriffen zu werden, zu entkommen. (Lahti, Palonen 2023)

Auch im bereits mehrjährigen NATO-Mitglied **Polen** teilen alle Parteien einstimmig die Ansicht, dass Russland der Aggressor ist. Der aktuelle Krieg hat sogar zu einer besonderen Annäherung zwischen Polen und der Ukraine geführt, deren konkurrierende Gebietsansprüche noch vor dem Zweiten Weltkrieg bis zum Polnisch-Russischen Krieg 1920 zurückreichen. Polen, das keine Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten aufgenommen hat, empfängt und versorgt ukrainische Flüchtlinge von Anfang an. So haben seit Kriegsausbruch letztes Jahr mehr als 9 Millionen Menschen die ukrainisch-polnische Grenze passiert, davon sind über 1,5 Millionen geblieben (wobei genau das auch politisches Kalkül ist, da man sich in Polen im Nachkriegsszenario eine starke wirtschaftliche Stellung erhofft). (Euronews 2023; Pro Asyl 2022)

In Kritik geraten ist die rechtspopulistische Regierungspartei PiS deswegen, weil sie eine Untersuchungskommission eingerichtet hat, um den russischen Einfluss in Polen seit 2007 zu untersuchen. EU und USA kritisieren diesen Schritt als Versuch der PiS, kurz vor den Wahlen im Herbst 2023 die Opposition – als mutmaßliche Spione – einzuschüchtern und mundtot zu machen (Euronews, AP 2023; Zeit Online 2023). Die Feindbilder Russland und Sowjetblock funktionieren bis heute aufgrund der kollektiven Erinnerung – Stichwort Polnisch-Russischer Krieg nach dem Ersten Weltkrieg, Polenkrise und Einmarsch der Roten Armee 1981 (Wohlan 2021).

Daneben ist in **Italien** Giorgia Meloni trotz ihrer postfaschistischen Orientierung um gute internationale Beziehungen bemüht, sodass sie mit allen relevanten Stakeholdern Networking betreibt, darunter mit der Europäischen Kommission und dem Europaparlament wie auch mit der NATO und der US-Regierung. Das steht im klaren Gegensatz zu ihren beiden Koalitionspartnern (ntv.de, mau, AFP 2022; Wermke 2022; Kathe 2023) Matteo Salvini, der die EU-Sanktionen gegen Russland infrage stellt und zuvor mit Putins Partei Einiges Russland kooperiert hat (ntv.de, mau, AFP 2022, Shekhovtsov 2018), und vor allem zu Berlusconi, der sogar der Ukraine und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Schuld am Ausbruch des Krieges gab. (dpa-infocom 2023b) Bis zu seinem Ableben pflegte Berlusconi mit Putin eine langjährige Männerfreundschaft (Ebel 2023). Umso mehr scheint Meloni ihre unerschütterliche pro-europäische und pro-transatlantische Haltung untermauern zu wollen.

Parallel dazu schmiedet Meloni angesichts der bevorstehenden Europawahl 2024 mit intensiver Netzwerkarbeit an einer starken, weit rechts stehenden Allianz. Die Unstimmigkeiten bezogen auf eine gemeinsame Linie gegenüber dem Kriegstreiber Russland erstrecken sich über Italien hinaus auf ganz Europa. Schließlich ist ein strategisch wichtiger Partner, nämlich die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán, eindeutig prorussisch eingestellt (Szelényi 2023), was eine breite Rechtsaußen-Allianz neuerlich erschweren könnte.

Nichtsdestotrotz ungebrochen ist unter den rechtspopulistischen Parteien Fratelli d'Italia, PiS und Perussomalaiset die Solidarität mit der Ukraine, verbunden mit der Bereitschaft, finanziell, humanitär und militärisch zu helfen.

Eine wankelmütige und ambivalente Haltung lässt sich vor allem bei den linkspopulistischen und weiters unter den meisten hier betrachteten rechtspopulistischen Parteien finden.

2. Die ambivalente Position

Verglichen zur vorherigen Gruppe vertreten viel mehr bzw. fast alle hier miteinander verglichenen populistischen Parteien eine ambivalente Position gegenüber dem Kriegsherrn Putin. Dabei handelt es sich vorwiegend um Parteien, die vor dem Krieg ein gutes Verhältnis mit Russland und Putin persönlich hatten und mitunter von diesem finanziell unterstützt wurden, sich allerdings infolge dieses völkerrechtlich nicht zu rechtfertigenden Angriffskriegs und aus strategischen bzw. opportunistischen Gründen allmählich von Putin distanzieren; scheinbar auch unter politischem Druck, um einer breiten Ächtung zu entgehen und in Zukunft keine Wähler:innenstimmen zu verlieren. Dazu zählen die bereits genannten italienischen Parteien **Lega** und **Forza Italia**, weiters in den Niederlanden die rechtspopulistische **PVV** unter **Geert Wilders** (Nijhuis et al. 2023), außerdem die **VOX-Partei** in Spanien (Marcos-Marne 2023) und schließlich die **5-Sterne-Bewegung** während ihrer

Regierungsbeteiligung bis 2022. Von den Ultrarechten, darunter der **Spartiates-Partei** in Griechenland, ist die ideologische Nähe zu Putin bekannt (Fallon 2023), jedoch dürfte auch hier keine explizite Positionierung nach außen dringen.

Die hier gruppierten Parteien scheinen weder konkrete Handlungsstrategien noch eine zumindest konsistente Linie entwickelt zu haben. Parteiinterne – zumindest öffentlich gewordene – Unstimmigkeiten lassen sich innerhalb der 5-Sterne-Bewegung (pm, apa 2022) sogar im offenen Streit, beim Rassemblement National und schließlich bei der Linken in Deutschland festmachen, sodass deren Positionen im Vergleich zu den zuvor genannten Parteien nicht nur im zeitlichen Verlauf, sondern auch in der aktuellen personellen Zusammensetzung ambivalent erscheinen.

Gerade bei Linkspopulist:innen zeichnet sich aufgrund ideologisch-dogmatischer Gründe parteiintern ein uneinheitliches Kontinuum an Haltungen ab. Das größte Dilemma scheint im **Widerspruch zwischen Pazifismus und notwendigen Waffenlieferungen** zu liegen. Abgesehen von den Spezifika der einzelnen Parteien lassen sich folgende zentrale Argumentationslinien unter der ambivalenten Position herauskristalisieren:

- Ganz allgemein wird der Krieg abgelehnt und Frieden gefordert, ohne auszuführen, unter welchen Bedingungen etwaige Friedensverhandlungen geführt werden sollen. Dass Russland einen gravierenden Völkerrechtsbruch mit dem Aggressionskrieg verübt

hat, ist kaum Thema – mit Ausnahme der niederländischen SP (SP.International 2022).

- Die Unterstützung für die Ukraine wird grundsätzlich eher leise abgenickt, ohne jedoch genauer auszuführen, wie lange und in welchem Ausmaß militärisch, ökonomisch und humanitär geholfen werden soll.
- Zudem wird zugestimmt, dass Maßnahmen zum Einlenken zwar notwendig sind, jedoch werden die EU-Sanktionen gegen Russland kritisiert, weil sie Europa oder besser gesagt der eigenen Wir-Gruppe im jeweiligen Nationalstaat mehr schaden würden als Russland.

Wenn es um die Art der Hilfe geht, dann werden Waffenlieferungen meist abgelehnt, weil es nicht in das eigene Selbstbild vom friedensstiftenden Wirken passt und noch dazu emotional höchst aufgeladen ist. Genau in diesem Punkt lässt sich die vorherige proukrainische Position von der ambivalenten klar unterscheiden. Umgekehrt stimmen genau hier links- sowie rechtspopulistische Parteien – ob nun aus pazifistischen oder opportunistischen Gründen – in ihrer Ablehnung gleichermaßen überein.

So verurteilte die linkspopulistische **SP** unter **Lilian Marijnissen** noch letztes Jahr unmissverständlich den „brutalen Krieg“ Russlands gegen die Ukraine und organisierte eine Demonstration, bei der der sofortige Stopp des Krieges gefordert wurde – mit den Worten: „Der Krieg endet am Verhandlungstisch,

nicht durch noch mehr Gewalt.“ (SP.International 2022, eigene Übersetzung) Ohne jegliches Naheverhältnis zu Putin wird hier Waffengewalt grundsätzlich abgelehnt, konkrete Handlungsperspektiven, unter welchen Voraussetzungen verhandelt werden soll, werden nicht offeriert. In die gleiche Kerbe schlug auch der M5S-Vorsitzende Giuseppe Conte mit seiner Forderung: „Wir müssen mit Putin verhandeln.“ (zit.n. Vasques 2023)

Pazifismus, Antimilitarismus und Russland-Nostalgie führen auch innerhalb der **deutschen Linken** zu allerlei Auslegungen der geopolitischen Situation und machen es der Partei angesichts der russischen Kriegsverbrechen merklich schwer, auf einen einheitlichen Nenner zu kommen. So bricht Fraktionschef Dietmar Bartsch nach einem Aufenthalt in der Ukraine mit dem Dogmatismus und öffnet sich dem Szenario, der Ukraine aus Sicherheitsgründen auch nach dem Krieg Waffen zu liefern (Kynast 2023). Auf der anderen Seite fordert Wagenknecht auf einer Kundgebung in Berlin zusammen mit der streitbaren Publizistin Alice Schwarzer die Bundesregierung zum Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine auf. (Baumann 2022) Der außenpolitische Sprecher der Linken, Gregor Gysi, ist aufgrund der besonderen Geschichte des Landes ausdrücklich gegen deutsche Waffenlieferungen, hat allerdings kein Problem damit, wenn andere Länder die Ukraine militärisch unterstützen (Kuhn 2023).

Nicht weniger inkohärent sind auch die französischen Rechtspopulist:innen ob ihrer Haltung zum russischen

Krieg (Meister 2023). Marine Le Pen bekundete in der Vergangenheit im Namen des **Rassemblement National** ihre Bewunderung für den russischen Präsidenten und auch dessen Außenpolitik. 2017 noch unterstützte Le Pen Putins Wahlkampf aus der Ferne, bekannte sich zur politischen Linie von Trump und Putin. Damals positionierte sie sich zu den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine noch eindeutig pro-russisch und leugnete, ja legitimierte gar die anhaltende Okkupation der Krim: „Die Ukraine ist Teil der russischen Einflussosphäre, das ist eine Tatsache.“ (Sandford, 2022) Auf die EU-Sanktionen gegen Russland seit Kriegsbeginn reagierte Le Pen in Bezugnahme auf das Wohl der französischen Bevölkerung ablehnend. Diese Haltung des französischen RN lässt sich auch auf einen Kredit einer tschechisch-russischen Bank von über 9 Million Euro zurückführen, was zu einer Befragung im französischen Untersuchungsausschuss führte (Wiegel 2023). Nach einem Jahr Kriegsgeschehen erst spricht sich das RN unter der neuen Parteispitze Bardella für Waffenlieferungen in die Ukraine aus. Bardella revidierte sogar Le Pens vorherige Positionierung als „moralischen Fehler“, der letztlich durch die Wirklichkeit korrigiert wurde (Meister 2023).

Waffenlieferungen an die Ukraine lehnen also populistische und vor allem linkspopulistische Parteien grundsätzlich ab, ob nun in gewissem Naheverhältnis zu Putins Russland oder nicht. Neben der niederländischen SP und deutschen Linken sowie österreichischen **KPÖ plus** betrachten auch die 5-Sterne-Bewegung, **Syriza** und **Podemos** Waffenlieferungen skeptisch bis ablehnend.

(Puls24 2023; pm, apa 2022; Kuhn 2023) Syriza und Podemos lehnen zudem die von der jeweiligen Regierung geforderte Stärkung der Ukraine als nicht zielführend ab (Morel et al. 2023). Vor allem wird in Griechenland ein Mittelweg propagiert, der die Tür zu Russland und zu einer diplomatischen Lösung nicht zuschlagen soll (Streck, San Sebastián (2022)). Und auch innerhalb der griechischen Bevölkerung ist ein gewisser Trend dahingehend zu erkennen, dass gegenüber Russland eine leicht positive Meinung dominiert (Fagan et al. 2023), und das im Gegensatz zum weitläufigen Trend in Europa. Das offizielle Griechenland hat sich allerdings sehr früh auf die Seite der Ukraine gestellt und versetzte damit seiner bisher traditionellen Mittlerrolle zwischen Russland und der NATO einen schweren Schlag (Tzogopoulos, 2023), und zwar vor dem Hintergrund jahrhundertelanger guter bilateraler Beziehungen, die nicht zuletzt auf die Orthodoxie als gemeinsamer Religionsgemeinschaft rekurrieren. Hier ist allerdings auch festzuhalten, dass Syriza eine moderate Haltung gegenüber Russland einnehmen wollte, vor allem auch in Bezug auf die Waffenlieferungen in die Ukraine. (Streck, Sebastián 2022)

Mitunter am Streit über Waffenlieferungen an die Ukraine ist sogar die italienische Regierung unter Draghi zerbrochen, sodass Neuwahlen zur jetzt aktuellen postfaschistischen Meloni-Regierung führten. Denn die ideologisch mehr oder weniger gegensätzlichen Koalitionspartner Lega und 5-Sterne-Bewegung lehnten gleichermaßen Draghis strikte Haltung gegenüber dem Kriegstreiber Putin ab. Neben dem Lega-Chef Salvini

war ja der M5S-Gründer Grillo regelmäßig in Moskau zu Besuch. Auch sollen beim Wahlkampf letztes Jahr Gelder seitens des Kremls geflossen sein. Umso überraschender war es, dass Meloni den strikten und proatlantischen Kurs Draghis unmissverständlich fortzusetzen begann, zumal die bilateralen, auch energiepolitischen, Beziehungen zwischen Italien und Russland lange Tradition haben. (Straub 2022c; Henneberger 2022) Derartige Verstrickungen bilden auch die Grundlage für die mehr oder weniger offen zur Schau getragene prorussische Position mancher Populist:innen.

3. Die prorussische Position

Jene, die unbeirrt an ihrer loyalen Position zum Kriegstreiber Putin festhalten und auch die EU-Sanktionen gegen Russland nicht unterstützen, sind die ungarische **Fidesz**, die deutsche **AfD** und die **FPÖ**. Charakteristisch an dieser Position ist, dass nicht offen die Seite für Russland bzw. für Putin eingenommen und dadurch offensichtlich prorussisch agiert wird, sondern viel verklausulierter argumentiert wird. Und zwar werden die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland wie auch die Waffenlieferungen oder in Österreichs Fall die Entsendung von professionellen Minenexpert:innen in die Ukraine lauthals abgelehnt (OTS 2023a; Löwenstein 2023). Während bei der ambivalenten Position noch die Maßnahmen kritisch abgewägt und hinterfragt werden, springt einem hier eine vehemente Verweigerung aller Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Militärhilfen für die Ukraine entgegen. (OTS 2023b)

Die populistischen Akteur:innen versuchen hier, dem Vorwurf und der sozialen Ächtung zu entgehen, einen Kriegstreiber (explizit) zu hofieren, und torpedieren unter dem Deckmantel, selbst Friedensstifter und Brückenbauer – und im Fall Österreichs neutral – zu sein, EU, USA und NATO. (Kickl 2023b; OTS 2023c) Abgesehen von verbalen Ausrutschern wie jenem des verstorbenen Berlusconi bezüglich Kriegsschuld traut sich unter den westlichen Putin-Verbündeten niemand, explizit für die russische Kriegspartei einzustehen und die ukrainische Seite abzulehnen. Stattdessen werden Ersatzfeinde herangezogen, um mittels dieser Codes die eigentlich prorussische Seite zu vertreten, nämlich an erster Stelle die Blitzableiter EU und NATO. So trage nämlich, laut dem ungarischen Premier Orbán, die NATO die eigentliche Kriegsschuld. Verschwiegen wird dabei, dass er kein Interesse daran hat, die nach wie vor guten wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland und das damit verbundene für ihn persönlich profitable Ölgeschäft aufzugeben. (Szelényi 2023)

In Österreich laufen die Geschäfte mit Russland ebenfalls gut, da die Abhängigkeit vom russischen Gas nach wie vor gegeben und voraussichtlich nicht so schnell beendet wird. Erwiesenermaßen haben Vertreter:innen aller bisherigen Regierungsparteien – mit Ausnahme der Grünen – von den Deals zwischen OMV und Gazprom profitieren können. (NEOS Lab 2023) Die RBI ist nach wie vor in Russland geschäftlich aktiv, und auch andere österreichische Unternehmen bemühen sich um lukrative Deals mit dem Kreml. (Lumetsberger 2023) Bei der FPÖ kommt noch die Kooperations-

vereinbarung mit Putins Partei Einiges Russland hinzu (Kurier 2016; red, ORF.at et al. 2018). Vor diesem Hintergrund erweist sich das Heranziehen der österreichischen Neutralität und des österreichischen Mythos vom Brückenbauer zwischen Ost und West als willkommenes Alibi für eigene politische und auch wirtschaftliche Interessen (Lumetsberger 2023).

Außerdem vertreten ironischerweise jene Rechtspopulist:innen, die mit Putin sympathisieren, die gleiche Position wie die „Russlandversteh:innen“ am linken Rand (Fagan, Clancy 2022). So teilen diese beiden Gruppen vor einem völlig divergierenden ideologischen Hintergrund eine gemeinsame Sympathie gegenüber Russland, sei es antikapitalistisch, antiamerikanistisch oder aus einer gewissen Sowjetnostalgie heraus intendiert. Schließlich zeigt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, inwiefern Positionen des rechten und linken Randes in ihrer homogenisierenden, (mehr oder weniger offen zur Schau gestellten) antidemokratischen Haltung in manchen Forderungen miteinander übereinstimmen. Ganz nach dem Motto: Das neue Rechts kommt von links.

Mit dem Schlagwort „radikale Diplomatie“ positioniert sich Mélenchon mit seiner Partei **La France insoumise** gegen die militärische Unterstützung der Ukraine (Streck 2022). „Die USA sind in der Position des Aggressors, nicht Russland.“ (übers. Pantel 2022) Obgleich der französische Linkspopulist in öffentlichen Auftritten den Angriff Russlands verurteilt, scheint der bisher prorussische Kurs der Partei auch zu seiner

geopolitischen Einschätzung beizutragen. Mélenchon spricht sich gleichzeitig gegen Sanktionen gegen Russland aus und kollaboriert in diesem Kontext sogar mit dem nationalistischen Eric Zemmour auf einem „Meeting für den Frieden“ (Pantel 2022). Wider die politisch-ideologischen Differenzen scheint der Krieg in der Ukraine hier einen neuen populistischen Begegnungsraum zu schaffen.

Die dominierenden Stimmen aus der AfD nutzen den russischen Krieg für die Selbstdarstellung als Friedenspartei, was vor allem im Russland-freundlichen Osten des Landes gut anzukommen scheint. Obwohl keine Partei im deutschen Bundestag den Krieg begrüßt oder gar befürwortet, bezeichnet die AfD die politischen Gegner (mit Ausnahme der Linken) als russlandfeindliche „Kriegstreiber“. Hinter dem Krieg, so behauptet die AfD, stecke die Profitlust der „Amerikaner“. Einig sind sich die linkspopulistische Wagenknecht und die rechtspopulistische Weidel im Punkt der Verantwortlichen: „Es wird hier ein Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geführt.“ (Weidel im Gespräch mit Finthammer 2022)

Der Abgeordnete Petr Bystron adressiert die Kriegsangst der Bevölkerung anhand der russisch-propagandistischen Gleichsetzung mit dem Nazi-Regime: „Deutsche Panzer gegen Russland in der Ukraine. Das haben schon Ihre Großväter versucht.“ (Adamek et al. 2023) Auch Parteivorsitzender Tino Chrupalla zeichnet Schreckensszenarien wie: „Am Ende sollen wahrscheinlich, wie vor 80 Jahren, Soldaten an die Front geschickt

werden.“ (Adamek et al. 2023) Im Revisionismus scheinen sich die extreme Rechte und Linke wiederzufinden, was bisherige ideologische Grenzen verschwimmen lässt und andere Gegnerschaften hervorbringt, wie im Folgenden prägnant auf den Punkt gebracht:

„Die alte Links-rechts-Achse wird überlagert von der neuen Konfliktlinie zwischen autoritärer und liberal-demokratischer Politik.“ (Fücks 2017, 86)

Lösung liegt im Liberalismus

In diesem Sinn geht es nicht mehr primär um Links oder Rechts, Osten gegen Westen oder Zentrum gegen Peripherie, sondern um konkurrierende Gesellschaftsordnungen und letztlich um den autokratischen Vormarsch gegen liberale Errungenschaften. Gefordert sind daher liberale Gegenstrategien, um gegen perfide populistische Strickmuster entsprechende Maßnahmen zu setzen und dabei gleichzeitig Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu sichern. Liberalismus schützt vor Autoritarismus und sichert Freiheit sowie soziale Kohäsion in einem gemeinsamen Europa, denn:

„Liberalismus [...] ist die auch von [Hannah] Arendt geteilte universalistische Idee, dass allen Menschen gleiche Freiheit, gleiche Rechte und Würde zustehen und keine Nation, keine Identitätsgruppe, kein Wertesystem über ein anderes gestellt werden darf.“ (Heidberger 2023, 259 f.)

Das gemeinsame Europa gründet auf Liberalismus, der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freihandel und eine aktive Zivilgesellschaft fördert. In der aktuellen höchst volatilen Situation geht es nicht nur darum, auf aktuelle und zukünftige Bedrohungen, wie u.a. den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und Europa, zu reagieren, sondern mit liberalen Prinzipien ein System zu erschaffen, das schnell Schocks und Katastrophen wie auch Formen der hybriden Kriegsführung und Infiltrierung abfangen kann. (Schwarzer 2022, 144 f.) Im Umgang mit demokratiezersetzenden und -feindlichen Akteur:innen und Strömungen in Europa empfehlen sich liberale Gegenstrategien.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN: LIBERALE GEGENSTRATEGIEN ANWENDEN

Anschließend an dieses Panorama der populistischen Kräfte in Europa stellt sich die zentrale Frage: Wie ist den geschilderten Populismen zu begegnen, ohne sie zu imitieren? Im Sinne von Brett Meyer (2023), Senior Policy Advisor am des Tony Blair Institute for Global Change, geht es um zwei zentrale Punkte: Anstatt vor der Herrschaft rechtspopulistischer Parteien paralysiert wie ein Hase vor der Schlange zu verharren, soll man sich vielmehr deren Endlichkeit vergegenwärtigen. Allein 2023 hat so manche rechtspopulistische Partei, wie die VOX in Spanien, einen Dämpfer hinnehmen müssen und vorerst nicht die Regierung bilden können.

Umgekehrt hat das Beispiel Italien gezeigt, wie sehr Uneinigkeit sowie Gezänk unter Parteien der Mitte und links der Mitte den Erfolg vor allem rechtspopulistischer Parteien zusätzlich forcieren. Statt die Strategien, Rhetorik und Agitationsweisen populistischer und damit illiberaler Parteien nachzuahmen, geht es aufseiten liberal-demokratischer Parteien eigentlich darum, politische Spielregeln bzw. das politische „Drehbuch“ neu zu schreiben.

So wie die Orbánisierung im negativen Sinn als archetypische Handlungsanleitung für den Weg in ein autokratisches System verstanden werden kann, soll ein zu entwickelndes liberal-demokratisches Drehbuch Strategien, Konzepte und Methoden zur rechtskonformen Absetzung populistischer Regierungsparteien und Eindämmung illiberaler Strömungen beinhalten. Statt den polemischen Schwarz-Weiß-Malereien und teils diffusen Verschwörungsnarrativen aufzusitzen, sind libe-

ral-demokratische Parteien und Thinktanks aufgerufen, ein neues, den aktuellen Gegebenheiten angepasstes Agenda-Setting, sprich visionäres Drehbuch aufzusetzen. Vor Wahlen sollten sich liberal-demokratische Parteien weniger untereinander verunglimpfen, sondern inhaltlich debattieren. Die Rückbesinnung auf politische Arbeit inmitten von Social-Media-Übertreibungen und -Erregungen mag zwar nicht intuitiv sein, aber zusammen mit einem Werkzeugkasten soll die Resilienz der Demokratie gestärkt werden, um sich vor antidemokratischen Gefahren zu schützen. Auf allen Ebenen gibt es liberale Handlungsansätze, die in einem stetigen Prozess aktualisiert und ausgehandelt werden müssen.

➤ **Neues liberal-demokratisches „Drehbuch“ notwendig:** Anstatt sich mit den unzähligen Desinformationskampagnen und Fake News von Populist:innen herumzuschlagen, sind liberal-demokratische Parteien gefordert, ihr eigenes Agenda-Setting, also ihre eigene Themensetzung, voranzutreiben und damit die öffentliche Themenvorherrschaft zu übernehmen. Mit klaren Visionen zum gemeinsamen Europa und ausgeführten Wegen, diese zu erreichen, können im positiven Sinn Menschen gewonnen werden. Auf lange Sicht entscheiden sich Bürger:innen bevorzugt für konstruktive, nachhaltige Lösungen statt zermürbendem Geplänkel über polemische Freund-Feind-Bildern zu folgen.

- **Kooperation unter Gleichgesinnten:** Anstatt sich gegenseitig, vor allem vor anstehenden Wahlen, zu verunglimpfen, sollten liberal-demokratische Parteien ihre Energien darauf fokussieren, gemeinsam gegen populistische und damit illiberale Parteien vorzugehen. Ebenso wie es im Europäischen Parlament einen Cordon sanitaire gegen europafeindliche Parteien gibt, sollte dieser auf allen Ebenen zusätzlich eingezogen werden. Denn insbesondere rechtspopulistische Parteien profitieren von Uneinigkeiten ihrer politischen Gegner. Mit dem gemeinsamen Ziel, liberale Demokratie in Europa zu wahren, sind ein gemeinsamer Austausch, weiters Kooperation bis hin zu gemeinsamer Regierungsarbeit unter liberal-demokratischen Parteien Teil politischer Praxis.
- **Ausschluss ist keine Lösung:** Keine Politik ist alternativlos und sollte sich über alle anderen stellen. Das gilt auch für Liberale. In einer Demokratie sollte um die besten Lösungen gestritten werden, auch mit den populistischen Kräften. Als Demokrat:innen können wir uns zumuten, für dasjenige zu werben, wofür wir stehen: Stimmenvielfalt, die auf Freiheit und Gleichheit beruht.

- **Vorsicht vor dem Allheilmittel:** Populismen überzeugen selten durch ihre faktische Prägnanz oder die Abbildung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge. Es empfiehlt sich im Zweifelsfall immer ein Faktencheck, um populistische Fake News und Verschwörungserzählungen zu entlarven. Klingt die Antwort auf eine politisch komplexe Frage zu gut, um wahr zu sein, ist sie es meist auch.
- **Radikalität aufbrechen:** Am Ende geht es in demokratischen Prozessen oft um Kompromisse. So unvollkommen sich diese auch teilweise anfühlen mögen, so wichtig ist das Bewusstsein für den Erhalt von Kompromissfähigkeit – auch um die Verhärtungen durch radikale Positionen aufzubrechen.
- **Teilhabe stärken:** Liberale Demokratien sind beratend, sind also auf ständige Kommunikationsarbeit – besonders mit den Bürger:innen – angewiesen. Dabei darf das Kommunizieren auf Augenhöhe nicht zu kurz kommen. Formate wie Bürger:innen-Räte eignen sich, um Teilhabe und den politischen Gestaltungsraum zu stärken. Diese können auch aktiver in die Regierungsarbeit eingebunden werden. Partizipationsmöglichkeiten eröffnen den Weg von einer „electoral democracy“ zu einer „participatory democracy“.

- **Gelebtes Europa:** Ähnliche Erfahrungen, Vorurteile und Probleme lassen sich nicht im nationalen „Hinterzimmer“ auflösen. Um Kaskadeneffekte zu vermeiden und Populismen proaktiv zu begegnen, sind Plattformen für transnationalen Austausch auf EU-Ebene wichtig. Programme wie die „Conference on the Future of Europe“ sind schon ein guter erster Schritt in diese Richtung.
- **Raus aus dem Korruptionssumpf:** Es gibt einen nachweislichen Zusammenhang zwischen Korruption und Populismus: Populismen entfalten sich besonders erfolgreich auf einem korrupten Nährboden. Es gibt also mehr als einen guten Grund für transparente Politik!
- **Demokratie auf starkem Fundament:** Der ersten Sorge vor einer Aushöhlung von demokratischen Grundpfeilern wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit von Wissenschaft sowie Medien muss eine besondere Wachsamkeit folgen. Antidemokratische Absichten dürfen nicht mithilfe demokratischer Mechanismen Wirklichkeit werden. Wehret den Anfängen!
- **Vertrauen in Institutionen zurückerobern:** Die Trennung zwischen austauschbaren Meinungen und belegbaren Fakten ist durch die Eigendynamiken von Informationsgesellschaften teils abhanden gekommen. Eine Stärkung des wissenschaftlichen Apparats, der professionellen Wissensproduktion und Wissensvermittlung hilft dabei, das Vertrauen in demokratiestabilisierende Institutionen zurückzuerlangen.

- **Klare Linien ziehen:** Auch auf EU-Ebene sollte über stärkere Sanktionsmaßnahmen nachgedacht werden, wenn demokratische Prinzipien untergraben oder angegriffen und europäische Standards missachtet werden (Stichwort: Artikel 7 ausweiten und Verfahren beschleunigen).
- **Notwendige Reformen anpacken:** Aufgrund des derzeit geltenden Einstimmigkeitsprinzips können sich einzelne EU-Mitgliedstaaten vor gemeinsamen Herausforderungen drücken oder wichtige Beschlüsse verhindern. In gewissen Fällen kann die Einführung eines Mehrstimmigkeitsprinzips anstelle des Einstimmigkeitsprinzips daher als legitime Reform erachtet werden.
- **Resilienz braucht kritisches Denken:** Um die komplexen Mechanismen der globalen, medialen Welt angemessen einordnen und verstehen zu können, braucht es Maßnahmen für mehr formale und non-formale Demokratiebildung und „media literacy“, beginnend ab der Schulpflicht.
- **Offenheit auf individueller Ebene:** Konzepte wie lebenslanges Lernen attraktiv zu machen und Menschen für Fort- und Weiterbildung zu begeistern, trägt zur grundsätzlichen Beförderung der individuellen Offenheit und Fähigkeit zur Selbstbestimmung bei.

- **Meinungsvielfalt und politisches Streiten müssen geübt werden:** Gegen gesellschaftliche Spaltungen und das Erstarken von Parallelgesellschaften kann man vorgehen, indem man soziale Kohäsion als gesellschaftliche Praxis stärkt und auch im Alltag vermehrt den Dialog mit Andersdenkenden sucht.

- **Nix ist fix:** Nur wer ein Bewusstsein dafür hat, dass Demokratie nicht natürlich gegeben ist, sondern aktiv erhalten werden muss, versteht die Ernsthaftigkeit von Wahlentscheidungen und macht davon Gebrauch.

- **Trotzdem für Demokratie eintreten:** Liberale Demokratie ist nicht statisch, sondern prozessual, dabei nicht einfach und auch nicht immer angenehm – trotzdem ist sie wichtig und ein hohes Gut. Am Anfang aller Initiative steht der Grund, die Triebfeder, die Sinnstiftung. Für demokratische Werte einzustehen – trotz allzu verlockender vereinfachter Verheißungen – gründet auf einer bewussten Auseinandersetzung mit dem eigenen Zugang zu Freiheit und Gleichheit.

LITERATURVERZEICHNIS

Sascha Adamek, Andrea Becker, Silvio Duwe (2023): Das Sprachrohr der Kreml-Propaganda. In: rbb Kontraste, 16.02.2023. In: <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-16-02-2023/afd-sprachrohr-der-kreml-propaganda.html> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

afp (2022): Orbán verbreitet bei Vereidigung rechtsextreme Verschwörungstheorie. In: t-online, 17.05.2023. In: https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_92199794/ungarn-viktor-orban-verbreitet-rechtsextreme-verschwörungstheorie.html (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Alternative für Deutschland (AfD) (2013–2023): Zuwanderung | Asyl. In: <https://www.afd.de/zuwanderung-asyl/> (letzter Zugriff am 21.07.2023).

Luca Argenta (2019): Die Fünf Sterne in Italien – Anatomie einer Bewegung. Analyse. In: Friedrich-Ebert-Stiftung. Rom. In: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/156699.pdf> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Sascha Dominik Bachmann, Hakan Gunneriusson (2015): Russia's Hybrid Warfare in the East. The Integral Nature of the Information Sphere. In: Georgetown Journal of International Affairs, No. 16, 198–211. In: https://www.researchgate.net/publication/277953401_RUSSIA'S_HYBRID_WARFARE_IN_THE_EAST_USING_THE_INFORMATION_SPHERE_AS_INTEGRAL_TO_HYBRID_WARFARE (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Ferry Batzoglu (2023): Spartaner-Partei in Griechenland: „Wir sind die Nationalisten“. In: TAZ, 01.08.2023. In: <https://taz.de/Spartaner-Partei-in-Griechenland/!5947787/> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Werner T. Bauer (2023): „Wir sind das Volk!“ Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP). In: https://politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/WirSindDasVolk_Studie_b.pdf (letzter Zugriff am 21.07.2023).

Clara Bauer-Babef (2022): Gelbwesten stellen sich auf die Seite Le Pens. In: Euractiv, 12.04.2022. In: <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/gelbwesten-stellen-sich-auf-die-seite-le-pens/> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Birgit Baumann (2022): Deutschlands Linke in schweren Turbulenzen, Eklat aber vorerst abgewendet. In: Der Standard, 20.09.2022. In: <https://www.derstandard.at/story/2000139259857/deutschlands-linke-in-schweren-turbulenzen> (letzter Zugriff am 30.06.2023).

Susanna Bastaroli (2023): Die Erfolge von Europas roten Populisten. Die Presse, 08.06.2023. In: <https://www.diepresse.com/13426220/die-erfolge-von-europas-roten-populisten> (letzter Zugriff am 12.08.2023).

BBB (2023): Wahlprogramm der BoerBurgerBewegung / Bauer-Bürger-Bewegung. In: <https://boerbuergerbewegung.nl/verkiezingsprogramma/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Marc Beise (2023): Aus der Traum. In: Süddeutsche Zeitung, 25.07.2023. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-spanien-giorgia-meloni-rechte-parteien-europa-1.6064326> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Eirikur Bergmann (2018): Conspiracy & Populism. The Politics of Misinformation. Cham: Springer International Publishing.

Selina Bernarding (2019): Eine neue Marianne für Frankreich? – Rechtsnationale Ikonisierung der Marine Le Pen. In: Joachim Knape, Olaf Kramer, Dietmar Till (Hg.): Populisten – rhetorische Profile. In: Tübingen: Narr Francke Attempto, 48–52.

Christian Böhmer (2023): Was hinter Herbert Kickls Idee vom „Volkskanzler“ steckt. In: Kurier, 03.05.2023. In: <https://kurier.at/politik/inland/was-hinter-dem-volkskanzler-steckt/402434181> (letzter Zugriff am 30.06.2023)

Michael Braun (2023): Großer Bahnhof, kleine Resultate. In: TAZ, 24.07.2023. In: <https://taz.de/Internationale-Konferenz-ueber-Migration-in-Rom/!5948982/> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Stefan Brändle (2015): Wo Marine Le Pen schon längst Präsidentin ist. In: Luzerner Zeitung, 04.12.2015. In: <https://www.luzernerzeitung.ch/international/wo-marine-le-pen-schon-langst-praesidentin-ist-Id.1736310> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Ingrid Brodnig (2017): Ein Sammelbecken für Populisten. In: Fichter (Hg.): Smartphone-Demokratie. #fakenews #facebook #bots #populismus #weibo #civictech. In: Zürich: NZZ Libro, 16–29.

Francesco Campolongo, Francesco Maria Scanni (2023): Campaigns and regimes: party characteristics, political transformations and the outcomes of populist governments. In: Comparative European Politics 21, 208–233, 18.03.2023. In: <https://link.springer.com/article/10.1057/s41295-022-00322-4/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Renaud Camus (2019): Le grand remplacement. In: Plieux: Chez l'auteur.

Mario Carretero (2019): „Reconquest“ – Historical Narrative or Xenophobic View? In: Public History Weekly, 28.02.2019. In: <https://public-history-weekly.degruyter.com/7-2019-7/reconquista-populism/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Alba Casanovas Torre (2022): „Nos están sustituyendo“: la teoría del remplazo con la que Abascal radicaliza (aún más) su discurso [„Sie ersetzen uns“: die Ersatztheorie, mit der Abascal seinen Diskurs (noch mehr) radikalisiert]. In: Política, 18.05.2022. In: <https://www.elperiodico.com/es/politica/20220518/el-gran-reemplazo-teoria-conspirativa-abascal-vox-13673829> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Claudia Ciobanu (2020): Ombudsman Calls Poland under PiS a „Laboratory of Democracy“. In: Balkan Insight, 17.09.2020. In: <https://balkaninsight.com/2020/09/17/laboratory-of-democracy/> (letzter Zugriff am 07.08.2023).

Frank Decker (2022): Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 02.12.2022. In: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/> (letzter Zugriff am 30.06.2023).

Veronika Dolna (2023): „Plakatieren Sie: Keine Migration. Kein Gender“ – Kickl holt sich Tipps bei Orbán. In: Kleine Zeitung, 04.05.2023. In: https://www.kleinezeitung.at/politik/innen-politik/6283583/Orbanisierung_Platatieren-Sie_Keine-Migration-Kein-Gender-Kickl (letzter Zugriff am 03.07.2023).

dpa (2023): Wie andere Parteien auf AfD-Erfolge reagieren. In: ZDFheute, 27.06.2023. In: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-wahl-erfolg-sonneberg-reaktion-parteien-opposition-ampel-100.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

dpa-infocom (2023a): Niederlande: Wütende Wähler sorgen für politisches Erdbeben. In: ZeitOnline. In: <https://www.zeit.de/news/2023-03/16/niederlande-wut-der-waehler-beschert-koalition-verluste> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

dpa-infocom (2023b): Empörung über Berlusconi-Aussage zu Ukraine. In: Die Zeit, 13.02.2023. In: <https://www.zeit.de/news/2023-02/13/berlusconi-macht-erneut-mit-ukraine-ausserungen-schlagzeilen> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Francesca Ebel (2023): Bunga-bunga bromance: Berlusconi was one of Putin's best pals in Europe. In: The Washington Post, 12.06.2023. In: <https://www.washingtonpost.com/world/2023/06/12/silvio-berlusconi-vladimir-putin-buddies/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Mathias Ekman (2022): The great replacement: Strategic mainstreaming of far right conspiracies claims. In: Journals Sagepub. In: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/13548565221091983> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Philipp Engler, Mathias Klein (2017): Austeritäts-politik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft. In: DIW Wochenbericht Nr. 8, 2017, 127–132. In: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.553135.de/17-8-1.pdf (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Euronews (2023): Ein Jahr Krieg in der Ukraine: ukrainische Flüchtlinge in Polen. In: Euronews, 20.02.2023. In: <https://de.euronews.com/2023/02/20/polen-fluechtlinge-ukraine> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Euronews, AP (2023): Poland passes „Russian influence“ law that could target opposition. In: Euronews, AP, 28.07.2023. In: <https://www.euronews.com/2023/07/28/poland-passes-russian-influence-law-that-could-target-opposition> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Europäisches Parlament (2022): Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Plenardebatte und Entschließung. In: Europäisches Parlament, 02.-05.05.2023. In: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-05-02/6/rechtsstaatlichkeit-in-ungarn-und-polen-plenardebatte-und-entschliessung> (letzter Zugriff am 07.08.2023).

Frank Ey (2023): Politische Kräfteverhältnisse im Lichte der EU-Wahlen 2024. In: A&W blog, 14.06.2023. In: <https://awblog.at/eu-parlamentwahlen-2024/> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Moira Fagan, Laura Clancy (2022): Among European right-wing populists, favorable views of Russia and Putin are down sharply. In: Pew Research Center 23.09.2022. <https://www.pewresearch.org/short-reads/2022/09/23/among-european-right-wing-populists-favorable-views-of-russia-and-putin-are-down-sharply/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Moira Fagan, Jacob Poushter, Sneha Gubbala (2023): Large Shares See Russia and Putin in Negative Light, While Views of Zelenskyy More Mixed. Views of NATO remain favorable among member nations. In: Pew Research Center 10.07.2023. <https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/large-shares-see-russia-and-putin-in-negative-light-while-views-of-zelensky-more-mixed/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Katy Fallon (2023): „Very worrying“: Three far-right parties enter Greek parliament. In: Aljazeera, 30.06.2023. In: <https://www.aljazeera.com/news/2023/6/30/very-worrying-three-far-right-parties-enter-greek-parliament> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

FAZ (2023): „Aus dem Mittelstand rekrutiert sich der Hauptkern des Faschismus“. In: Frankfurter Zeitung, 07.08.2023. In: FAZ, 07.08.2023. In: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vonder-inflation-zur-hyperinflation-rueckblick-ins-jahr-1923-19086039.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Fdi, dpa (2023): Wirtschaft zeigt sich besorgt über Umfragehoch der AfD. In: Der Spiegel, 26.06.2023. In: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/afd-wirtschaft-zeigt-sich-besorgt-ueber-umfragehoch-a-97eff664-b811-4d99-a787-da0b5556f3ac> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Katharina Federl, Timon Strnad (2022): Der Große Austausch. In: Lernen aus der Geschichte, 23.02.2023. In: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15281> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Alexandra Förderl-Schmid (2021): „Die Polarisierung ist natürlich nicht verschwunden nach Trump“. Interview mit dem Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller. In: Süddeutsche Zeitung, 13.07.2021. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/populismus-entwicklung-jan-werner-mueller-interview-1.5349237> (letzter Zugriff am 14.08.2023).

FPÖ (2023a): Festung Österreich. In: <https://www.festung-oesterreich.at/> (letzter Zugriff am 21.07.2023).

FPÖ (2023b): EU will mit Renaturierungsgesetz Bürger in ihrer Ernährung umerziehen. In: FPÖ. Die soziale Heimatpartei, 12.07.2023. In: <https://www.fpoe.at/artikel/eu-will-mit-renaturierungsgesetz-buerger-in-ihrer-ernaehrung-umerziehen/> (letzter Zugriff am 20.07.2023).

FPÖ Neuhofen (2023): „Linksterrorismus sofort an unseren Unis verhindern – Antifa verbieten“. In: FPÖ Neuhofen, 02.11.2022. In: <https://fpoe-neuhofen.at/bund/sicherheit-bund/linksextremismus-sofort-an-unseren-unis-verhindern-antifa-verbieten/> (letzter Zugriff am 20.07.2023).

FPÖ-Parlamentsklub (2023): FPÖ – Kickl: „Die Haushaltsabgabe ist eine unzumutbare Zwangssteuer und eine absolute Schande!“ In: OTS, 20.04.2023. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230705_OTS0147/fpoe-kickl-die-haushaltsabgabe-ist-eine-unzumutbare-zwangssteuer-und-eine-absolute-schande (letzter Zugriff am 20.07.2023).

Freedom House (2022): Freedom in the World. The Global Expansion of Authoritarian Rule. In: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2022-02/FIW_2022_PDF_Booklet_Digital_Final_Web.pdf (letzter Zugriff am 20.07.2023).

Freedom House (2022): Freedom in the World. Making 50 Years in the Struggle for Democracy. In: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-03/FIW_World_2023_DigitalPDF.pdf (letzter Zugriff am 20.07.2023).

Ralf Fücks (2017): Freiheit Verteidigen, Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen. München: Hanser.

Ralf Fücks, Rainald Manthe (Hg.) (2022): Liberalismus neu denken. Freiheitliche Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Bielefeld: transcript Verlag.

Christian Gartmeier, Sandra Schnabel, Jeanette Wöfling (2019): Sprache im Populismus – einfache Antworten auf komplizierte Fragen. Eine Untersuchung der genutzten sprachlichen Mittel in Facebook-Postings der Parteien CDU/CSU und der AfD sowie ausgewählter Parteimitglieder. In: kommunikation.medien, Nr. 10 / 2019, 1–18.

Peter Gauweiler (2016): Sahara Wagenknechts Idee vom Kapitalismus. In: Süddeutsche Zeitung, 30.03.2016. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kapitalismus-die-entfremdeten-1.2922659> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Gerhard Gnauck (2023): Die Ärzte schauten drei Tage lang nur zu. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polens-abtreibungsgesetz-steht-abermals-in-der-kritik-18963260.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Max Griera (2023): Welche Vision die rechts-extreme VOX für Spanien hat. In: Euractiv, 23.07.2023. In: <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/welche-vision-die-rechtsextreme-vox-fuer-spanien-hat/> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Oliver Grimm (2020): Der giftige Reiz der illiberalen Demokratie. In: Die Presse, 09.10.2020. In: <https://www.diepresse.com/5879182/der-giftige-reiz-der-illiberalen-demokratie> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Stefan Grobe, Vincenzo Genovese (2023): Migration und Wohnungsnot – ein gefährlicher Mix für Den Haag. In: Euronews, 26.07.2023. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2023/07/26/migration-und-wohnungsnot-ein-gefaehrlicher-mix-fur-den-haag> (letzter Zugriff am 20.07.2023).

Florian Hartleb (2017): Linkspopulismus – ein vernachlässigtes Phänomen? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 07.12.2017. In: <https://www.bpb.de/themen/medien-/netzdebatte/261244/linkspopulismus-ein-vernachlaessigtes-phaenomen/> (letzter Zugriff am 01.06.2023).

Guy Hedgecoe (2019): Spanish elections: How the far-right Vox party found its footing. In BBC News, 11.11.2019. In: <https://www.bbc.com/news/world-europe-46422036> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Till Henke (2020): Baustellen der EU: Populismus in Italien. In: Europe Direct Dortmund, 11.09.2020. In: <https://www.europe-direct-dortmund.de/baustellen-der-eu-populismus-in-italien/> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

David Vincent Henneberger (2022): Italiens Verstrickungen mit Russland und die Energie-Programm der Parteien. In: Friedrich Naumann Stiftung, 21.09.2022. In: <https://www.freiheit.org/de/spanien-italien-portugal-und-mittelmeerdialog/italiens-verstrickungen-mit-russland-und-die-energie> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Boris Herrmann (2023): Die Sahara-Lücke. In: Süddeutsche Zeitung, 30.06.2013. In: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sahra-wagenknecht-linkspartei-afd-linkskonservativ-neugruendung-1.5983707?reduced=true> (letzter Zugriff am 30.06.2023).

Andrea Hoppe (2015): Sozialistische Partij (SP). In: WWU Münster: Niederlande-Wissen. In: <https://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/ni-wissen/politik/sp.html> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Frank Hornig (2022): Krieg der Sterne. Kollaps der größten italienischen Regierungspartei. In: Spiegel, 24.06.2022. In: <https://www.spiegel.de/ausland/giuseppe-conte-gegen-luigi-di-maio-die-5-sterne-bewegung-kaempft-ums-ueberleben-a-c31c4769-c8ef-41ba-ad85-d72703269409> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Gerd Höhler (2023): Rechtsextreme Parteien in Griechenland: Wahlkampf aus dem Knast. In: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 27.06.2023. In: <https://www.rnd.de/politik/rechtsextreme-parteien-in-griechenland-wahlkampf-aus-dem-knast-36NQT7VA3HPAA7TNNJXDSPQ.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Jouke Huijzer (2023): A Tempest in a Teacup: The Dutch Election Results Promise Little Change. In: transform!europe, 24.04.2023. In: https://www.transform-network.net/es/blog/article/election-in-the-netherlands-a-storm-in-a-glass-of-water/?tx_news_pi1%5Bfocus%5D=&cHash=6f1c93527692a8c6d45ec9c7419dcaac (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Edit Inotai, Peter Dlhopolec, Claudia Ciobanu, Nicholas Watson (2023): Democracy Digest: Woman Who Took Abortion Pills Harassed by Police at Hospital. In: Balkan Insight, 21.07.2023. In: <https://balkaninsight.com/2023/07/21/democracy-digest-woman-who-took-abortion-pills-harassed-by-police-at-hospital/> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Mared Gwyn Jones (2023): Was bedeutet der Plan von Giorgia Meloni zur Bekämpfung der Migration? In: Euronews, 25.07.2023. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2023/07/25/was-bedeutet-der-plan-von-giorgia-meloni-zur-bekampfung-der-migration> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Laura Sophia Jung (2021): „Der Exodus hat gerade erst begonnen“. In: Welt, 28.06.2021. In: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus232105713/LGBT-in-Polen-Der-Exodus-hat-gerade-erst-begonnen.html> (letzter Zugriff am 07.08.2023).

Matej Kandrik (2023): Rethinking Russian Hybrid Warfare. In: IWC Perspectives, 17.05.2023, 1–4. In: <https://irregularwarfarecenter.org/publications/perspectives/rethinking-russian-hybrid-warfare/> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Ashifa Kassam (2023): Vox party's hardline attitudes appear to have turned off Spanish voters. In: The Guardian, 24.07.2023. In: <https://www.theguardian.com/world/2023/jul/24/vox-partys-hardline-attitudes-appear-to-have-turned-off-spanish-voters> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Sandra Kathe (2023): Streit über Ukraine-Hilfen in Italien: Meloni schreit Abgeordnete an. In: Merkur.de, 25.03.2023. In: <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-news-aktuell-streit-waffen-hilfen-italien-meloni-schreit-abgeordnete-an-92169252.html> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Ronja Kempin (2022): Rassemblement National. Eine einflussreiche Partei in einem gespaltenen Land. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 17.07.2022. In: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/245672/rassemblement-national/#footnote-target-3> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Herbert Kickl (2023a): Interview bei oe24 TV, 12.04.2023. In: <https://www.youtube.com/watch?v=oodg3MKHZuw> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Herbert Kickl (2023b): Nur noch die FPÖ steht hinter Österreichs Neutralität. In: Wiener Zeitung, 14.03.2023. In: <https://www.wienerzeitung.at/h/nur-noch-die-fpo-steht-hinter-osterreichs-neutralitat> (letzter Zugriff am 11.08.2023).

Joachim Knappe (2019): Paradigma Populist: Agitator und Volksversther. In: Knappe, Kramer, Till (Hg.): Populisten – rhetorische Profile. In: Tübingen: Narr Francke Attempto, 7–15.

Fani Kountouri, Andreas Kollias (2023): Polarizing publics in Twitter through Organic targeting tactics pf political invincibility. In: Frontiers in Political Society 5, 15.03.2023. In: <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2023.1110953/full#h3> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Judith Kormann (2022): Antikapitalist, EU-Kritiker und Choleriker – Jean Luc Mélenchon greift nach der Macht. In: Neue Züricher Zeitung, 18.06.2022. In: <https://www.nzz.ch/international/melenchon-ein-choleriker-und-eu-kritiker-fordert-macron-heraus-ld.1689328?reduced=true> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Krott, dpa (2023): „Gleich dreifach missachtet: als Arbeiter, als Ossi, inzwischen auch als Mann“. In: Welt, 04.07.2023. In: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article246209420/Soziologie-Doerre-ueber-AFD-Erfolg-im-Osten-Gleich-dreifach-missachtet-als-Arbeiter-als-Ossi-inzwischen-auch-als-Mann.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

ktz, aar, dpa (2022): Radikale Rechte gewinnt Wahlen in Italien. In: Spiegel, 26.09.2022. In: <https://www.spiegel.de/ausland/italien-rechtsruck-bei-wahlen-nach-ersten-prognosen-a-d084b41e-9d93-4976-9770-13eab9fc03a2> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Gerd Kuhn (2023): „Weder die Ukraine noch Russland können den Krieg gewinnen“. In: hr Info, 16.01.2023, In: <https://www.hr-inforadio.de/programm/themen/gregor-gysi-weder-die-ukraine-noch-russland-koennen-den-krieg-gewinnen-v1.gregor-gysi-128.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Kurier (2016): Strache über Moskau-Reise: „Neid ist die größte Form der Anerkennung“. In: Kurier, 20.12.2016. In: <https://kurier.at/politik/inland/fpoe-bilanziert-zur-russland-reise/236.670.886> (letzter Zugriff am 11.08.2023).

Kurier (2022): Meloni bereits im Streit mit Berlusconi: „Ich bin nicht erpressbar“. Kurier, 15.10.2022. In: <https://kurier.at/politik/ausland/meloni-bereits-im-streit-mit-berlusconi-ich-bin-nicht-erpressbar/402183216> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Andreas von Kynast (2023): Für eine Nachkriegs-Ukraine, Linke offen für Waffenlieferungen. In: ZDF heute, 10.06.2023. In: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-krieg-linke-waffenlieferungen-dietmar-bartsch-100.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Yannick Lahti, Emilia Palonen (2023): The impact of the Russia–Ukraine war on right-wing populism in Finland. In: Gilles Ivaldi, Emilia Zankina (Hg.): The Impacts of the Russian Invasion of Ukraine on Right-wing Populism in Europe. In: Brussels: European Center for Populism Studies (ECPS), 08.03.2023. In: <https://doi.org/10.55271/rp0018> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Claus Leggewie (2023): Gott in Italien. Zum Nachleben Silvio Berlusconis. In: Geschichte der Gegenwart, 21.06.2023. In: <https://geschichte-dergegenwart.ch/gott-in-italien-zum-nachleben-silvio-berlusconi/> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

LibMod (2022): Behauptungen: „Systempresse“. In: Gegenmedien als Radikalisierungsmaschine. Ein Projekt von Zentrum Liberale Moderne. In: <https://gegneranalyse.de/behauptung-4/> (letzter Zugriff am 28.08.2023).

Jorge Liboreiro, Vincenzo Genovese (2023): Das umstrittene Abkommen zwischen der EU und Tunesien ist da. Was steht drin? In: Euronews, 17.07.2023. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2023/07/17/das-umstrittene-abkommen-zwischen-der-eu-und-tunesien-ist-da-was-steht-drin> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Stephan Löwenstein (2023): Zu neutral, um Minen in der Ukraine zu räumen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.05.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/oesterreich-streitet-ueber-minenraeumhilfe-fuer-die-ukraine-18905903.html> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Sandra Lumetsberger (2023): Die kuriose Rolle von Österreich im Ukraine-Krieg. In: Handelsblatt, 16.07.2023. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ukraine-krieg-die-kuriose-rolle-von-oesterreich-im-ukraine-krieg/29258850.html> (letzter Zugriff am 11.08.2023).

Julia Macher (2023): Die rechte Welle ist ausgeblieben. 23.07.2023. In: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-07/spanien-parlamentswahl-konservative-sozialisten> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Vlad Maksimov (2022): EU-Kommission: Keine Fortschritte bei Demokratie in Ungarn. In: Euractiv, 24.05.2023. In: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/eu-kommission-keine-fortschritte-bei-demokratie-in-ungarn/> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Nick Malkoutzis (2023): Do or die. In: International Politics and Society, 23.06.2023. In: <https://www.ips-journal.eu/topics/democracy-and-society/do-or-die-6794/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Mickey Manakas (2021): Warum die Verschwörungsmentalität im deutschsprachigen Raum so ausgeprägt ist. In: Der Standard, 30.12.2021. In: <https://www.derstandard.at/story/2000132200963/warum-die-verschwoerungsmentalitaet-im-deutschsprachigen-raum-so-ausgepraegt-ist> (letzter Zugriff am 28.08.2023).

Hugo Marcos-Marne (2023): The Spanish Radical Right under the shadow of the invasion of Ukraine. In: Gilles Ivaldi, Emilia Zankina (Hg.): The Impacts of the Russian Invasion of Ukraine on Right-wing Populism in Europe. Brussels: European Center for Populism Studies (ECPS). 08.03.2023. In: <https://doi.org/10.55271/rp0030> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Gregor Mayer (2023): In der Endlosschleife der „illiberalen Demokratie“. In: Der Standard, 04.04.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/2000134648182/in-der-endlosschleife-der-illiberalen-demokratie> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Veit Medick, Jan Rosenkranz (2023): Was können Sie eigentlich außer Hass, Frau Weidel? In: Stern, 27.06.2023. In: <https://www.stern.de/politik/deutschland/alice-weidel--was-koennen-sie-eigentlich-ausser-hass--ein-gespraech-33593908.html> (letzter Zugriff am 30.06.2023).

Maurits J. Meijers, Andrej Zaslove (2021): Measuring Populism in Political Parties: Appraisal of a New Approach. In: Sage Journals, Jg. 54, Nr. 2. In: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0010414020938081> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Martina Meister (2023): Jetzt bekommt die Russland-Liebe der Rechten erste Risse. In: welt, 07.03.2023. In: <https://www.welt.de/politik/ausland/article244113275/Frankreich-Jahrelang-konnte-sich-Putin-auf-Unterstuetzung-von-Marine-Le-Pens-Partei-verlassen.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Jean Luc Mélenchon (2018): Rede beim politischen Jahresauftakt der Linksfraktion am 14.01.2018. In: <https://www.youtube.com/watch?v=wGQAdBHhSe8> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Brett Meyer (2023): Repel and Rebuild: Expanding the Playbook Against Populism. In: Tony Blair Institute for Global Change. In: <https://www.institute.global/insights/geopolitics-and-security/repel-and-rebuild-expanding-playbook-against-populism> (letzter Zugriff am 28.08.2023).

Nonna Meyer (2005): Votes populaires, votes populistes. In: Hermès, La Revue (2005/2 Nr. 42), 161-166. In: <https://www.cairn.info/revue-hermes-la-revue-2005-2.htm> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Thomas Meyer (2023): Vorsicht, linker Populismus! In: Der Standard, 25.04.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/2000145859002/vorsicht-linker-populismus> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Sandrine Morel, Thomas Wieder, Olivier Bonnel, Philippe Jacqué, Jean-Pierre Stroobants, Marina Rafenberg (2023): Russia's invasion of Ukraine leaves EU's left fractured. In: https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/04/03/russia-s-invasion-of-ukraine-leaves-eu-s-left-fractured_6021575_4.html (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Kolja Möller (2021): Der Populismus als Forschungsgegenstand in Politik- und Sozialwissenschaft. In: Ders. (Hg.): Populismus. Ein Reader. In: Berlin: Suhrkamp, 7–52.

Cas Mudde (2020): Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream. In: Totalitarismus und Demokratie, 17. Jg., 14–34. In: <https://www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.13109/tode.2020.17.1.13> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Jan-Werner Müller (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. In: Berlin: Suhrkamp.

Manuel Müller (2023): Wenn an diesem Sonntag Europawahl wäre. In: Der (europäische) Föderalist. In: <https://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Benedict Neff (2023): „Schreiben Sie, Sie hätten ein Monster getroffen.“ In: Neue Zürcher Zeitung, 27.07.2023. In: <https://www.nzz.ch/feuilleton/renaud-camus-sein-bevoelkerungsaustausch-inspiriert-rechtsradikale-weltweit-1.747114?reduced=true> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

NEOS Lab (2023): Nach dem Energieschock I. Wie Österreich zu Putins bestem Gas-Kunden wurde. In: am PUNKT – Podcast mit Wolfgang Urbantschitsch, Karin Doppelbauer. Moderiert von Lukas Sustala, 24.03.2023. In: https://open.spotify.com/episode/5mLgjj6qBlgc7vW9NuzRjQW?go=1&sp_cid=47f0cb4dcd6830c673bac9ec957942f6&utm_source=embed_player_p&utm_medium=desktop&nd=1 (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Chris Nijhuis, Bertjan Verbeek, Andrej Zaslove (2023): Disagreement among populists in the Netherlands: The diverging rhetorical and policy positions of Dutch populist Radical Right parties following Russia's invasion of Ukraine (European Center for Populism Studies), 04.03.2023. In: <https://www.populismstudies.org/disagreement-among-populists-in-the-netherlands-the-diverging-rhetorical-and-policy-positions-of-dutch-populist-radical-right-parties-following-russias-invasion-of-ukraine/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Dieter Nohlen, Florian Grotz (2011): Kleines Lexikon der Politik. In: München: C.H. Beck.

Alexandros Ntafos (2023): Government participation and populist discourse transformation of radical left SYRIZA and radical right ANEL. In: European Center for Populism Studies, 13.06.2023. In: <https://www.populismstudies.org/government-participation-and-populist-discourse-transformation-of-radical-left-syriza-and-radical-right-anel/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

ntv.de, mau, AFP (2022): Lega-Chef zweifelt an Russland-Sanktionen. In: ntv, 06.09.2022. In: <https://www.n-tv.de/politik/Wahlen-in-Italien-Lega-Chef-Matteo-Salvini-zweifelt-an-Russland-Sanktionen-article23566457.html> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

OECD (2022): Disinformation and Russia's war of aggression against Ukraine: Threats and governance responses'. In: OECD Policy Responses on the Impacts of the War in Ukraine. Paris: OECD Publishing. In: <https://doi.org/10.1787/37186bde-en> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Philip Oltermann (2019): Austrian deputy leader endorses far-right term 'population replacement'. In: The Guardian, 29.04.2019. In: <https://www.theguardian.com/world/2019/apr/29/austrian-deputy-leader-endorses-far-right-term-population-replacement> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Parlament Österreich (2019): Entschließungsantrag von Abg. Dr. Stephanie Krisper (NEOS) bei 68. NR-Sitzung. Protokoll. In: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/NRSITZ/68/A_-_11_50_03_00198053.html (letzter Zugriff am 26.07.2023).

OTS (2023a): FPÖ – Reifenberger zu Entminungshilfe: „Solange in der Ukraine Krieg herrscht, haben österreichische Soldaten dort nichts verloren“. In: OTS, 12.05.2023. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230512_OTS0133/fpoe-reifenberger-zu-entminungshilfe-solange-in-der-ukraine-krieg-herrscht-haben-oesterreichische-soldaten-dort-nichts-verloren (letzter Zugriff am 11.08.2023).

OTS (2023b): FPÖ – Steger: Milliarden-Zahlung an Ukraine und nach Brüssel sofort stoppen! In: OTS, 21.07.2023. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230721_OTS0040/fpoe-steger-milliarden-zahlung-an-ukraine-und-nach-bruessel-sofort-stoppen (letzter Zugriff am 11.08.2023).

OTS (2023c): FPÖ – Kickl fordert rot-weiß-rotes Veto gegen Kriegstreiberei und für den Frieden in der Ukraine. In: OTS, 09.02.2023. In: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230209_OTS0136/fpoe-kickl-fordert-rot-weiss-rotes-veto-gegen-kriegstreiberei-und-fuer-den-frieden-in-der-ukraine (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Nathan Oxley (2022): Eine besondere Beziehung: Wie Populisten ländliche Anliegen ausbeuten. In: Welternährung. Das Fachjournal für Welthungerhilfe, 06/2022. In: <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/wirtschaft-menschenrechte/wie-populisten-laendliche-anliegen-ausnutzen> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Nadia Pantel (2022): Ungewohnt einig. In: Süddeutsche Zeitung, 08.03.2022. In: [frankreich-wahl-zemmour-melenchon-1.5542914](https://www.frankreich-wahl-zemmour-melenchon-1.5542914) (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Jannis Papadimitriou (2023): Griechenland: Aufstieg der extremen Rechten? In: Deutsche Welle, 30.06.2023. In: <https://www.dw.com/de/griechenland-aufstieg-der-extremen-rechten/a-66069209> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Marcel Pauly (2019): Wo Populisten in Europa auftrumpfen. In: Der Spiegel, 29.04.2019. In: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/populismus-in-diesen-laendern-sind-populisten-auf-dem-vormarsch-a-1263335.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Aureliusz M. Pędziwol (2023): Polnischer Richter fühlte sich wie in einem Roman von Kafka. In: Deutsche Welle, 25.07.2023. In: <https://www.dw.com/de/interview-mit-suspendiertem-polnischen-richter-igor-tuleya-ich-habe-mich-wie-joseph-k-gef%C3%BCht/a-66339234> (letzter Zugriff 08.08.2023)

Armin Pfahl-Traugher (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa. Bonn: Dietz Verlag.

Hans Pfeifer (2023): Deutschland: Rechte AfD baut Einfluss aus. In: Deutsche Welle, 26.06.2023. In: <https://www.dw.com/de/deutschland-rechte-afd-baut-einfluss-aus/a-66033769> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Daniela Pichler (2019): Was Linkspopulismus nicht ist. Eine Abgrenzung gegenüber Rechtspopulismus, Linksextremismus und Sozialdemokratie. Masterarbeit. Graz: Karl-Franzens-Universität.

Ronald Pohl (2019): „Systempresse“ und „Volksverräter“: Wie viel Nazi-Jargon noch übrig ist. In: Der Standard, 18.04.2019. In: <https://www.derstandard.at/story/2000101617469/systempresse-und-volksverraeter-wie-viel-nazi-jargon-heute-noch-uebrig> (letzter Zugriff am 28.08.2023).

Anne Preckel (2023): EU/Tunesien: Hier Konferenz, da Realität. In: vatican news, 25.07.2023. In: <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2023-07/eu-tunesien-rom-migration-konferenz-meloni-hein.html> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Die Presse (2014): Glawischnig „Ziehmutter der Gewalt“? In: Die Presse, 30.01.2014. In: <https://www.diepresse.com/1555533/glawischnig-ziehmutter-der-gewalt> (letzter Zugriff am 25.07.2023).

Pro Asyl (2022): Ukrainische Geflüchtete in Polen. In: Pro Asyl, 20.12.2022. In: <https://www.proasyl.de/news/ukrainische-gefluechtete-in-polen-aufnahme-statt-abwehr/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

profil (2021): Viktor Orbán: Der Aufstieg eines Populisten. In: Profil, 20.10.2021. In: <https://www.profil.at/ausland/viktor-orban-der-aufstieg-eines-populisten/401776776> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Puls24 (2023): KPÖ-Chef Dankl: Österreich muss bei Oligarchen genauer hinsehen. In: Puls24, 24.04.2023. In: <https://www.puls24.at/news/politik/kpoe-zum-ukraine-krieg-bei-oligarchen-genauer-hinsehen-fordert-kay-michael-dankl/295525> (letzter Zugriff am 11.08.2023).

Red, ORF.at, Agenturen (2018): Kickl in Moskau: Abkommen mit Russland forciert. In: ORF news, 30.08.2018. In: <https://orf.at/stories/3085281/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Steve Rose (2022): A deadly ideology: how the 'great replacement theory' went mainstream. In: The Guardian, 08.06.2023. In: <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/08/a-deadly-ideology-how-the-great-replacement-theory-went-mainstream> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Hans-Christian Röbler (2023): Wollen sie nicht erstmal die Herztöne hören? 16.01.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/spanien-vox-macht-abtreibung-wird-wahlkampfthema-18606621.html> (letzter Zugriff am 07.08.2023).

Hans-Christian Röbler, Matthias Rüb (2023): Eine neue internationale Rechte? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.07.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/giorgia-meloni-arbeitet-an-rechtem-buendnis-in-europa-19063994.html> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Stefanie Ruep (2023): Was Schwarz-Blau in Salzburg plant – und was bereits für Kritik sorgt. In: Der Standard, 01.06.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000172372/von-schwarz-blau-geplante-herpraemie-sorgt-fuer-kritikereits-fuer-kritik-sorgt> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Matthias Rüb (2022): Linkes Wahlbündnis zerbricht nach nur fünf Tagen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.08.2022. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/italien-linkes-wahlbuendnis-zerbricht-nach-nur-fuenf-tagen-18230313.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Dominik Rzepa (2023): AfD-Erfolg „schockierend“ für Demokratie. In: ZDF heute, 26.06.2023. In: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-staerke-landrat-sonneberg-reaktionen-100.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Karen Sanders, María Jesús Hurtado, Jessica Zoragastua (2017): Populism and exclusionary narratives: The 'other' in Podemos' 2014 European Union election campaign. In: European Journal of Communication Vol. 32, No. 6, 06.11.2017. In: <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0267323117737952?journalCode=ejca> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Alasdair Sandford (2022): Was genau sagt Marine Le Pen über Russland und Wladimir Putin? In: Euronews, 19.04.2022. In: <https://de.euronews.com/my-europe/2022/04/19/le-pen-russland-und-putin> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Andrés Santana, Lisa Zanotti, José Rama, Stuart Turnbull-Dugarte (2019): The radical right populist VOX and the end of Spain's exceptionalism (The Loop). <https://theloop.ecpr.eu/the-radical-right-populist-vox-and-the-end-of-spains-exceptionalism/> (letzter Zugriff am 14.07.2023)

Birgit Sauer (2019): Antifeministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie. In: Z Vgl Polit Wiss, 04.09.2019, 13. Jg., 339–352. In: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12286-019-00430-8> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Christian Schemer, Werner Wirth, Martin Wettstein, Philipp Müller, Anne Schulz, Dominique Wirz (2018): Wirkung populistischer Kommunikation. Populismus in den Medien, Wirkungen und deren Randbedingungen. In: Communication Socialis. Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Religion und Gesellschaft, 2/2018, 118–130.

Stefan Schneider (2002): Krisenmodus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.12.2022. In: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/krisenmodus-18543773.html> (letzter Zugriff am 11.08.2023).

Daniela Schwarzer (2022): Liberale Demokratien vs. totalitäre Autokratien: Europäische Antworten im Systemkonflikt. In: Ralf Fücks, Rainald Manthe (Hg.): Liberalismus neu denken. Freiheitliche Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Bielefeld: transcript Verlag, 141–148.

se, sti (2023): Erster AfD-Bürgermeister in Deutschland. In: Deutsche Welle, 02.07.2023. In: <https://www.dw.com/de/erster-afd-b%C3%BCrgermeister-in-deutschland/a-66095422> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Jörg Seisselberg (2022): Die „Fünf Sterne“ erfinden sich neu. In: Tagesschau, 23.09.2023. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/italien-fuenf-sterne-101.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Monika Sieradzka (2021): Polen: Druck auf Medien. In: Deutsche Welle, 28.12.2021. In: <https://corporate.dw.com/de/polen-druck-auf-medien/a-60203608> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Anton Shekhovtsov (2018): Verträge mit „Einiges Russland: Putins Helfer in Europa“. In: Zentrum Liberale Moderne, 04.07.2018. In: <https://russlandverstehen.eu/de/anton-shekhovtsov-vertraege-mit-einiges-russland-putins-helfer-in-europa/> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Nikos Smyrnaio, Athina Karatzogianni (2020): The Rise of SYRIZA in Greece 2009–2015: The Digital Battlefield. Political Science, 22.10.2020. In: https://www.lerass.com/wp-content/uploads/2020/10/Q_2021_169254_N_1_T2_1.pdf (letzter Zugriff am 12.08.2023).

Tim Spier (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Spiegel TV (2023): Wagenknecht. Die feindliche Genossin. In: Spiegel TV, 23.06.2023. In: https://www.youtube.com/watch?v=4Y4UPh0_5PU&t=17s (letzter Zugriff am 07.08.2023).

SP.International (2022): Stop the War: Over 2000 People Stand Up. In: SP.International, 05.03.2022. In: <https://international.sp.nl/news/2022/03/stop-the-war-over-2000-people-stand-up> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

SP-Website: Sozialistische Partei in den Niederlanden (o.J.). In: <https://www.sp.nl/partij> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Julian Staib (2023): Ein Fiasko kurz nach dem Start. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 02.07.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/finnland-neue-innenministerin-spricht-von-bevoelkerungsaustausch-19005196.html> (letzter Zugriff am 26.07.2023).

Benedikt Stöckl (2023): Dutch opposition demands quicker action to tackle poverty. In: Euractiv, 09.06.2023. In: <https://www.euractiv.com/section/politics/news/dutch-opposition-demands-quicker-action-to-tackle-poverty/> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Dominik Straub (2022a): Giorgia Meloni und ihr Problem mit den Frauen In: Der Standard, 12.09.2022. In: <https://www.derstandard.at/story/2000139009968/giorgia-meloni-und-ihr-problem-mit-den-frauen> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Dominik Straub (2022b): Putin-Briefe und Tonbänder: Berlusconi außer Rand und Band – und Meloni außer sich vor Wut. In: Der Standard, 20.10.2022. In: <https://www.derstandard.at/story/2000140155987/berlusconi-ausser-rand-und-band-und-meloni-ausser-sich-vor> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Dominik Straub (2022c): Heimliche Parteienfinanzierung? Putins Schatten über der Italien-Wahl. In: Der Standard, 14.09.2022. In: <https://www.derstandard.at/story/2000139100395/heimliche-parteienfinanzierungputins-schatten-ueber-der-italien-wahl> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Dominik Straub (2023a): Meloni will mehr „Bambini“ statt mehr Migranten. In: Der Standard, 20.04.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/2000145698965/meloni-will-in-italien-mehr-bambini-statt-mehr-migranten> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Dominik Straub (2023b): Regierungschefin holt eine halbe Million Migranten nach Italien. In: Der Standard, 18.07.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000179441/regierungschefin-meloni-holt-eine-halbe-million-migranten-nach-italien> (letzter Zugriff am 02.08.2023).

Ralf Streck (2022): Linke Ablehnungsfront gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. In: Telepolis, 09.03.2022. In: <https://www.telepolis.de/features/Linke-Ablehnungsfront-gegen-Waffenlieferungen-an-die-Ukraine-6543725.html> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Ralf Streck, San Sebastián (2022): Spanische Linkspartei will radikale Diplomatie statt Waffenlieferungen. In: ND aktuell, 13.03.2022. In: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162066.ukraine-krieg-spanische-linkspartei-will-radikale-diplomatie-statt-waffenlieferungen.html> (letzter Zugriff am 12.08.2023).

Markus Sulzbacher (2021): Herbert Kickl und der Rechtsextremismus. In: Der Standard, 18.07.2021. In: <https://www.derstandard.at/story/2000128225055/herbert-kickl-und-der-rechtsextremismus> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Markus Sulzbacher (2023): „Gerd Honsik“-Kongress: Neonazis bauen internationale Kontakte aus. In: Der Standard, 05.05.2023. In: <https://www.derstandard.at/story/2000145913027/gerd-honsik-kongress-neonazis-bauen-internationale-kontakte-aus> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Zsuzsanna Szélényi (2023): Ungarns riskantes Spiel in Russlands Krieg. In: Robert Bosch Academy. In: <https://www.robertboschacademy.de/perspectives/ungarns-riskantes-spiel-russlands-krieg> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Tagesschau (2023a): Heftiger Gegenwind für Merz nach Aussagen zur AfD. In: Tagesschau, 24.07.2023. In: <https://www.tagesschau.de/inland/merz-kritik-100.html> (letzter Zugriff am 20.07.2023).

Tagesschau (2003b): Ein Pyrrhussieg für die Konservativen? In: Tagesschau, 24.07.2023. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wahl-spanien-130.html> (letzter Zugriff am 01.08.2023).

Dietmar Till (2019): Populismus zwischen Ideologie und Kommunikation. In: Knappe, Kramer, Till (Hg.): Populisten – rhetorische Profile. In: Tübingen: Narr Francke Attempto, 16–22.

Dietmar Till (2021): Rhetorik – Persuasion – Propaganda. 14.11.2021. In: <https://www.youtube.com/watch?v=Xp9Em5Ynzas> (letzter Zugriff am 13.06.2023).

Javier Torregrosa, Sergio D’Antonio-Maceiras, Guillermo Villar-Rodríguez, Amir Hussain, Erik Cambria, David Camacho (2022): A Mixed Approach for Aggressive Political Discourse Analysis on Twitter. In: Cognitive Computation 15, 440–465, 17.08.2022. In: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12559-022-10048-w> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Yianni Tsesmelis (2021): The Disassembly of the Greek Welfare State under the Troika. Athens Journal of Law. Volume 7, Issue 2, 02.04.2021. In: <https://www.athensjournals.gr/law/2021-7-2-5-Tsesmelis.pdf> (letzter Zugriff am 12.08.2023).

George N. Tzogopoulos (2023): Greece’s crucial role on NATO’s southern flank 13.07.2023. In: <https://www.ekathimerini.com/opinion/1215293/greeces-crucial-role-on-natos-southern-flank/> (letzter Zugriff am 12.08.2023).

V-Dem (2023): Democracy Report 2023. Defiance in the Face of Autocratization. In: https://www.v-dem.net/documents/29/V-dem_democracyreport2023_lowres.pdf (letzter Zugriff am 27.07.2023).

András B. Vágvölgyi (2019): Wer wird der Held unserer Zeit?. In: Euronews, 01.03.2019. In: <https://de.euronews.com/2019/03/01/wer-wird-der-held-unserer-zeit-view> (letzter Zugriff am 14.08.2023).

Kia Vahland (2023): Der Ahnenvater des Populismus. In: Süddeutsche Zeitung, 16.06.2023. In: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/italien-silvio-berlusconi-giorgia-meloni-kommentar-populismus-1.5938082?reduced=true> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Davide Vampa (2020): Competing forms of populism and territorial politics: the cases of VOX and Podemos in Spain. In: Journal of Contemporary European Studies, Vol. 28, No. 3. In: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14782804.2020.1727866?journalCode=cjea20> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Eleonora Vasques (2023): Ehemaliger italienischer Premier: Wir müssen mit Putin verhandeln. In: Euractiv, 26.01.2023 (übersetzt von Luka Krauss). In: <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/interview/ehemaliger-italiensicher-premier-wir-muessen-mit-putin-verhandeln/> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Sofia Ventura (2022): Giorgia Meloni und ihre Partei Fratelli d’Italia. Eine personalisierte Partei zwischen rechtsextrem und rechtsradikal (Friedrich Ebert Stiftung). In: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/19663.pdf> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Thyra Veyder-Malberg (2022): Testlabor Ungarn: Frauen zurück an den Herd! In: MDR, 11.10.2022. In: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ungarn-abtreibung-genderemanzipation-frauenrechte-gleichstellung-100.html> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Paul Vorreiter (2023): Ruttens Rückzug. In: Tagesschau, 10.07.2023. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/rutte-rueckzug-102.html> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Sahra Wagenknecht (2022): Haushaltsdebatte im Bundestag, 08.09.2022. In: <https://www.youtube.com/watch?v=yJm4MTBfTOc&t=31s> (letzter Zugriff am 03.07.2023).

Sahra Wagenknecht (2021): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. In: Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Gregor Waschinski (2022): Antikapitalist Mélenchon setzt Macron unter Druck. In: Handelsblatt, 06.06.2022. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/frankreich-wirwerden-die-hoelle-beenden-der-antikapitalist-melenchon-setzt-macron-unter-druck/28403212.html> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Alice Weidel (2018): Rede in der Generaldebatte des deutschen Bundestags vom 17.05.2018. In: <https://www.youtube.com/watch?v=ZEGj1TOpnR0> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer (2022): Weidel sieht einen „Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“. In: Deutschlandfunk, 16.10.2022. In: <https://www.deutschlandfunk.de/alice-weidel-afd-ukraine-krieg-100.html> (letzter Zugriff am 09.08.2023).

Christian Wermke (2022): Streitpunkt Russland. Unter Italiens Wahlsiegern sind Berlusconi und Salvini zwei erklärte Putin-Freunde. In: Handelsblatt, 26.09.2022. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/parlamentswahl-in-italien-streitpunkt-russland-unter-italiens-wahlsiegern-sind-mit-berlusconi-und-salvini-zwei-erklarte-putin-freunde/28706216.html> (letzter Zugriff am 10.08.2023).

Nikolaus Werz (2003): Einleitung: Populismus und Populisten. In: Ders. (Hg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske & Budrich, 7–14.

Michaela Wiegel (2023): „Nein, Madame, meine Reaktion ist nicht prorussisch“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2023. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/marine-le-pen-zu-russland-krieg-aendert-fuer-sie-nichts-18916708.html> (letzter Zugriff am 08.08.2023).

Stefan Winkler (2023): Ist Eigentum etwas Verwerfliches, Herr Dankl? In: Kleine Zeitung, 29.04.2023. In: https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6281813/Salzburgs-KPOeF-ronnmann_Ist-Eigentum-etwas-Verwerfliches-Herr-Dankl.

Geert Wilders (2023): Ich sage es schon seit Jahren. In: PVV Homepage, 27.07.2023. In: <https://www.pvv.nl/> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Margarete Wohlan (2021): Polen 1981. Als das Kriegsrecht verhängt wurde. In: Deutschlandfunk Kultur 2021, 11.12.2021. In: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/zeitfragen-kriegsrecht-in-polen-1981-und-die-folgen-dlf-kultur-637eb99d-100.html> (letzter Zugriff am 14.08.2023).

World Today 2023: SP Leader Lilian Marijnissen Calls for Halt on Labor Migration and Criticizes Government's Solution to Migration Problem. In: World Today, 03.06.2023. In: <https://www.world-today-news.com/sp-leader-lilian-marijnissen-calls-for-halt-on-labor-migration-and-criticizes-governments-solution-to-migration-problem/> (letzter Zugriff am 14.08.2023).

Sylvia Wörgetter, Martin Stricker (2023): Was ist Orbánisierung? In: Salzburger Nachrichten, 07.05.2023. In: <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/was-ist-orbanisierung-138361186> (letzter Zugriff am 03.08.2023).

Javier Zarzalejos (2016): Populism in Spain: an analysis of Podemos. In: European View, No. 15, 08.11.2016, 183–191. In: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12290-016-0408-4> (letzter Zugriff am 27.07.2023).

Zeit Online, dpa, AFP, fa (2023): EU und USA kritisieren polnische Russland-Untersuchungskommission. In: Zeit Online, 30.05.2023. In: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-05/polen-kommission-eu-usa-pis> (letzter Zugriff am 10.08.2023).



IMPRESSUM:

NEOS Lab

Das offene Labor für neue Politik

Neubaugasse 64–66

1070 Wien

Österreich